

Einladung zur 16. WR-Bildungswerkstätte

1. Teil:

Wann: Freitag, 30. Juni 2017, 19.45-ca. 21.30 Uhr

Wo: **Restaurant Mittlerer Balmberg**

Mittlerer Balmberg 11

Wer: öffentlicher Anlass

Kosten: keine, freie Kollekte

Unterlagen: Gemeinsamer Einstieg, Problemaufriss und Einblick in die beiliegenden Texte.

2. Teil:

Wann: Samstag, 8. Juli 2017, 11.15- ca. 15.00 Uhr

Wo: **Restaurant Mittlerer Balmberg**

Mittlerer Balmberg 11

Wer: öffentlicher Anlass

Kosten: keine, freie Kollekte

Unterlagen: Individuelle Beiträge, gemeinsame Diskussion und ermutigende Schlussfolgerungen.

Fahrplan Postauto ab Solothurn Hauptbahnhof

Freitag: 19.05 (an: 19.34)

Samstag: 10.37 (an: 11.03) BUS 12

Fahrplan Postauto ab Balmberg

Freitag: keinen öV-Kurs (Transport mit Privatauto organisiert)

Samstag: 14.44 / 16.44 (an: 15.22 / 17.22)

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ich freue mich sehr, dass es mit der 16. WR Bildungswerkstätte noch vor den Sommerferien klappt. Örtlich und thematisch machen wir mit Blick auf die Saison und das bisherige politische Halbjahr einen Volltreffer: Zum Treffpunkt gibt es kaum einen schöneren Ort als den mittleren Bamberg; thematisch ist "Die Krise der Linken" mit der fast totalen Erosion der SP in den Niederlanden und Frankreich sowie der Krise der SP's in Italien und Spanien eine der wichtigsten Fragen, welche uns die ersten sechs Monate des Jahres 2017 ans Herz legen.

Bitte lest zuerst das Interview in der WOZ (siehe nachfolgenden Artikel) - es beantwortet die Grundfrage nach den Ursachen und Gründen für die Schwierigkeiten der Linken in Europa während der letzten 30 Jahre. Vergesst auch nicht alle Fragezeichen zu machen an jenen Stellen, die Ihr nicht versteht oder wo Ihr kritische Einwände habt, ebenso jene Ausrufezeichen dort, wo Ihr weiter Nachdenken und diskutieren möchtet.

Weitere Texte zu den einzelnen Ländern folgen im Hinblick auf den übernächsten Samstag am kommenden Freitag.

Mit grossen Dank und herzlichen Grüssen – Andi Gross

PS. Wegen Auslandengagement und kurzer Krankheit kommen diese Texte ein klein wenig verspätet - bitte verzeiht dies den Werkmeistern.

Thema der 16. WR-Bildungswerkstätte

Die Krise der Linken

WIRTSCHAFTLICHE GLOBALISIERUNG

«Die nationale Politik ist zur Geisel der Investoren geworden»

Der liberale Harvard-Ökonom Dani Rodrik ist einer der prominentesten Globalisierungskritiker. Was unterscheidet ihn von US-Präsident Donald Trump? Die WOZ hat Rodrik zum Gespräch getroffen.

Von Yves Wegelin (Interview)

WOZ Nr. 25/2017 vom 22.Juni 2017

WOZ: Dani Rodrik, wie Donald Trump kritisieren Sie die Globalisierung. Was unterscheidet Sie von ihm?

Dani Rodrik: Bereits als ich mich 1997 mit meinem Buch «Ist die Globalisierung zu weit gegangen?» kritisch mit dem Weltwirtschaftssystem auseinandersetzte, hatte ich den Rechtsnationalismus vor Augen. Dessen Aufstieg zeichnete sich bereits ab. Ich kam zum Schluss, dass wir die Nachteile verstehen und bekämpfen mussten, die die Globalisierung für gewisse Leute mit sich bringt – sonst würde sich der nationalistische Rückschlag verstärken. Ich hoffte auf eine intelligente Reform der Globalisierung. Leider vergebens.

Was gefällt Ihnen an Trumps Globalisierungskritik nicht?

Seine Politik ist stark von autoritären Zügen geprägt. Trump versucht, die Fundamente der liberalen Demokratie zu untergraben. Seine rassistischen Töne gegenüber Ausländern schwächen den Zusammenhalt der Gesellschaft. Dieser Autoritarismus ist meine grösste Sorge. Von seiner Wirtschaftspolitik halte ich nichts. Seine Rhetorik schwankt zwischen einem pauschalen Protektionismus, der die wirtschaftlichen Probleme mit dem Vorschlaghammer lösen will, und einer Politik, die den Interessen der Grossbanken wie Goldman Sachs dient.

Will er mit seiner protektionistischen Rhetorik nicht lediglich Wählerinnen und Wähler mobilisieren?

Trump hat einen protektionistischen Instinkt, gleichzeitig ist er jedoch ein pragmatischer Geschäftsmann. Ausserdem wird er durch sein Amt und seine Berater diszipliniert. Seine Wirtschaftspolitik ist geprägt von seinem Finanzminister Steven Mnuchin und dem Wirtschaftsberater Gary Cohn – beides ehemalige Goldman-Sachs-Leute. Die Nationalisten verlieren an Einfluss, seine gefährlichsten wirtschaftlichen Drohungen wird er nicht in die Tat umsetzen. Wir werden also keine ökonomische Katastrophe erleben, gleichzeitig werden die USA unter ihm die Probleme der Globalisierung nicht angehen.

Die Globalisierung ist ja kein neues Phänomen. Ihr Grundstein wurde bereits nach dem Zweiten Weltkrieg gelegt, nachdem der Protektionismus in den dreissiger Jahren überhandgenommen hatte.

Das stimmt, doch in der Nachkriegszeit dominierte ein rudimentäres Globalisierungsmodell. Unter dem Gatt-Regime, dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen, das 1948 in Kraft trat, wurden mehrmals Zollsenkungen beschlossen, doch sie bewegten sich in engen Grenzen. Die Landwirtschaft und der Dienstleistungssektor blieben vom Regime ausgenommen, und auch im Güterhandel hielt sich die Liberalisierung in Grenzen. Als Entwicklungsländer die Industrieländer in der Textilindustrie zu konkurrenzieren begannen, setzten Letztere 1974 das Multifaserabkommen durch, das Quoten für Importe aus Entwicklungsländern einführte. Insbesondere die finanzielle Globalisierung gab es nur in Ansätzen: Kapitalverkehrskontrollen und andere Restriktionen zwischen den Ländern waren die Norm. All dies gab den Regierungen Raum, um eigene wirtschaftliche Ziele zu verfolgen.

Weil sie sich nicht davor fürchten mussten, dass die Investoren ihr Kapital in **andere Länder abziehen ...**

Ja. Der britische Ökonom John Maynard Keynes hat sich bei der Aushandlung der wirtschaftlichen Nachkriegsarchitektur, des Bretton-Woods-Systems, erfolgreich für permanente Kapitalverkehrskontrollen eingesetzt. Er wollte den Regierungen eine eigenständige Geld- und Fiskalpolitik ermöglichen. Die Regierungen konnten in der Nachkriegszeit etwa eine expansive Ausgabenpolitik verfolgen, um die wirtschaftliche Nachfrage zu stimulieren, ohne mit einem Kapitalabfluss konfrontiert zu sein.

Und sie konnten die Steuern erhöhen oder ihren Arbeitsmarkt regulieren. Ja, jedes Land konnte einen eigenen Wohlfahrtsstaat aufbauen und eigene sozialpolitische Ziele verfolgen. Obwohl das Gatt-System den Regierungen viel Spielraum liess, wuchsen der globale Handel und die globalen Investitionen in dieser Periode allerdings sehr schnell an. Meine Interpretation ist diese: Das Gatt hat in den einzelnen Ländern zu grossem Wohlstand geführt, der wiederum zu einem starken globalen Handel führte.

Und was geschah dann?

In den achtziger Jahren vergassen die Regierungen, dass die Globalisierung auf gesunden Nationalstaaten basiert. Spätestens mit der Gründung der Welthandelsorganisation WTO 1994 ging die Welt zu einem Freihandelssystem über, das einzelnen Ländern viel mehr vorschrieb. Das gilt auch für die finanzielle Globalisierung: Die Industriestaaten setzten innerhalb der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die Norm durch, dass die Länder die Grenzen für den Kapitalverkehr öffnen mussten. Wer in die OECD aufgenommen werden wollte, musste seine Kapitalverkehrsschranken aufheben.

Die Folge ist das, was Sie als « Trilemma der Globalisierung » bezeichnen. Von der Globalisierung, der Demokratie und der nationalen Souveränität kann man immer nur zwei auf einmal haben: Eine transnationale Welt lässt eine transnationale Demokratie zu, doch nicht mehr die nationale Souveränität. So ist es. Die nationalen Regierungen sind heute in ihrer Wirtschaftspolitik sehr eingeschränkt, da sie immer darauf achten müssen, wie sich ihre Entscheide auf die Finanzflüsse auswirken. Zudem sind die Länder heute anfälliger für Finanzkrisen, weil die Investoren ihr Kapital auf einen Schlag abziehen können. Die nationale Politik ist zur Geisel der internationalen Investoren geworden.

Befürworter dieser Globalisierung würden entgegen, dass sie Wachstum und Jobs bringe.

Jede erfolgreiche Volkswirtschaft steht auf zwei Beinen. Das eine Bein ist der Zugang zum Weltmarkt: Dieser bietet Exportmärkte, den Import von Ideen, Technologie, Rohstoffen. Das zweite Bein, das nicht fehlen darf, sind die eigenen wirtschaftlichen Fähigkeiten. Der Staat muss diese durch ein wirtschaftliches Management fördern. Er muss Steuern eintreiben, um die Bildung zu finanzieren. Setzt ein Land nur auf das erste Bein, begegnet es der Weltwirtschaft in einer Position der Schwäche, etwa als Exporteur von Rohstoffen oder simplen Gütern. Ab den neunziger Jahren haben viele Länder einen Freihandelsvertrag nach dem anderen unterzeichnet und die Grenzen Auslandsinvestoren geöffnet in der Hoffnung, dies werde Wachstum bringen. Vergeblich, Mexiko ist das beste Beispiel dafür.

Inwiefern?

Wenn Handelsverträge allein Wachstum brächten, müsste es keinem Land besser gehen als Mexiko. Es hat das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (Nafta) mit Kanada unterzeichnet und steht mit den USA mit einem riesigen Binnenmarkt in unmittelbarer Nachbarschaft. Trotzdem geht es dem Land wirtschaftlich schlecht, weil es den Aufbau eigener Industriezweige verpasst hat. Gegenbeispiele sind Südkorea, Taiwan, Singapur oder China: Sie haben sich dem Welthandel etwas geöffnet, gleichzeitig haben sie jedoch ihre Industrien subventioniert und unterstützt. Einige dieser Industrien wurden sehr erfolgreich. Hätte sich China an heutige WTO-Regeln halten müssen, wäre es nie so erfolgreich geworden.

Sie haben sich auch immer wieder gegen die neuen Freihandelsabkommen wie TTIP, Ceta oder Tisa geäussert, die derzeit verhandelt werden.

Ja, denn diese sind von den Interessen partikularer Gruppen geprägt, von Banken, Multis und der Exportindustrie. Die Abkommen sind für sie ein Weg, die nationalen Gesetze umzuschreiben: Was sie auf der Ebene der nationalen Demokratien nicht erreichen, versuchen sie in den Freihandelsverträgen festzuschreiben. Das TTIP, das zwischen den USA und der EU ausgehandelt wird, soll etwa einheitliche Umwelt- und Konsumentenstandards durchsetzen. NGOs sind zu Recht besorgt, dass die nationalen Demokratien damit in ihrer Freiheit eingeschränkt werden, eigene, weitergehende Standards zu beschliessen.

Im Grunde sind es also keine Freihandelsverträge ...

Früher war das Ziel von Freihandelsabkommen, Zölle zu senken und Importkontingente abzuschaffen. Es ging also um den Abbau von Barrieren an den Grenzen. Wie erwähnt sind die neuen Verträge jedoch ein Instrument für Firmen und Investoren, um nationale Gesetze zu ihren Gunsten umzuschreiben. Die Verträge dienen nicht dem Gesamtwohl. Hinter ihnen stehen Spezialinteressen, die für ihren Vorteil kämpfen.

Sie bezeichnen die heutige Situation als « Hyperglobalisierung ». Wohin führt sie?

Statt, dass die Globalisierung den einzelnen Ländern dient, haben nun die Länder der Globalisierung zu dienen. Die Globalisierung ist vom Mittel zum Zweck geworden. Ich habe bereits Ende der neunziger Jahre davor gewarnt, dass die Integration der Weltwirtschaft zu einer Desintegration der nationalen Gesellschaften führen wird. Während die Eliten, Banken und Grosskonzerne weltweit zusammenrücken, entfernen sie sich von all jenen, die nicht die Qualifikationen, das Kapital oder das soziale Netz besitzen, um von der Hyperglobalisierung zu profitieren – entsprechend hat auch die ökonomische Ungleichheit stark zugenommen. Viele Leute haben zu Recht das Gefühl, dass dieses globale Spiel nicht mehr in ihrem Interesse ist, dass sie zurückgelassen werden. Dieses Gefühl nützen und nützen Demagogen für sich aus.

Was ist Ihre Antwort auf diese Probleme?

Die Gesellschaften in den einzelnen Ländern müssen wieder aufgebaut werden. Sie brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag, in dem die heutigen Eliten, die Technokraten und die Reichen mit dem Rest der Gesellschaft wieder zusammenfinden, der von der Hyperglobalisierung nicht profitiert hat. Das ist die grosse Herausforderung, die vor uns liegt.

Was bedeutet das konkret?

Vor allem in den USA ist das grosse Problem die wachsende ökonomische Ungleichheit. Das Land braucht eine Ausgabenpolitik, die zusätzliche Jobs schafft, progressivere Steuern, einen höheren Mindestlohn, stärkere soziale Sicherheitsnetze. Es braucht einen robusten Wohlfahrtsstaat. Zudem sollten die Verhandlungen über neue Freihandelsabkommen eingestellt werden. Wir müssen eine Globalisierung schaffen, die nicht nur dem Business, den Banken und den Exporteuren dient, sondern auch den Arbeitern und den Mittelschichten. Dazu brauchen die nationalen Regierungen wieder mehr Spielraum, um eigene wirtschaftspolitische Prioritäten verfolgen zu können. Das ist der einzige Weg, um wieder Vertrauen in die Globalisierung zu schaffen.

Sie wollen die Globalisierung retten, indem Sie deren Einschränkung fordern?

Eine progressive Politik beginnt nicht mit der Errichtung von Barrieren. Offenheit ist wichtig, wegen der Exportmärkte oder des Zugangs zu neuen Technologien. Falls die Globalisierung jedoch ein Hindernis ist, um eine progressive nationale Wirtschaftspolitik zu ver-

folgen, muss sie eingeschränkt werden. Droht etwa wegen eines politischen Entscheids Kapital abzufließen, ist es nötig, Schranken einzuführen, um das zu verhindern. Etwas Sand im Getriebe des internationalen Finanzsystems ist nötig.

Ist die Globalisierung überhaupt noch einzudämmen? Ist die Macht der Investoren, Grosskonzerne und Banken nicht bereits zu gross?

Ich glaube nicht, dass wir ein Monster geschaffen haben, das wir nicht mehr bändigen können. Die heutige Globalisierung ist eine Kreation des Menschen, sie folgt den Regeln, die wir geschaffen haben. Ich habe keinen Zweifel daran, dass sie neu aufgebaut werden kann. Viele Progressive weltweit fordern das schon längst. Was ihnen fehlt, ist jedoch die Besinnung auf den Patriotismus. Sie sollten den Rechtsnationalen nicht das Monopol auf diesen Patriotismus überlassen, sondern ihn für sich reklamieren.

Der Internationalismus war schon immer ein fester Teil der Linken.

Ja, doch sie ist damit im Nachteil. Die rechten Nationalisten können ihr ständig vorwerfen, dass sie für andere Interessen arbeitet.

Einst plädierten Sie für eine transnationale Demokratie, um die Globalisierung zu bändigen, nun fordern Sie mehr Patriotismus. Was ist passiert?

Ich dachte, dass die transnationale Demokratie am ehesten in Europa verwirklicht werden würde. Ich glaubte, dass Europa neben der Schaffung eines Binnenmarkts auch die Demokratie transnationalisieren würde und einen europaweiten Demos bilden könnte – begleitet von einer Aushöhlung der nationalen Souveränität. Wäre es 2008 nicht zur Finanzkrise gekommen, würde sich Europa wohl nach wie vor auf dem Weg dorthin befinden. Heute ist das jedoch nicht mehr der Fall – und im Rest der Welt ist die Entstehung einer transnationalen Demokratie noch unwahrscheinlicher.

Was hat die Finanzkrise bewirkt?

Spanien, Portugal oder Griechenland sind nicht in Schwierigkeiten geraten, weil sie sich schlecht benommen haben: Wenn sie sich zu viel Geld geliehen haben, heisst das, dass insbesondere Deutschland ihnen zu viel geliehen hat. Genau das hätte Bundeskanzlerin Angela Merkel sagen müssen: dass die Eurokrise eine Krise der Interdependenz ist, die der Süden und der Norden zusammen verursacht haben. Sie hätte neue Institutionen fordern sollen, mehr politische Integration und eine gemeinsame Vision für Europa. Stattdessen verbreitete sie ein moralisierendes Märchen über sparsame Deutsche und verschwenderische Griechen. Entsprechend wurde Griechenland eine Sparagenda aufgezwungen, die die Krise noch verschlimmert hat. All dies hat innerhalb der EU zu viel Ressentiments geführt. Von dieser Situation aus ein demokratisches, soziales Europa zu schaffen, ist schwierig. Wir werden sehen, was der französische Präsident Emmanuel Macron ausrichten kann, der in diese Richtung will.

Sie fordern mehr Patriotismus. Doch dieser war in der Eurokrise doch genau das Problem: Merkel rief den Arbeitern in Ostdeutschland zu, dass sie deren Geld **gegen die Griechen verteidigen werde ...**

Es kommt darauf an, wie das patriotische Interesse definiert wird. Merkel hat im Interesse der deutschen Banken gehandelt, die Griechenland Geld geliehen hatten und denen die Hilfskredite an Griechenland wiederum zugutegekommen sind. Falls die Deutschen, Franzosen oder Holländer nach einer demokratischen Auseinandersetzung zum Schluss kommen, dass sie von der EU nicht profitieren, dann ist das in Ordnung. Sie können jedoch genauso gut zum Schluss gelangen, dass eine starke EU in ihrem Interesse ist. Heute steht die EU auf halbem Weg. Sie ist ein Binnenmarkt, dem die demokratischen

Institutionen fehlen. Entweder muss die Demokratie den Binnenmarkt einholen, oder der Binnenmarkt muss einen Schritt zurück machen.

Banken und Arbeiter etwa werden kaum je die gleichen Interessen haben. Was soll denn das nationale Interesse sein?

Es ist doch die Aufgabe der Demokratie, dies herauszufinden. Das Problem ist, dass die Eliten, die Banken und die mobilen, gut ausgebildeten Arbeitskräfte nicht mehr mit den anderen Gruppen in der Gesellschaft über die Vor- und Nachteile der Globalisierung debattieren wollen. Sie setzen ihre Interessen in anderen internationalen Foren durch, etwa durch Handelsverträge. Es braucht in den einzelnen Ländern wieder eine richtige demokratische Auseinandersetzung über das nationale Interesse.

Wenn jedes Land sein Interesse maximiert, leiden am Ende die Ärmsten in den schwächsten Ländern.

Für starke Länder ist es immer einfacher, ihre Interessen durchzusetzen. Darum braucht es internationale Handelsregeln, wie etwa das Prinzip der Nichtdiskriminierung, nach dem ein Staat einen Vorteil, den er einem anderen Staat gewährt, auch allen anderen gewähren muss. Das Prinzip war einer der bedeutendsten Beiträge der USA beim Aufbau der Nachkriegsinstitutionen. Natürlich hatten sie ein eigenes Interesse daran: Sie wollten damit das britische Kolonialsystem aufbrechen. Dabei haben sie es aber unterlassen, sich eigene Handelsprivilegien zu verschaffen. Ich bin überzeugt, dass viele Probleme nicht auf globaler Ebene zu lösen sind: Sonst erhalten Leute, die bereits auf nationaler Ebene viel Macht besitzen, auf globaler Ebene zusätzliche Macht.

Sie glauben, dass eine politische Körperschaft den Mächtigen umso mehr Macht verleiht, je grösser sie ist.

Ich sage nicht, dass man immer die Eliten privilegiert, wenn politische Entscheide jenseits des Nationalstaats gefällt werden. Doch in der heutigen EU und im aktuellen internationalen System ist das der Fall. Die Verhandlungen über die Freihandelsverträge etwa sind eine Blackbox.

Sie plädieren für Barrieren, sofern dies dem nationalen Interesse dient. Gilt das nur für Kapital, Güter und Dienstleistungen oder auch für Menschen, wie dies die Rechtsnationalisten fordern?

Die Grenzen für Kapital, Güter und Dienstleistungen sind bereits sehr offen. Es ist diese Mobilität, die zu vielen Problemen geführt hat, die es nun anzugehen gilt. Mit Ausnahme des europäischen Binnenmarkts sind die Barrieren für Arbeitskräfte im Verhältnis dazu weltweit sehr hoch. Die potenziellen Gewinne einer Öffnung sind entsprechend gross. Wären die Länder wirklich an der gemeinsamen wirtschaftlichen Wohlfahrt interessiert, würden sie sämtliche aktuellen Freihandelsverträge vergessen und einen Deal finden, der dafür sorgt, dass sich die Menschen weltweit freier bewegen können. Hier sollten wir die Globalisierung weiter vorantreiben.

Ein liberaler Ökonom

Dani Rodrik (59), Professor für internationale politische Ökonomie an der Harvard-Universität, machte sich international einen Namen, als er 1997 sein Buch «Has Globalization Gone too Far?» («Ist die Globalisierung zu weit gegangen?») publizierte. Darin legte der liberale Ökonom dar, dass die Globalisierung sowohl GewinnerInnen als auch VerliererInnen produziere und damit die Gesellschaften auseinanderreisse. 2011 folgte

c/o SP Kanton Solothurn
Postfach 1555
4502 Solothurn
www.wrb-so.ch



«Das Globalisierungsparadox» (Verlag C. H. Beck), in dem Rodrik seine These weiter ausführte. Inzwischen ist er einer der am häufigsten gelesenen Ökonomen der Welt.

Der gebürtige Türke ist mit der Tochter des ehemaligen türkischen Generals Cetin Dogan verheiratet, der 2010 beschuldigt wurde, Kopf eines Putschversuchs gegen die Regierung zu sein. Rodrik und seine Frau recherchierten fünf Jahre lang, um Dogans Unschuld zu beweisen. Mit Erfolg. Nachdem er zu zwanzig Jahren Haft verurteilt worden war, wurde er schliesslich doch freigesprochen.

Wir freuen uns auf Dich!

Das Kernteam der WRB
27. Juni 2017/NW

Das Ende ist nicht nah

Europas Sozialdemokratie erlebt einen Niedergang, aber er ist umkehrbar

Patrick Diamond | **Nicht nur die SPD steckt im Dauertief, in ganz Westeuropa tun sich Sozialdemokraten schwer, bei den Wählern anzukommen. Doch ihre Werte und Politikansätze werden weiterhin gebraucht. Und ein Comeback ist nicht ausgeschlossen, wenn sie Lösungen für zwei Schlüsselthemen anbieten können: Wirtschaftskompetenz und Identitätspolitik.**

Seit einem Jahrzehnt erleben die sozialdemokratischen Parteien Westeuropas einen schmachvollen Niedergang. Der Absturz der gemäßigten Linken ist beispiellos: Selbst da, wo Sozialdemokraten – meist in Koalitionen mit anderen Parteien – in den vergangenen Jahren an die Macht kamen, machten sie oft eine unglückliche Figur und wurden bald wieder abgewählt. Viele Kommentatoren haben die sozialdemokratische Bewegung deshalb für tot erklärt und schreiben den offenbar unaufhaltsamen Abstieg ihrer schwindenden ideologischen Wirkungskraft zu.

Welche Faktoren haben zum Abstieg der Sozialdemokratie – und dem gleichzeitigen Aufstieg populistischer Bewegungen in ganz Europa – geführt? Wie könnte sich die Linke gegen den Niedergang stemmen? Und wie könnte eine zukunftssträchtige sozialdemokratische Politik in Europa aussehen?

Die neuen politischen Landschaften

Die Rahmenbedingungen, unter denen sozialdemokratische Parteien und Regierungen ihre politische Arbeit heute betreiben, sind unsicher und fragil. Das betrifft nicht nur die Finanz- und Euro-Krise, eine der schlimmsten ökonomischen Krisen in der Geschichte des Westens. Das gesamte kapitalistische System befindet sich in einem grundlegenden Wandel: Die immer schnellere Folge technologischer Innovationen und der zurückgehende Anteil klassisch-industrieller Fertigung weisen darauf hin, dass sich die hochentwickelten Ökonomien an der Schwelle zu einer „dritten“ industriellen Revolution befinden. Diese könnte einschneidende Folgen haben und die etablierten politischen und wirtschaftlichen Institutionen untergraben.

Außerdem geraten Staatsfinanzen und Wohlfahrtssysteme aufgrund der durch die Finanzkrise entstandenen haushaltspolitischen Zwänge in bislang unbekanntem Maße unter Druck – so sehr, dass die künftige Verfasstheit des

Staates als solche zur Disposition steht. Die „Nachwehen“ der Krise verstärken den Effekt langfristiger demografischer Entwicklungen wie Alterung oder Geburtenrückgang. Der globale Wandel wird weiter befeuert durch die wachsende wirtschaftliche Macht der aufstrebenden Schwellenländer und den relativen Bedeutungsverlust des Westens. Just in diesem Moment ist der Sozialdemokratie das Gefühl abhandengekommen, ihre Existenz sei ein Produkt historischer Vorsehung, der sie im späten 19. Jahrhundert ihre Entstehung verdankte. Zur Überraschung vieler ist das Pendel der Geschichte gegen die gemäßigte Linke ausgeschlagen.

In den entwickelten kapitalistischen Ländern wird heute über Ungleichheit, über globale Unordnung durch entfesselte Finanzmärkte und über die fragwürdige Moralität des Kapitalismus diskutiert. Hinzu kommt die immer aktuelle Sorge über die Auswirkungen des technologischen Wandels und die Automatisierung des Arbeitsmarkts. Eigentlich sollten Sozialdemokraten leichtes Spiel haben, mit ihren Rezepten gegen die Krisen des Kapitalismus zu punkten.

Paradoxerweise scheinen die Krisen aber vor allem den Konservativen und den Rechtspopulisten zu nützen. Geschickt setzen beide die Austeritätspolitik für ihre Zwecke ein. Die moderate Rechte tut das, indem sie Mitte-Links-Parteien als verschwenderisch und ökonomisch inkompetent darstellt. Gleichzeitig werden die gemäßigten Konservativen vor allem in Nordeuropa von noch weiter rechts stehenden populistischen Parteien herausgefordert, die Ängste und durch die Globalisierung bedingte Unsicherheiten befeuern. So war es bei den Wahlen in Dänemark im vergangenen Jahr die rechtspopulistische Dänische Volkspartei und nicht die Konservative Volkspartei, die zur Ablösung der linken Koalition von Ministerpräsidentin Helle Thorning-Schmidt beitrug.

Die Krisen nützen Konservativen – und Rechtspopulisten

Das zerstörte Vertrauen in den Kapitalismus und die Rückkehr staatlicher Markteingriffe auf die politische Agenda haben der Linken wenig neuen Aufwind beschert. Die Europawahlen 2014 hätten für das Mitte-Links-Lager kaum schlechter laufen können; seit 1979 waren seine Parteien nicht mehr so schwach im Europaparlament vertreten. In Deutschland erzielte die SPD ihre miserabelsten Ergebnisse seit den 1890er Jahren. In Spanien erlitt die Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) herbe Rückschläge; in Irland halbierte sich der Stimmenanteil der Labour Party von 14 auf 7 Prozent. In den Niederlanden landete die Partei der Arbeit (PvdA) in Umfragen bei unter 10 Prozent. Auch in Frankreich, wo die Sozialisten regieren, sieht es derzeit alles andere als gut aus.

Die britische Labour Party erlebte 2010 und 2015 ihre größten Niederlagen seit 1918. In Schweden, einem der Kernländer der europäischen Sozialdemokratie, verlor das Mitte-Links-Lager erstmals seit über einem Jahrhundert zwei Parlamentswahlen in Folge, bevor die Sozialdemokraten im vergangenen Jahr wieder an die Macht kamen. Lediglich Italien gibt Anlass zu sozialdemokratischem Optimismus: Die Demokratische Partei von Ministerpräsident Matteo Renzi errang bei den Wahlen 2014 über 40 Prozent der Stimmen. Bei den Regionalwahlen zeigte sich allerdings kürzlich die altbekannte Unbeständigkeit der italienischen Politik: Renzis Partei erlitt einen Rückschlag, der deutlich machte, dass es noch ein weiter Weg bis zu einer tragfähigen linken Koalition ist.

Erleben wir den Untergang der Sozialdemokratie?

Gewiss, die häufig regierenden Mitte-Rechts-Parteien haben ebenfalls Einbußen hinnehmen müssen. Da sich die Politik schwer tut, die langfristigen Folgen der Finanzkrise in den Griff zu bekommen, wächst allgemein die Ablehnung etablierter Parteien. Das schlechte Abschneiden der Sozialdemokraten lässt sich natürlich zum Teil durch deren schwache Führungen, ihr fehlendes Angebot an glaubhaften Alternativen (vor allem in der Wirtschaftspolitik) und durch interne Querelen in instabilen Koalitionsregierungen erklären. Doch die Sozialdemokraten verlieren nicht nur Wahlen. Angesichts wachsender ökonomischer Turbulenzen und explodierender Staatsverschuldung fragen sich viele, ob sich die Sozialdemokratie überhaupt jemals wieder erholen werde. Kritiker argumentieren, das Mitte-Links-Lager lasse ein überzeugendes Wahlprogramm und ein stimmiges ideologisches Konzept vermissen. Zum Regieren habe es keine glaubwürdige Strategie. Daher ist es nicht völlig unmöglich, dass wir gerade den Untergang der Sozialdemokratie erleben.

Angewiesen auf den Primat der Politik

Verschlimmert werden die genannten Probleme durch strukturelle Verschiebungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich, die den Wählerstamm der sozialdemokratischen Parteien schrumpfen lassen. Mit dem Wandel der politischen Landschaft werden auch sozialdemokratische Ideen infrage gestellt, die seit dem Zweiten Weltkrieg in den meisten europäischen Staaten tief verankert waren. So wurden der Universalismus des Wohlfahrtsstaats und sein Versprechen, materielle Bedürfnisse zu befriedigen, durch die Idee der Eigenverantwortung ersetzt. Sozialdemokratische Überzeugungen scheinen als immer weniger legitim wahrgenommen zu werden. Und auch in Zukunft werden die großen sozialen und ökonomischen Trends die Politik transformieren.

Zwei grundlegende Veränderungen von historischer Dimension haben der Sozialdemokratie seit Ende des Kalten Krieges das Leben besonders schwer gemacht. Die erste ist die Globalisierung, die nicht nur die weltweite Integration der Märkte brachte, sondern auch Deregulierung und Liberalisierung. Diese stärkten das Kapital auf Kosten der Arbeiter und der demokratischen Regierungen. Die zweite Veränderung betrifft die Abwertung der Politik gegenüber den Märkten und anderen sozialen Kräften. Für eine Bewegung wie die Sozialdemokratie, die existenziell auf den Primat der Politik angewiesen ist, bedeutet das eine gefährliche Entwicklung.

Die globalen Handelsliberalisierungen und die Schwächung der Politik haben erhebliche Auswirkungen. Globalisierung revolutioniert – mit einschneidenden Konsequenzen für die etablierten Institutionen. Sie hat zu einem bis dato ungekannten Wirtschaftswachstum und deutlich höheren Lebensstandards geführt, aber ihre Errungenschaften wurden nicht gleichmäßig verteilt. Heute scheint die Globalisierung ihr Versprechen nicht mehr halten zu können, die Lebenssituation der Menschen jenseits der wirtschaftlichen und politischen Eliten zu verbessern. Folgerichtig erleben wir eine heftige politische Gegenreaktion, die in der weit verbreiteten Ablehnung einer liberalen Migrationspolitik und der europäischen Integration am sichtbarsten ist.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Weltoffenheit wird nun von einer wachsenden Fremdenfeindlichkeit bedroht, die von neuen Unsicherheiten bezüglich nationaler Identität und Zugehörigkeit genährt wird.

Gleichzeitig erscheinen die politischen Institutionen immer weniger in der Lage, mit diesen Problemen umgehen zu können. Rund-um-die-Uhr-Berichterstattung und soziale Medien haben die Politik transparenter, aber auch anfälliger gemacht. Öffentliches Misstrauen gegenüber Politikern und Institutionen hat deren Legitimität geschwächt, was sinkende Wahlbeteiligungen belegen. Die Wähler wollen schnelle Ergebnisse, obwohl politischer Wandel oft das braucht, was der Soziologe Max Weber „ein starkes, langsames Bohren von harten Brettern“ genannt hat. Auch das Vertrauen in die EU-Institutionen war nie niedriger. Obwohl Regierungen mit immer mehr globalen Herausforderungen zu kämpfen haben, fehlen die transnationalen Mechanismen, die mit der Interdependenz umgehen könnten und gleichzeitig demokratische Legitimität gewährleisten.

Ist die sozialdemokratische Mission erledigt?

Was sind die strukturellen Schwächen der sozialdemokratischen Parteien? Kurz vor der Jahrtausendwende rief der Soziologe Ralf Dahrendorf das „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ aus. Für ihn waren der „Dritte Weg“ oder andere „revisionistische“ Projekte bloß verzweifelte und meist ergebnislose Versuche, in einer veränderten politischen Landschaft relevant zu bleiben. Diese Sicht schwingt bei jenen mit, die die sozialdemokratische Mission für erledigt halten, da heute Mitte-Links-Programme mit Mainstream-Politik praktisch deckungsgleich seien. Die Sozialdemokratie stelle den Status quo nicht mehr infrage.

Ambitionierte Visionen endeten mit dem Kalten Krieg

Eine weniger bequeme Lesart ist, dass die Sozialdemokratie schon seit der globalen Öffnung nach dem Ende des Kalten Krieges einen aussichtslosen Kampf führt. Nach dem Zweiten Weltkrieg war ein Modell nationalstaatlicher Sozialdemokratie entstanden, bei dem nationale Solidarität über das internationale Klassenbewusstsein ging. Diese Periode wurde von der Absicht geprägt, die Verhältnisse der Arbeiterklasse innerhalb nationaler Grenzen zu verbessern, vor allem mithilfe von Umverteilung und neuen Sozialleistungen. Durch die fortschreitende europäische und globale Integration nach dem Kalten Krieg ersetzte jedoch – genährt vom Zuwachs internationaler wirtschaftlicher Konkurrenz und von Migration – eine neue protektionistische Denkweise den transformativen Charakter der Sozialdemokratie. Mitte-Links-Parteien wurden konservativer und verlegten sich auf das Ziel, ihre Errungenschaften aus der Nachkriegszeit lediglich zu verteidigen.

Darüber hinaus hat die neue Welle der Globalisierung und des Marktkapitalismus kollektive Institutionen geschwächt und zu einer stärker individualistisch ausgerichteten Gesellschaft mit sinkender Klassenidentifikation und schwindender Solidarität beigetragen. Daher markiert das Ende des Kalten Krieges das Ende ambitionierter sozialdemokratischer Visionen, obwohl es diese Phase war, die den Sozialdemokraten die Möglichkeit gab, sich links der Mitte von den Exzessen des Staatssozialismus abzugrenzen. Durch die abnehmende Bedeutung von Klassen vergrößerten sich soziale Unterschiede in Bezug auf Migration und Identität, was neue Populisten links wie rechts hervorbrachte.

Migration, Integration und Identität

Soziale und demografische Veränderungen werfen Fragen über die Zukunft, Nachhaltigkeit und Struktur des europäischen Wohlfahrtssystems auf. In der ganzen EU wachsen Bedenken über die sozialen Auswirkungen von Zuwanderung, trotz der wirtschaftlichen und kulturellen Vorteile, die Einwanderung den Mitgliedstaaten bringt. Als die äußerste Rechte bei den Wahlen zum EU-Parlament 2014 Erfolge mit einer ausgesprochen migrationsfeindlichen Agenda feierte, was das so etwas wie das Testament der untergehenden Sozialdemokratie.

Die wachsende Schere zwischen Arm und Reich vergrößert die Wahrscheinlichkeit, dass Migration eines der politischen Hauptprobleme werden wird. Die steigende Arbeitslosigkeit trägt zu neuer innereuropäischer Migration bei. Teilweise beunruhigende politische Entwicklungen und Spannungen, die während der Finanzkrise verebbt waren, erschüttern das „neue“ Europa. Die Osterweiterung der EU, kombiniert mit der Stagnation der südeuropäischen Ökonomien, hat neue politische Kräfte geweckt, die den politischen Mainstream gefährden.

In ganz Europa sind populistische Parteien auf dem Vormarsch. Während einige Parteien von links kamen, wie Syriza und Podemos, sind andere schwieriger einzuordnen, wie die Fünf-Sterne-Bewegung in Italien. Ein Großteil der populistischen Parteien, die Wahlerfolge verzeichnen konnten, kommt allerdings aus dem rechten Spektrum. In drei wichtigen EU-Staaten – Dänemark, Großbritannien und Frankreich – haben Populisten hohe Umfragewerte.

Viele dieser Parteien, die linken Protestparteien eingeschlossen, beziehen ihre Unterstützung von Bürgern, die sich der Europäischen Union entfremdet haben. Diese Entfremdung hat viele Gründe. Es mangle der EU an Legitimität, so die Kritik, sie fördere die unkontrollierte Mobilität von Arbeitskräften und habe den Menschen einen übertriebenen Sparkurs aufoktroyiert. Tatsächlich hat die Austeritäts- und Euro-Rettungspolitik den Populisten rechts und links Wählerstimmen zugetrieben; im Süden tendieren die Wähler zu den Parteien, die die Einsparungen und Haushaltskonsolidierung zurückschrauben wollen; viele im Norden denken dagegen, bereits genug für südliches „Über-die-eigenen-Verhältnisse“-Leben gezahlt zu haben.

Mit Ausnahme von Spanien und Griechenland hat es die europäische Linke jedoch verpasst, Profit aus der Krise zu schlagen, so wie es die Rechte getan hat. Für die grünen Parteien gilt das ebenfalls. Das einzige Land, in dem die Grünen in jüngster Zeit erfolgreich waren, ist Portugal, wo die Demokratische Einheitskoalition und die Bewegung der Partei der Erde gemeinsam eine Minderheitsregierung bilden konnten.

Dies passt in ein größeres Muster des Aufkommens linker Parteien in Südeuropa. Schaut man sich das Abschneiden grüner Parteien in Europa insgesamt an, stellt man Stagnation fest. In den meisten Ländern gibt es keine Veränderungen bei der Anzahl ihrer Sitze in den Parlamenten. Wichtiger ist, dass die steigende Unterstützung für radikale und populistische Parteien die Unterstützung für traditionelle sozialdemokratische Parteien aufbricht. Der Aufstieg der Populisten gefährdet die Hegemonie, die Mitte-Links-Parteien seit dem Zweiten Weltkrieg innehatten. Obwohl es mehr linksgerichtete als rechtsgerichtete Regierungen in Europa gibt, sind gemäßigte Linke in wachsendem Maße gezwungen, Koalitionen einzugehen. Wurde dies einst noch als vorübergehendes Nebenprodukt der Arithmetik von Wahlen angesehen, so werden Große Koalitionen, die beide Flügel der Mitte abdecken, jetzt immer mehr zur Norm. Und in Zukunft werden womöglich nur sie in der Lage sein, sich der populistischen Flut entgegenzustellen. Die politische Landschaft in Europa hat sich dramatisch verändert.

**Große Koalitionen
werden immer mehr
zur Norm in Europa**

Prioritäten der Erneuerung

Europas Sozialdemokraten mögen einer trostlosen Zukunft entgegensehen, was Wahlergebnisse angeht – sie sollten aber ihre Hoffnung nicht verlieren. Die Welt braucht weiterhin die Werte und Programme von Mitte-Links-Parteien. Was sollten also die Prioritäten bei der Erneuerung sein?

Vor Kurzem wurden traditionsreiche Parteien wie die britische Labour Party oder die US-Demokraten Zeugen des Aufstiegs einer neuen aufrührerischen Bewegung von links: In Amerika verbindet man dies mit der Präsidentschaftskandidatur von Bernie Sanders, in Großbritannien mit dem Aufstieg von Jeremy Corbyn, der 2015 überraschend zum Labour-Vorsitzenden gewählt wurde. Beide sind Symbole für die wachsende Entfremdung vom politischen Establishment und für den Wunsch nach einer Rückbesinnung der Parteien auf ihre Wurzeln als Anwälte der Schwachen und Besitzlosen. Eine

breite Mehrheit ihrer Unterstützer ist überzeugt, dass beide Anführer die steigende Gefahr der populistischen Kräfte in westlichen Demokratien bekämpfen können. Weniger sicher ist jedoch, ob sie eine schlüssige Agenda zum Regieren entwickeln können – besonders angesichts der schwerwiegenden Probleme, denen alle progressiven Parteien gegenüberstehen: von wachsender Abneigung gegenüber Umverteilungspolitik bis hin zum Aufruhr gegen Massenzuwanderung. Daraus ergeben sich zwei große Fragen, denen sich Sozialdemokraten stellen und für die sie Lösungen finden müssen: Wirtschaftskompetenz und Identitätspolitik.

Ende der Selbstschwächung

In den neunziger Jahren schwächten sich die Mitte-Links-Regierungen des „dritten Weges“ selbst, indem sie eine Politik betrieben, die dem Marktliberalismus gefährlich nahe kam. Nach dem Fall der Berliner Mauer kamen sie zu dem Schluss, dass der westliche Kapitalismus triumphiert habe. Um an die Regierung zu kommen, mussten die Sozialdemokraten also beweisen, dass sie eine Marktwirtschaft genauso gut managen konnten wie die Konservativen – eine ideologische Kapitulation. Viele der direkt nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelten Regelungsmechanismen und Institutionen wurden überhastet aufgegeben.

Da die linken Parteien ihr Verhältnis zu den Märkten verbessern mussten, um ihre Regierungsfähigkeit zu beweisen, war das keine völlig fehlgeleitete Politik. In einer globalisierten Weltwirtschaft mussten zudem einige Rezepte

keynesianischer Theorie revidiert werden. Das Problem war nur:

**Sozialdemokraten
müssen kompetente
Krisenmanager sein**

Als 2007/08 die Finanzkrise begann, erschien die gemäßigte Linke plötzlich als Komplizin jener Politik, die zum Crash geführt hatte. Sozialdemokraten hatten vor allem ihren Kampf für effektive Regulierung und Aufsicht über den Finanzsektor aufgegeben, ganz zu schweigen von der Idee, die Ökonomie durch strategische Eingriffe

wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Mehr denn je muss die Linke heute ihren wirtschaftspolitischen Ansatz überdenken, um einen faireren, widerstandsfähigeren und nachhaltigeren Kapitalismus zu schaffen. Dabei muss sie der Behauptung, dass Regierungen sich nicht in die Märkte einmischen sollten, klar widersprechen.

Eine andere Lehre ist, dass Widerspruch gegen die Austeritätspolitik allein nicht ausreicht, um Wahlen zu gewinnen. Natürlich haben voreilige Kürzungen Wachstum und Jobs gekostet. In Südeuropa droht diese Politik in eine soziale Katastrophe zu führen. Dennoch müssen die sozialdemokratischen Parteien zeigen, dass sie auch kompetente Krisenmanager wären. Sie brauchen einen klaren Plan für den Umgang mit Schulden: nicht nur für die Nettoverschuldung des öffentlichen Sektors über einen Konjunkturzyklus hinweg, sondern vor allem auch für nicht nachhaltige Verschuldung der Haushalte und des Finanzsektors.

Sozialdemokraten müssen zeigen, wie sie trotz geringerer Spielräume für Staatsausgaben nach einer Rezession regieren und gegen Stagnation ankämpfen würden. Dafür braucht es eine Strategie für die Regulierung der Finanzmärkte mit dem Ziel, das Gemeinwohl zu fördern, systemische Risiken zu beheben und Banken zu reformieren, die „too big to fail“ sind. Ein Modernisie-

rungsplan für die Industrie würde unsere Ökonomien neu ausbalancieren: Ihre Abhängigkeit vom Finanzsektor würde zugunsten von wissensintensiven Produkten und Dienstleistungen abgebaut. Was eine Reform des Steuersystems angeht, ist ein hartes Durchgreifen gegen grenzüberschreitende Steuerhinterziehung fällig. Progressive Steuersysteme sollten neue Ungleichheiten beheben.

Die zweite Aufgabe betrifft die Identitätspolitik. Die Linke darf sich nicht beirren lassen, sich starken politischen Grundströmungen entgegenzustellen. Die Parteien links der Mitte verlieren Stimmen, weil die Wähler den Politikern nicht zutrauen, die Lebensverhältnisse gegen die unsichtbaren Kräfte des globalen Wandels verteidigen zu können. Europa hat einen Rechtsruck erlebt – nicht nur hin zu den christdemokratischen und konservativen Parteien, sondern zu neuen Kräften, die Ängste vor wirtschaftlicher Unsicherheit und Migration sowie Feindschaft gegenüber der EU schüren; siehe Österreich, wo der FPÖ-Präsidentschaftskandidat nur denkbar knapp unterlag.

Die Linke verliert also auch aufgrund nationaler Identitätspolitik. Der Versuchung aber, die Zugbrücke hochzuziehen, muss sie widerstehen. Mit restriktiver Einwanderungspolitik zu liebäugeln, mag oberflächlich verlockend erscheinen, wenn Populisten Zulauf haben, jedoch würden willkürliche Begrenzungen wirtschaftlichen Schaden anrichten und von politischer Charakterlosigkeit zeugen. Andersherum würde ein Schuh draus: Arbeiter mit geringem Einkommen müssen in der ganzen EU geschützt werden. Die Ausbeutung von Niedriglöhnern aus Osteuropa untergräbt die Idee des europäischen Projekts. Mehr Sicherungen gegen Leiharbeit und Arbeit auf Abruf sind nötig.

Die Sozialdemokratie muss ihre eigene Vision einer solidarischen Gesellschaft formulieren, die auf einem Souveränitätsverständnis basiert, wonach der Nationalstaat tragende Säule in Sachen Sicherheit und Zugehörigkeit ist. Nur wenn sie das Vertrauen und die Gefolgschaft der Bürger innerhalb des Nationalstaats gewinnt, kann die gemäßigte Linke im Kampf für internationales Engagement und Kooperation bestehen – den Grundpfeilern der liberalen Weltordnung.

Europas Sozialdemokratie ist in den kommenden Jahren nicht zum Untergang verdammt. Die Wahlniederlagen seit den neunziger Jahren waren schmerzhaft, die langfristig sinkenden Stimmenanteile sozialdemokratischer Parteien mögen ernüchternd wirken. Trotzdem können Europas Sozialdemokraten auf einer Fülle von Argumenten für die Vision einer alle einschließenden sozialen Wirtschaft aufbauen und kraftvoll für Gerechtigkeit und Gleichheit werben. Die Unterstützung der Schwächsten in der Gesellschaft in Verbindung mit einer vernünftigen Politik für den Mittelstand war schon immer das Kernstück der linken Mitte. Sie muss sicherstellen, dass die Last des Wandels und sozialer Reformen nicht allein von den Schwächsten getragen wird. Diese Erkenntnis ist heute, angesichts der harten Zeiten, in denen wir uns befinden, wichtiger denn je.

**Die Last des Wandels
dürfen nicht nur die
Schwächsten tragen**



Dr. Patrick Diamond
lehrt Politikwissenschaften an der Queen Mary University of London. Er ist zudem Vorsitzender und Forschungsdirektor des Thinktanks Policy Network.

histoire
politique
société

le débat

Nathalie Loiseau : À quoi sert l'ÉNA ?

Bernard Ramanantsoa : HEC et l'explosion mondiale des écoles de management

François Cornut-Gentile : Pour un nouveau Parlement

Francis Brochet : L'électeur numérique

Bernard Poulet : De quoi le socialisme est-il (encore) le nom ?

Une nouvelle génération en politique

David Amiel et Quentin Lafay, Céline Bähr et Yohann Marcet

Hervé Juvin : Sanctions américaines : la guerre du droit

Tony Corn : Vers un nouveau concert atlantique

Stéphane Fouks : L'art de la com' : l'insoumission permanente

Questions patrimoniales

Laurence Engel, Christian Hottin, Jean-Michel Leniaud, Michel Melot, Pierre Nora, Yann Potin

Thierry Blin : Libérer les animaux ?

Hervé Glevarec, Thibaut de Saint Maurice : Les séries contemporaines

numéro **194** mars-avril 2017

Gallimard

De quoi le socialisme est-il (encore) le nom ?

Bernard Poulet

liste ? Sans oublier François Hollande, lâchant devant des journalistes, à propos du Parti socialiste : « Il faut un acte de liquidation. Il faut un hara-kiri ». Le terme de socialisme est-il donc autre chose qu'une de ces survivances langagières dont notre pays est friand ?

Ce travail part du constat de la décomposition évidente de l'édifice socialiste. Ce qui va bien au-delà de l'écroulement patent du parti reconstruit par François Mitterrand à partir du congrès d'Épinay en 1971. C'est l'ensembles de ce qui avait été élaboré depuis Jaurès en 1905 qui semble avoir perdu son sens. Le socialisme a été l'idéologie dominante d'une grande partie du ^{xx}e siècle, mais depuis le début des années 1970 c'est le libéralisme, sous sa forme néolibérale, qui s'est imposé comme la doctrine conduisant

1. Entretien avec l'auteur.
2. Manuel Valls, *Pour en finir avec le vieux socialisme*, Robert Laffont, 2008, p. 60.
3. Gérard Davet, Fabrice Lhomme, *Un Président ne devrait pas dire ça...*, Stock, 2016, p. 622.

Quand Gilles Finchelstein, directeur général de la fondation Jean-Jaurès, affirme qu'il « n'a jamais partagé l'idée qu'il faudrait changer le nom du Parti socialiste », il en donne une raison qui peut sembler bien courte : « Par quoi le remplacer ? » Avant d'ajouter que si l'« on a une marque qui est connue et reconnue, pourquoi l'abandonner même si elle est plus ou moins appréciée ? » Le terme de socialisme, qui a été forgé en 1833 par Pierre Leroux contre l'individualisme naissant et qui s'est développé pour devenir une vision du monde, ne serait désormais plus qu'une marque !

Quel est le sens du concept de socialisme aujourd'hui ? A-t-il même un contenu alors que certains, à l'instar de Manuel Valls – avant de se lancer dans la course présidentielle –, n'ont pas hésité à proposer d'oublier le mot, sinon l'idéal ?

« Quand un terme peut tout dire, il ne veut rien dire », expliquait celui qui n'était encore que député de l'Essonne². Ou quand Emmanuel Macron affirme fièrement qu'il n'est pas socialiste

Bernard Poulet
De quoi le socialisme
est-il (encore) le nom ?

les modes de pensée collectifs. Le socialisme, après être passé sur la défensive, est une doctrine actuellement inaudible.

L'organisation appelée « Parti socialiste » pourra continuer d'exister – n'est-ce pas le cas du parti radical ? –, l'idée socialiste, elle, semble vidée de tout contenu. François Hollande aurait été l'aboutissement de cette faillite : une intelligence reconnue par tous, une pratique respectable du métier politique, mais une absence de préoccupation théorique, l'abandon de toute idée de transformation du monde et son corollaire d'adaptation au « monde tel qu'il est ». Un Président nominalement socialiste devenu l'avocat résigné d'un néo-libéralisme dont il se sera contenté de proposer une forme moins douloureuse, le chantre mal assumé d'un réformisme réduit à sa boîte à outils.

Les socialistes, submergés par l'idéologie néolibérale, n'ont « même plus de discours propre », constate Marcel Gauchet⁴, en plus de se retrouver sans instrument ni horizon. « Le destin du hollandisme est d'avoir été un point de passage ou, pour le dire autrement, l'occasion d'un aveu », écrit François Bazin⁵. L'aveu du décès du socialisme, dans les faits sinon dans les mots. Hollande serait ainsi le socialiste de la sortie du socialisme. Est-ce si sûr ?

Ce qui s'est passé aux États-Unis avec Bernie Sanders devrait faire réfléchir, même s'il ne faut pas oublier les importantes différences entre ce pays et l'Europe. Aussi contre-intuitif que cela paraisse, les États-Unis sont peut-être le pays qui a été le plus ébranlé par la mondialisation et la réorganisation du monde. Les attentats du 11 septembre 2001 ont révélé aux Américains qu'ils n'étaient pas à l'abri des soubresauts du monde extérieur. Ensuite, moteur de la mondialisation, ils commencent à la redouter, comme le prouve l'élec-

tion de Trump mais aussi l'étonnante percée de Bernie Sanders.

Il y aurait quelque ironie à voir un retour en faveur du mot socialisme aux États-Unis alors que certains veulent l'abandonner en Europe.

Au-delà de Bad Godesberg

L'identité politique des socialistes français est, de fait, réformiste, même si son identité militante s'est longtemps voulue révolutionnaire⁶. Qui, en effet, oserait encore dire qu'« entre le plan et le marché, il y a le socialisme », comme le proclamait, en 1979, le jeune Laurent Fabius pour excommunier les amis de Michel Rocard ? Qui se souvient du texte du même congrès de 1979 affirmant : « Notre objectif n'est pas de moderniser le capitalisme ou de le tempérer, mais de le remplacer par le socialisme » ? Qui se rappelle que lors du congrès d'Épinay, en 1971, celui qui vit l'intronisation de François Mitterrand à la tête du ps, le nouveau premier secrétaire n'hésitait pas à se réclamer de la révolution ? « Réforme ou révolution ? demandait-il, oui, j'ai envie de dire révolution. » « Violente ou pacifique, la révolution c'est d'abord une rupture. Celui qui n'accepte pas la rupture – la méthode, cela passe ensuite –, celui qui ne consent pas à la rupture avec l'ordre établi, [...] avec la société capitaliste, celui-là, je le dis, il ne peut pas être adhérent du parti socialiste. » Même le plus radical des « frondeurs » n'oserait plus s'exprimer ainsi.

4. *Le Débat*, n° 192, novembre-décembre 2016, p. 37.

5. *Les Ombres d'un Président*, Plon, 2015.

6. Cette catégorisation est au cœur du livre de Jacques Moreau, *Les Socialistes français et le mythe révolutionnaire*, Hachette Littérature, 1988 et 2003. Il remarque très justement qu'après 1981 les électeurs – « ou tout au moins la frange qui fait les majorités – n'avaient pas nécessairement le désir de changer de société » (p. 271).

triomphe de la social-démocratie, mais cette débâcle a emporté avec elle l'idée du socialisme

Manuel Valls, on l'a vu, est l'un de ceux qui sont allés le plus loin dans ce constat. En 2010,

il osait écrire qu'« avec la chute du mur de Berlin s'est effondré pour la gauche le projet d'une société alternative [...] ». Pour parler comme les marxistes, le rapport de force actuel ne permet

aucune part – et pour longtemps – d'envisager le renversement du capitalisme international. C'est pourquoi je crois indispensable de s'interroger sur le nom même du Parti socialiste. [...] Le terme renvoie à une alternative globale au capitalisme. Or, c'est précisément cette idée qui est

impensable aujourd'hui ».

« Avec l'écroulement de l'idée de révolution, et ses effets atomiques sur les partis communistes, explique aussi Marcel Gauchet, on a pu penser que l'heure de la social-démocratie était venue. En réalité, l'épuisement de l'idée révolutionnaire l'a rattrapée petit à petit. Elle n'a plus de programme ». « Le communisme avait deux fonctions pour les socialistes. D'abord celle de l'épouvantail, ce qu'il ne fallait pas faire et qui donnait leur identité aux socialistes démocrates. Ensuite, paradoxalement, il permettait de croire que l'utopie restait une dimension de l'idéal socialiste.

L'antitotalitarisme des années 1970-1980 a préparé l'épiphanie néolibérale, il a nourri une critique de l'Etat ainsi que celle des restes de pensée marxiste et, par voie de conséquence imprévue – puisque la politique antitotalitaire était le fait de gens de gauche –, il a nourri la crise de la social-démocratie. C'est l'idée même

7. Jacques Julliard, *Les Gauches françaises, 1762-2012*, Flammarion, « Champs histoire », 2012, p. 795.
8. Manuel Valls, *Pouvoir*, Stock, 2010, pp. 59-60.
9. *Le Figaro*, 7 septembre 2009.

Pendant quelques décennies, d'excellents

esprits ont incité les socialistes français à faire leur

aggiornamento, leur Bad Godesberg, mais est-ce

encore utile ? Comme le dit assez drôlement

Jacques Julliard, « semblable à ces ivrognes qui

prétendent que rien n'est plus facile que d'arrêter

de boire, puisqu'eux-mêmes le font presque

chaque semaine, le ps n'a cessé de remettre en

cause l'embarquée marxiste qui accompagnait la

signature du Programme commun ».

Sans doute les socialistes français auraient-ils

gagné à mettre en conformité leur théorie avec

leurs actes, à sortir de cette ambiguïté si chère à

Mitterrand et à François Hollande, mais aujourd'

d'hui c'est trop tard : il n'y a tout simplement

plus de théorie. La fameuse phrase de Lionel

Jospin : « Mon programme n'est pas socialiste »,

a scellé l'aveu. Et il est inutile de se tourner vers

les partis frères européens. Même ceux qui ont

accompli leur mue idéologique depuis longtemps

sont saisis par la crise. Blair et Schröder ont

laissé des champs de ruines politiques derrière

eux. Les socialistes espagnols sombrent, le social-

isme grec a coulé. On en vient à prendre au

sérieux la formule de Coluche : « Les socialistes

ont eu tort de venir au pouvoir. Ils auraient dû

faire comme Dieu : ne jamais se montrer pour

qu'on continue à y croire. »

Le défi posé au socialisme est celui, non plus

d'une quelconque « clarification », mais celui

de retrouver un contenu crédible redéfinissant

les conditions d'une existence collective et repren-

nant les idéaux du socialisme face au néo-

libéralisme.

Le socialisme victime collatérale de l'effondrement communiste

La chute du mur de Berlin a scellé la faillite

de l'idée communiste. Elle aurait dû être le

Bernard Poulet
De quoi le socialisme
est-il (encore) le nom ?

d'un dépassement qui soutenait le projet socialiste, qu'il fût communiste ou réformiste, qui a perdu toute crédibilité. Pis, peut-être, l'abandon du marxisme qui continuait à habiller les rêves ou les ambitions des socialistes leur interdit de prétendre encore avoir cette analyse scientifique de la société qui les rassurait et leur donnait une position de supériorité à l'égard de leurs adversaires de droite et du centre.

La chute du communisme aurait pu être l'occasion d'une redéfinition du socialisme qui passait par la critique sans concession du marxisme-léninisme. Une telle démarche aurait contribué à réduire l'influence des survivances néogauchistes, notamment trotskistes. Il n'en a rien été. Le bilan du communisme – indispensable – comme celui du gauchisme restent à faire.

*Du remords du pouvoir
au pouvoir sans remords*

Léon Blum, au procès de Riom, en 1942, avouait : « J'ai joué un rôle un peu singulier, un peu original dans la vie publique, en ce sens je n'ai jamais recherché le pouvoir, que j'ai même mis à m'en écarter autant d'application et de soin que d'autres pouvaient mettre à s'en rapprocher et que j'en ai détourné mon parti aussi longtemps que cela m'a paru possible. »

Des origines jusqu'à la fin du ^{xx}e siècle¹⁰, le socialisme français a entretenu un rapport schizophrène avec le pouvoir. Mais ce long « remords » à l'égard d'un pouvoir que les socialistes avaient honte d'exercer, très bien analysé en son temps par Alain Bergounioux et Gérard Grunberg¹¹, appartient au passé, si l'on en juge par la bousculade des candidats de la primaire de 2017, tous, y compris Benoît Hamon, candidats à l'exercice du pouvoir.

Les quatorze années de présidence de

François Mitterrand ont effacé la distinction subtile de Léon Blum entre l'exercice du pouvoir et la conquête du pouvoir. Son exercice est devenu une évidence, même pour ceux qui paraissent choisir l'opposition quand se confirmait l'inanité du mythe révolutionnaire. Ce qui est moins évident, c'est : pour quoi faire ?

À la fin des années 1990, Lionel Jospin tenta d'opérer un début de clarification – sans ouvrir de débat doctrinal – en ajustant les promesses aux capacités de les mettre en œuvre et en essayant de définir son réformisme : « Oui à l'économie de marché, non à la société de marché. » Une tentative de poser le problème, à défaut de définir ce que devrait être un réformisme assumé.

Manuel Valls, alors qu'il considérait encore en 2008 qu'il était « indispensable de s'interroger sur le nom même du Parti socialiste », n'avait pas hésité à affirmer que le terme socialisme renvoyait « à l'idée d'une alternative globale au capitalisme [qui] est impensable à présent. [...] À défaut de changer le monde on veut simplement le rendre vivable [...]. On répare les dégâts d'une société dure, violente, inique. On colmate les fuites de la République. Ce n'est déjà pas mal¹². »

Et il faut reconnaître à François Hollande, comme le montre très clairement Francis Brochet¹³, que la politique des petites réformes qu'il a essayé d'appliquer remonte aux débuts de sa carrière, au milieu des années 1980. « La

10. On date le vrai tournant social-démocrate du ^{ps} du congrès de l'Arche de la Défense, en décembre 1991, quand Pierre Mauroy pourra enfin dire sans être excommunié : « Oui, nous pensons que l'économie de marché constitue le moyen de production et d'échange le plus efficace. Non, nous ne croyons plus à une rupture avec le capitalisme. »

11. Alain Bergounioux et Gérard Grunberg, *L'Ambition et le Remords. Les Socialistes français et le pouvoir (1905-2005)*, Fayard, 2005.

12. M. Valls, *Pour en finir avec le vieux socialisme*, op. cit., p. 12.

13. Francis Brochet, *Et François Hollande enterra le socialisme*, L'Archipel, 2015.

sement moral de la bureaucratie socialiste tel qu'elle ne s'en est jamais relevée¹⁶.

L'impossible néogauchisme ?

Le « surmoi gauchiste », qui a longtemps joué le rôle de mauvaise conscience de la famille socialiste, s'est vidé de toute effectivité politique. C'est tout au plus ce « gauchisme culturel » qu'a bien décrit le sociologue Jean-Pierre Le Goff, et qui n'a plus grand-chose à proposer depuis que la perspective révolutionnaire a perdu sa plausibilité. L'effacement des groupes trotskistes en est un symptôme. L'identité de ce néogauchisme est affective, moralisante et médiatique.

Le mouvement « Nuit Debout » en a fourni une nouvelle illustration au printemps 2016.

Tolère en plein état d'urgence, il a bénéficié d'une certaine sympathie, notamment auprès des médias, mais il a été incapable de proposer le moindre programme mobilisateur. Ou, plutôt, il se faisait gloire de ne pas se poser la question du pouvoir. « Avant les mouvements sociaux portaient un changement, peut-être irréaliste, mais un changement. Alors que là... c'est : "Le système de toute façon nous est hostile, il nous menace et donc on va essayer de le gripper, de le freiner..." Sans perspective de prise du pouvoir. C'est : "On renverse la table, mais on ne renverse pas le pouvoir."¹⁷ Cette analyse pertinente, on la doit à... François Hollande.

D'une autre façon, Jacques Julliard dit la

14. *Le Monde*, 1^{er} novembre 2012.
15. Avant la débâcle des municipales de 2014, rappelle Jérôme Sainte-Marie, un tiers des adhérents socialistes étaient liés aux pouvoirs locaux, auxquels s'ajoutaient 13 % de salariés d'une collectivité locale.
16. J. Moreau, *Les Socialistes français et le mythe révolutionnaire*, op. cit., p. 777.
17. G. Davet, F. Lhomme, « Un Président ne devrait pas dire ça... », op. cit., p. 154.

détermination de François Hollande n'est pas en son pays et à le partager, ajoute pertinemment Brochet qui rappelle que, dès novembre 2012, le nouveau Président reconnaissait qu'il voulait poursuivre une « mutation » de la France entamée pas ses prédécesseurs. Mais aussi qu'elle n'était pas très différente de celle de la droite : « Les autres l'auraient fait, sans doute, mais brutalement », avouait-il¹⁴.

C'est là le problème : les socialistes n'ont plus de réticences à exercer le pouvoir, mais ils ne savent plus très bien pourquoi ils le font. Il y a longtemps que le programme maximum a été abandonné, mais il n'y a plus de programme minimum. À force de dénoncer la vieille gauche, ils ont souvent oublié de combattre le nouveau capitalisme.

Avec l'affaiblissement du contenu idéologique il ne reste plus que les ambitions individuelles. Le militantisme a longtemps été la condition d'accès aux responsabilités. Avec la victoire de 1981, la montée en puissance des technocrates ou des « favoris » du prince, ce sera de moins en moins le cas. Les militants ne comptent guère aujourd'hui s'ils ne sont pas des élus, des collaborateurs d'élus, des salariés d'élus, des membres de leur famille ou des responsables d'associations¹⁵. Et l'accumulation des revers électoraux a fait fondre même cette dernière base sociale, si l'on peut l'appeler ainsi. La faronade du premier secrétaire Cambadélis promettant d'atteindre les 500 000 adhérents s'est muée en farce triste. On ne compte sans doute guère plus de 50 000 cotisants aujourd'hui. L'esprit de parti s'est transformé en sectarisme des ambitions individuelles, en clanisme des écuries présidentielles. « François Mitterrand est, pour l'essentiel, parvenu à ses fins, dit Jacques Moreau. Mais c'est au prix d'un avilis-

Bernard Poulet
De quoi le socialisme
est-il (encore) le nom ?

même chose : ces impossibles néogauchistes « sont comme les croyants à la divinité, ils sont incapables de donner un contenu positif à leur croyance. Il y a bien quelque chose, mais quoi ? [...] ils vivent du parfum d'un vase vide¹⁸ ».

Le contenu du mouvement « Nuit Debout », pour autant que l'on puisse en trouver un, s'inspirait – souvent sans le savoir – des thèses des philosophes Antonio Negri et Michael Hardt, les auteurs d'*Empire*¹⁹. Selon eux, il n'y a plus d'État-nation et les multitudes qui auraient remplacé la classe ouvrière ne doivent pas « poser la question du pouvoir », elles doivent choisir « l'exode ou la désertion ». Contestant toute idée de souveraineté, ils prônent une « démocratie absolue » d'où le politique serait éliminé.

Consciente de son impuissance, la gauche radicale en fait la théorie. Cette gauche radicale – qui ne se dit plus extrême gauche ni, bien sûr, gauche révolutionnaire – est écartelée entre le soutien aux revendications individuelles ou communautaires et le désir d'un mouvement collectif devenu illusoire. Anticapitaliste par principe, sinon dans ses objectifs, elle est la composante radicale du parti des droits qui défend toutes les luttes des « multitudes », en réalité celles des minorités.

La popularité d'un slogan flou comme celui de l'« intersectionnalité des luttes » l'illustre bien. Né aux États-Unis, dans le sillage du mouvement du *black feminism*, ce concept a été repris – et dévoyé, disent certains – pour faire se recouper les revendications de différentes minorités. Cela rappelle la vieille convergence des luttes, mais c'est surtout une tentative bien problématique de coordonner des revendications de droits individuels par définition difficiles à faire marcher ensemble. Ainsi, avec l'intersectionnalité, faute de converger, les luttes – essentiellement pour la reconnaissance identitaire – se

recoupent sans poser la question politique²⁰. « Ce concept, précise Laurent Bouvet, est utilisé aujourd'hui, en France, essentiellement pour rendre acceptable – tout particulièrement à gauche – les revendications identitaires et culturalistes de minorités en les assimilant à des luttes sociales menées au nom de l'égalité²¹. »

En épousant la politique des droits, du libéralisme social et de la permissivité tous azimuts, le néogauchisme s'inscrit dans cet individualisme contemporain qu'il prétend condamner. Quand il critique la démocratie au nom d'une démocratie radicale, « plus démocratique », il finit par n'exprimer que la revendication exacerbée des droits individuels.

L'Europe, machine à tuer le socialisme

L'idéal européen aurait pu donner aux socialistes cette identité qui leur manquait. C'est ce que promettait François Mitterrand. Elle leur permit, à la première étape, de se situer face au gaullisme et au communisme. Les lendemains qui chantent auraient dû être remplacés par le rêve de l'Europe fédérale et sociale.

Et pourtant ce fut tout le contraire. L'évolution de la construction européenne, son incapacité à fournir un cadre politique crédible et son rôle de plus en plus évident de cheval de Troie

18. J. Julliard, *Les Gauches françaises*, op. cit., p. 610.

19. Antonio Negri, Michael Hardt, *Empire*, Exils, 2000.

20. L'idée se retrouve, sous une autre forme, chez Chantal Mouffe (*L'Illusion du consensus*, Albin Michel, 2016), qui parle de « la nécessité de prendre en compte tous les combats démocratiques [...] ces luttes généralement désignées comme les "nouveaux mouvements sociaux" ». C. Mouffe passe pour une des inspiratrices de Podemos. Mais elle critique la thèse d'*Empire* qui « contribue à renforcer l'incapacité actuelle à penser et à agir politiquement ».

21. Laurent Bouvet, *L'Insécurité culturelle*, Fayard, 2015.

Au congrès de Dijon, en 2003, la motion du nouveau Parti socialiste affirmait encore que « la question européenne est au cœur de ce congrès, l'Europe aura été l'un des principaux défauts de la cuirasse des cinq années du gouvernement de la gauche [...]. L'Union est ressentie comme un cheval de Troie de la mondialisation au sein des nations, imposant la libéralisation et accentuant les inégalités ». Elle recueillera près de 18 % des voix. Vint ensuite le référendum sur la Constitution européenne de 2005, autour duquel le ps se divisa brutalement.

En 2015, à Marennes, en accueillant l'université des frondeurs, le maire, Mickaël Vallet, pour-tant signataire de la motion majoritaire, n'hésitait pas à souhaiter « que nous cessions de faire de l'Europe l'idéologie de substitution au socialisme, que nous cessions de nous payer avec les formules creuses [...], que nous sortions de la vision mi-lieuse des gentils "pro-européens" contre méchants "souverainistes" ». Ce distinguo ne vaut plus rien. Cette vision fait le jeu du libéralisme violent qui est le seul véritable adversaire. »

« Nous devons nous accorder ensemble, ajoutait le maire de Marennes, sur le constat que ces institutions comme les politiques qu'elles conduisent interdisent aux progressistes d'agir, comme le permettait en son temps l'Etat, sur la réalité quotidienne de la classe ouvrière, des chômeurs, des retraités, des plus faibles [...]. Il y a aujourd'hui quelque chose qui n'est plus soutenable dans le fait de ne pas discuter en profondeur de la construction européenne, tout en prônant, même sincèrement, moins d'austérité et plus de souplesse dans les dépenses publiques [...] ». Et il concluait : « Il n'y a pas d'Europe

22. Dix ans après, les Français sont encore plus nombreux à rejeter ce traité (62 % contre 55 %), pourtant réintroduit presque à l'identique par le traité de Lisbonne, en vigueur depuis 2009.

d'une mondialisation qui effraie ont provoqué une méfiance, souvent un rejet de l'Europe, par les milieux populaires. Et comme les socialistes, bien plus que la droite, incarnent l'idée européenne, ils en ont été plus affectés.

Il y a un mystère à les voir s'accrocher à une idéologie que les faits démentent et que leurs électeurs contestent. Le refus par une majorité de Français – et de socialistes – du projet de Constitution européenne en 2005 aurait dû les convaincre de bouger. Ce fut le contraire : la question était mal posée, les gens avaient voté contre Chirac, on avait mal expliqué, etc. Autant de raisons pour ne pas repenser le problème²².

A force de fixer un horizon d'une meilleure Europe qui s'éloignait sans cesse, le discours socialiste a fini d'être dévalorisé. A force de répéter que l'austérité était demandée par les instances européennes (et c'était en partie vrai), les socialistes ont à la fois discrédité l'idée européenne et montré qu'ils étaient eux-mêmes impuissants. Impuissance que François Hollande, au lendemain de son élection, avouera en annonçant que, contrairement à ce qu'il avait promis, il ne renégocierait pas le Traité budgétaire européen.

Sans doute est-ce parce qu'ils se divisent profondément sur cette question que les socialistes préfèrent l'éviter. Lors de la convention du ps de 1996, Lionel Jospin avait dû constater que l'amendement de la gauche socialiste, qui disait son opposition à la monnaie unique, avait obtenu un peu plus de 40 % des suffrages militants. Une part importante des socialistes en était arrivée à l'idée que l'Europe, au moins cette Europe, était contradictoire avec le socialisme. Mais leurs dirigeants s'en sortaient en promettant que tout irait mieux si l'on passait à une Europe vraiment fédérale et, bien sûr, sociale. A laquelle personne ne croit plus sérieusement.

Bernard Poulet
De quoi le socialisme
est-il (encore) le nom?

10/11/11-12

sociale et il n'y en aura pas dans le cadre existant : les institutions européennes sont des machines à produire des normes néolibérales, à défaire ce que nos aînés ont mis des décennies ou des siècles à obtenir. » Le débat taraude la conscience de nombreux socialistes. Il reste interdit par les dirigeants. Et il ne fut pas plus repris par les participants à cette université d'été des frondeurs.

Vous avez dit populaire ?

Le divorce entre le peuple et le socialisme est acté. Avec la gauche de gouvernement, avec la gauche de gauche et même avec quelqu'un comme Jean-Luc Mélenchon, sèchement battu en 2012 dans la ville ouvrière d'Hénin-Beaumont face à Marine Le Pen. Ce dernier l'a finalement compris, qui a désormais délaissé la rhétorique de « la gauche de la gauche » pour insister sur le clivage entre « le peuple » et « l'oligarchie ».

Longtemps, la SFIO avait réussi à réunir le petit peuple salarié, les couches intellectuelles et les fonctionnaires, ce qui lui donnait le caractère de « parti du peuple ». Une identité renforcée par l'alliance du PS avec le parti communiste dont, en 1966, 60 % des adhérents étaient encore des ouvriers. Pour François Mitterrand, à partir des années 1970, l'alliance avec le PCF ne se mesurait pas uniquement en arithmétique électorale. Il s'allie avec le parti communiste « plus pour ce qu'il représente que pour ce qu'il est intrinsèquement²³ », c'est-à-dire le parti des ouvriers. Cette page a été tournée²⁴.

Beaucoup de socialistes sont désormais hantés par la recherche d'un prolétariat de rechange. Pour utiliser une fois de plus la célèbre formule de Brecht, on peut dire que le peuple a profondément déçu les socialistes et que donc ils ont décidé d'élire un nouveau peuple. La volonté

de se démarquer de l'ancien peuple, devenu pour certains un populo haïssable, on la trouve déjà en 1983, dans le premier éditorial du magazine mitterrandonolâtre *Globe*, cosigné par Georges-Marc Benamou, Bernard-Henri Lévy et Pierre Bergé : « Bien sûr, écrivaient-ils, nous sommes résolument cosmopolites. Bien sûr, tout ce qui est terroir, bourrées, binious, bref, franchouillard ou cocardier, nous est étranger, voire odieux. » Et comme le fait remarquer Éric Conan, c'est le moment où l'on constate « la disparition d'une vieille expression de la gauche – culture populaire – et son remplacement par “culture de masse”²⁵ ».

En 2011, le *think tank* de gauche Terra Nova en fournit la version intellectuelle. La note intitulée « Gauche : quelle majorité électorale pour 2012 ? » mérite que l'on s'y attarde. Rétrospectivement, elle apparaît comme une synthèse de l'évolution des socialistes français et comme un aveu de leur abandon des couches populaires.

« Le socle historique de la gauche se dérobe [...]. La classe ouvrière n'est plus le cœur du vote de gauche, peut-on y lire, elle n'est plus en phase avec l'ensemble de ses valeurs » et « les ouvriers votent de moins en moins à gauche ». Elle constate que partout en Europe la social-démocratie est en recul. « Le modèle de société porté par la social-démocratie – l'économie sociale de marché, autour de la construction de l'État-providence – n'est plus compatible en l'état avec le nouveau monde globalisé. Il doit être refondé. »

Elle suggère donc d'élargir la base socialiste aux « classes moyennes » en mettant l'accent sur de nouvelles catégories sociales, jeunes, diplômés,

23. Pascal Perrineau, *Le Monde*, 17 septembre 1981.

24. En mai 1981, 72 % des ouvriers ont voté pour François Mitterrand. En 2002, Lionel Jospin ne recueille que 13 % du vote ouvrier.

25. Éric Conan, *La Gauche sans le peuple*, Fayard, 2004.

déclassement. » L'étude suggère donc, aux côtés des *outsiders*, de conquérir une part des employés – un « contingent électoral important » –, souvent des femmes qui, pour l'instant, votent très largement à droite.

Ce n'est rien de dire que cette note provoqua un tremblement de terre au Parti socialiste. Oser poser les problèmes aussi crûment n'était pas admissible. Cela aurait finalement impliqué de choisir. La réaction de Thierry Pech, qui a aujourd'hui succédé à Olivier Ferrand – décédé en 2012 – à la tête de Terra Nova, est caractéristique. Il raconte qu'après avoir lu la note il dit à Ferrand : « Si ce que vous dites est vrai, il ne faut pas le publier ; si ce que vous dites est faux, il faut également ne pas le publier. Et ma conviction c'est que c'est en partie faux²⁷. » Tout est dans le « en partie ». Terra Nova disait tout haut ce que beaucoup, au Parti socialiste, pensaient tout bas. Mais qu'ils préféreraient taire. Une fois de plus, il n'y eut pas de débat.

Le peuple est donc leur problème. Beaucoup ont voulu croire que la note de Terra Nova reflétait uniquement la vision de la « droite » du parti socialiste. En réalité, ce malaise à l'égard du peuple affecte également sa gauche. Celle-ci refuse, bien sûr, toute alliance avec les centristes, mais en se situant sur le terrain des droits des individus elle s'adresse aux mêmes couches que celles – jeunes, femmes, quartiers, minorités sexuelles, etc. – dont Terra Nova dit qu'elles incarnent les « valeurs » de la gauche. Jean-Philippe Mallé, ex-suppléant de Benoît Hamon, n'hésite pas à affirmer que le candidat du Parti

La France de la diversité est presque intégralement à gauche²⁶). « À partir de la fin des années 1970, la rupture va se faire sur le facteur culturel, analyse encore Terra Nova. Mai 68 a entraîné la gauche politique vers le libéralisme culturel : liberté sexuelle, contraception et avortement, remise en cause de la famille traditionnelle... Ce mouvement sur les questions de société se renforce avec le temps pour s'incarner aujourd'hui dans la tolérance, l'ouverture aux différences, une attitude favorable aux immigrés, à l'islam, à l'homosexualité, la solidarité avec les plus démunis. En parallèle, les ouvriers font le chemin inverse. »

« Une stratégie d'élargissement vers les classes moyennes se justifie sur un triple plan : elle permet de faire campagne sur les valeurs culturelles, sur lesquelles les classes moyennes sont en phase avec la gauche, et qui sont la priorité du nouvel électoral de gauche. C'est un électoral disponible : les professions intermédiaires, les plus nombreuses et en expansion. Cela consiste, enfin, à s'appuyer sur une tendance naturelle : les classes moyennes évoluent vers la gauche. »

Terra Nova admet néanmoins que, dans l'immédiat, cela ne fera pas une majorité. Mais l'éventuelle reconquête des classes populaires, qui conforterait cette majorité, se heurte à deux obstacles : d'abord, elle nécessiterait de mettre en sourdine les revendications « culturelles », ensuite l'électorat populaire bascule de plus en plus à droite.

« Toutefois, il est possible d'identifier au sein des classes populaires des sous-catégories plus aisées à raccrocher à la gauche. Il y a d'abord les précaires, les chômeurs, les exclus : ceux-là votent à 70 % à gauche – le problème de la gauche se situe avec les classes populaires au travail, qui sont en CDI mais qui ont peur du

26. Cette dernière affirmation a, depuis, été mise à mal par la montée de l'intégrisme islamique. Les quartiers « issus de l'immigration » qui avaient encore voté pour François Hollande se sont détachés des socialistes.

27. Cité par Said Mahirane dans *Le Point*, 6 octobre 2016.

Bernard Poulet
De quoi le socialisme
est-il (encore) le nom ?

socialiste « est l'aboutissement parfait de la gauche Terra Nova, pour le meilleur et pour le pire²⁸ ».

Tous écologistes !

Il convient de s'interroger sur le ralliement, que ne justifie pas seulement le réchauffement climatique, de l'ensemble des familles politiques se réclamant de la gauche au thème de l'écologie. Un ralliement tardif, mais devenu indispensable, au politiquement correct de gauche.

Il y a la version écologiste *soft*, réformiste, celle du socialisme de gouvernement. « Un quatrième âge de la gauche réformiste et de la social-démocratie se dessine, écrit ainsi Henri Weber, l'âge de l'euro-péanisation et de l'éco-socialisme²⁹ » ou du « social-écologisme », comme préfère dire Jean-Christophe Cambadélis, qui n'y voit rien de moins que « le contenu de la social-démocratie de notre temps ». Benoît Hamon ne dit pas grand-chose de différent.

Ce thème offre aux socialistes un programme de substitution à la lutte des classes et au keynésianisme. Il leur permet de se poser en représentant les plus conséquents des intérêts généraux de l'humanité.

La version d'un Jean-Luc Mélenchon sert de justification à une « planification écologique », à un « keynésianisme moderne » et à un « protectionnisme solidaire en Europe ». Une démarche assez subtile, mariant une radicalité de principe avec une approche qui se veut réaliste, loin des avocats de la décroissance.

Et puis il y a l'écologie comme dernier substitut à l'utopie révolutionnaire. Elle permet de dénoncer « le système » sans prôner de révolution, elle fournit un radicalisme de substitution. Et c'est sans doute là que se réfugie le dernier avatar du surmoi gauchiste.

Évidemment nécessaire, cet écologisme ne suffira pas à redéfinir le socialisme du ^{xxi}e siècle. Il est clair que – avec des modalités différentes – il fait plutôt consensus, mais il n'est pas l'apanage de la gauche. N'est-ce pas Alain Juppé qui jurait qu'il « ne mangerait plus de cerises en hiver³⁰ » ?

*Frondeurs ou mollettistes
postmodernes ?*

Comme l'a montré le succès de Benoît Hamon, dans la tradition « mollettiste », la posture gauche de la gauche au sein du Parti socialiste sert encore aux opérations de conquête de positions à l'intérieur de ce qui reste de l'organisation. À coups de polémiques aussi bruyantes qu'inopérantes et qui, le plus souvent, se concluent par des marchandages pour la répartition des postes.

On l'a vérifié avec le mouvement dit des « frondeurs », dont les offensives contre le gouvernement se sont généralement terminées par des journées des dupes. La fronde interne au PS s'est limitée à des surenchères, revenant à faire la même chose, mais plus radicalement. On ne peut plus parler, à leur propos, de « surmoi gauchiste ». Au bout du compte, leur divergence avec le gouvernement se résumait à l'affectation de quelques milliards supplémentaires aux dépenses de l'État. Faute d'aller au bout de leurs démarches, ces frondeurs, surreprésentés à l'Assemblée nationale grâce aux arbitrages effectués par Martine Aubry avant l'élection de François Hollande, ont surtout contribué à paralyser l'exécutif sans offrir d'alternative et sans

28. Dans *Famille chrétienne*, 30 janvier 2012.

29. Henri Weber, *Éloge du compromis*, Plon, 2016.

30. Alain Juppé, *Je ne mangerai plus de cerises en hiver...*, Plon, 2009.

Mais comment peut-on réclamer au gouver-

nement de faire une « autre politique » et dénoncer l'austérité si, en même temps, on refuse de remettre en question les conditions de la politique que l'on dénonce ? Même un conseiller d'Emmanuel Macron, peu soupçonnable de gauche, reconnaît – en privé – que l'on « ne retrouvera pas de marge de manœuvre sans revoir les traités qui nous lient au niveau européen ».

L'« Europe sociale » dont les frondeurs se gargarisent n'est depuis longtemps qu'un miroir aux alouettes. L'échec de Syriza en Grèce l'a montré.

La « fronde » a empêché François Hollande d'aller au bout de ses intentions réformatrices, mais elle n'a jamais porté d'alternative crédible. Cette gauche socialiste se définit par une identité critique plus ou moins radicale, une politique redistributive minée par la faible croissance et une politique des droits des individus qui a remplacé la vision collective d'un monde différent. Elle peut correspondre aux désirs des militants – de moins en moins nombreux –, beaucoup moins à ceux des électeurs.

Ce constat n'est pas infirmé par le « bon » résultat de Benoît Hamon à la primaire : il est le produit de l'identité militante et non celle, beaucoup plus réformatrice, des électeurs. La participation limitée à cette primaire a confirmé que les électeurs ne sont plus dupes de ces postures critiques. Et même ceux qui ont voté Hamon – au total à peine plus d'un million – ne croyaient pas à son programme.

Benoît Hamon est l'apparatichik type, un homme dont le seul métier aura été la politique,

31. Entretien avec l'auteur.
32. *Les Ombres d'un Président*, op. cit.
33. Entretien avec l'auteur.
34. Laurent Baumel et François Kalton (sous la dir. de), *Plaidoyer pour une gauche populaire. La gauche face à ses électeurs*, Le Bord de l'eau, 2011, p. 20.

oser la rupture. Il ne faut pas oublier que Benoît Hamon n'a pas choisi de quitter le gouvernement de Manuel Valls, il en a été débarqué. « S'il y avait eu une scission, avouait le dirigeant "frondeur" Emmanuel Maurel, compte tenu des institutions et du mode de scrutin, les quelque cinquante députés frondeurs n'auraient probablement pas été plus de deux lors des prochaines élections³¹. »

La quasi-disparition des courants au sein du Parti socialiste est révélatrice de la fin du débat d'idées. Quand Martine Aubry se pose en Mère la Vertu du socialisme, on ne distingue pas vraiment ce qui la différencie du gouvernement Valls. « Mis à part la promotion du *care*, on voit mal ce que son goût supposé du débat intellectuel a apporté de neuf à la pensée socialiste », constate François Bazin³².

La posture de gauche des frondeurs au sein du PS était marquée d'irrationalité. Ainsi pouvait-on entendre à l'université d'été des frondeurs, au lendemain de la défaite de Syriza face à la Commission européenne, que c'était « la faute de Hollande qui n'avait pas été assez ferme avec l'Allemagne ». Et, sur une question aussi décisive que celle de l'euro, un frondeur aussi radical que Gérard Filoche ne s'éloignait guère du consensus réformatrice. Il expliquait : « Nous sommes dans l'avion, je ne veux pas en sauter mais je veux en prendre les commandes³³. » Qui peut le croire ?

D'autres, comme Laurent Baumel, bras droit de Montebourg, affirmait il y a encore peu qu'« il n'y a pas d'avenir pour une gauche de gouvernement qui ferait le choix tacticien de basculer dans un discours protectionniste et souverainiste débridé [...] les replis nationaux ou l'éclatement de l'euro constitueraient des impasses économiques et sociales dramatiques³⁴ ». Il est vrai que l'on peut toujours changer d'avis.

Bernard Poulet
De quoi le socialisme
est-il (encore) le nom ?

construisant des réseaux d'affidés (bien supérieurs à ceux de Valls). Il commence sa carrière aux côtés de Michel Rocard et grimpe dans l'appareil grâce à son parcours au sein du syndicalisme étudiant et du Mouvement des jeunes socialistes (MJS) – « l'école du vice », disait Mitterrand. C'est là qu'il a puisé ses bataillons militants lors de la primaire socialiste.

La victoire d'Hamon confirme, en réalité, la déconnexion entre l'identité militante et l'identité politique du socialisme français. Son discours reprend, sans le dire, la vieille faribole selon laquelle « un autre monde est possible » – revenu universel, décroissance, réduction du temps de travail, écologie, multiculturalisme, annulation de la dette, taxation des robots et même lutte contre la maltraitance des animaux !

Comme l'a dit Henri Weber, ce programme relève du « principe de plaisir ». Mais son irréalité démontre l'incapacité des socialistes à formuler un discours qui leur serait propre et qui répondrait avec réalisme aux défis de la mondialisation, de la financiarisation, des migrations et des inégalités.

La « qualité » attribuée au débat télévisé qui a opposé Hamon à Valls a surtout montré ce qu'est la crise du socialisme. On a eu, d'un côté, un projet utopique et démagogique, dont personne, même ses partisans, ne croit un instant qu'il pourra être appliqué et, de l'autre, une sidérante absence d'idées nouvelles. Au total, rien.

C'est la politique, stupide !

Le tournant de la rigueur opéré par François Mitterrand en 1982-1983 a marqué le moment où le socialisme français avouait que la volonté politique – la sienne – n'était plus opérante. On peut dater de ce moment la conversion des

socialistes français non pas au réformisme, faute de répondre aux défis de la mondialisation, de la financiarisation et des nouvelles technologies, mais à l'impuissance. Et celui du début de la défiance des citoyens face à des politiques qui leur disent qu'ils ne peuvent rien contre la mondialisation et ses multiples conséquences.

Si, en 1992, Bill Clinton pouvait proclamer : « *It's the economy, stupid!* », aujourd'hui c'est la politique que les peuples réclament. Et s'il ne s'était pas révélé aussi évanescant, le « *Yes, we can* » de Barack Obama serait le slogan d'une politique réformatrice. Oui, on peut. De même, Podemos, en Espagne, proclamait : « *Si se puede* » (Oui, c'est possible).

L'étonnante percée d'Emmanuel Macron s'explique – au moins au départ – parce qu'il a justement donné l'impression d'incarner une volonté politique, la capacité de faire bouger les choses. En marche, disait-il avant d'afficher, avec un sacré culot, un #RévolutionEnmarche sur son pupitre lors du meeting de la porte de Versailles, le 10 décembre 2016³⁵. On savait encore peu de chose de ce qu'il pouvait faire, mais on sentait qu'il le voulait.

De même, Jean-Luc Mélenchon se pose-t-il en dirigeant décidé, quand ce n'est pas en caudillo. Il veut prouver qu'il prend au sérieux les inquiétudes des milieux populaires que son programme de 2012 n'avait pas séduits. Alors qu'il avait assuré que « l'immigration n'est pas un problème », il est aujourd'hui le premier à dénoncer le système des travailleurs détachés. Et

35. S'il réussit son opération, il pourrait au moins organiser le mouvement politique des « *professionals* ». Ce serait la réalisation du projet de Terra Nova, mais en dehors du rs. Et de l'idée des deux gauches irréconciliables. Une « *Convergencia* » face à un « *Podemos* » ? Une stratégie qui diffère de celle d'un Finchelstein, qui voudrait que les réformistes de gauche et ceux de droite assurent leur hégémonie sur leur propre camp.

Finalement, François Hollande aura peut-être réalisé le hara-kiri du Parti socialiste au-delà de ce qu'il avait imaginé. L'appareil du ps souhaitait qu'il soit candidat avec l'espoir de préserver un peu de l'unité du parti et, surtout, son poids électoral. En restant unis, les socialistes espéraient – espèrent encore ? – éviter de céder la place de principal parti d'opposition au Front national en cas de victoire de la droite. Bien peu y croient encore.

Les programmes des candidats à la primaire ont réussi la gageure d'être à la fois pauvres et invraisemblables. La primaire, à gauche, a été une machine à décrédibiliser. En jetant l'éponge, Hollande a donné le signal de la guerre civile entre socialistes.

Bernard Poulet.

alors qu'il avait timidement proposé de modifier les traités européens, aujourd'hui il proclame : « L'Europe, on la change ou on la quitte. » L'espace qu'a occupé le socialisme ne pourra pas rester vide très longtemps.

La victoire de Benoît Hamon complique les choses. Ses ambitions naviguent entre la reconstitution d'une illusoire union de la gauche – qui ne peut ambitionner de peser guère plus de 25 % des suffrages – et un improbable Podemos à la française qui proviendrait non pas d'un mouvement social mais d'un cartel d'appareils politiques en débandade. Autour de lui, les députés sortants s'interrogent sur la moins mauvaise façon de sauver leur siège. C'est la seule chose qui les tient ensemble, mais ils sont prêts à sauter dans le premier canot de sauvetage qui passera à leur portée.



mouvements des idées et des luttes

2017

printemps

La gauche est morte, vive la gauche !

DÉPASSEMENT OU EFFACEMENT DU PARTI SOCIALISTE **RÉMI LEFEBVRE** | L'ÉVIDEMENT IDÉOLOGIQUE DU PARTI SOCIALISTE **RAFAEL COS** | POURQUOI LA GAUCHE DE GOUVERNEMENT A OUBLIÉ LE TRAVAIL **DOMINIQUE MÉDA** | UN QUINQUENNAT CONTRE L'ÉCOLOGIE **PATRICK FARBIAS** | GAUCHE ET DIVERSITÉ : UNE OCCASION MANQUÉE **VINCENT TIBERJ** | RÉPUBLICANISME CRITIQUE ET RELIGION **CÉCILE LABORDE** | PAYSAGE FÉMINISTE APRÈS LA BATAILLE **COLLECTIF** | TABLE RONDE SUR LES « PETITS » PARTIS DE GAUCHE ET LEURS ÉCHECS | LA FIN DE LA DÉMOCRATIE DES MODERNES ? **YVES SINTOMER** | SOCIAL-DÉMOCRATIE EN EUROPE : CRISE TERMINALE OU NOUVEAU CHAMP DE BATAILLE ? **FABIEN ESCALONA** | PODEMOS L'IRRUPATION D'UN NOUVEAU PARTI **HÉLOÏSE NEZ** | ENTRE CIGALE ET FOURMI : LA POLITIQUE ÉCONOMIQUE DE LA GAUCHE AU BRÉSIL ENTRETIEN AVEC **PIERRE SALAMA** | FACE À TRUMP, QUEL AVENIR POUR LA GAUCHE AUX ÉTATS-UNIS ? **JIM COHEN ET JULIEN TALPIN** | JEREMY CORBYN ET LE PARTI TRAVAILLISTE **PIERRE WALTHÉRY** | UNE BARRICADE DE MOTS POUR DÉFENDRE LA ZAD | ANTIRACISME POLITIQUE ET GAUCHE, LE POINT DE VUE **D'ALCIR** | ITINÉRAIRE « LE TRAVAIL, CET IMPENSÉ DE LA GAUCHE » ENTRETIEN AVEC **DANIÈLE LINHART** |



La Découverte

La social-démocratie en Europe : crise terminale ou nouveau « champ de bataille » ?

PAR FABIEN
ESCALONA*

Dans les années 1990, dans une période de croissance économique, l'abandon d'une « social-démocratie keynésienne » et son remplacement par une « social-démocratie de marché » a permis aux partis sociaux-démocrates de ralentir leur déclin et de connaître d'importants succès électoraux. Depuis 2008, dans le contexte d'une crise économique sans précédent et en l'absence de croissance, l'accommodement aux règles du capitalisme financier est devenu synonyme de renoncement total aux dogmes néolibéraux. La social-démocratie est à un tournant historique car cette situation inédite pourrait rapidement mettre en jeu son existence comme force modérée et majoritaire à gauche. Mais aucune dirigeante de premier plan (à l'exception, timidement, du PS portugais et, difficilement, de Jeremy Corbyn), ne semble vouloir pour le moment remettre en cause cette ligne d'accompagnement acritique du capitalisme.

Au début de la décennie 1980, les chercheurs.e.s Christine Buci-Glucksmann et Göran Therborn tentaient de décrypter le paysage politique contrasté de la gauche européenne, sans céder au manichéisme ni à la nostalgie. Promoteur.e.s d'un « socialisme postkeynésien » capable d'articuler les diverses demandes d'émancipation vis-à-vis de la « domination généralisée », les deux intellectuel.le.s engagé.e.s faisaient alors face à l'essoufflement et aux conflits internes des grands appareils travaillistes et sociaux-démocrates de l'Europe du Nord, aux tentatives finalement décevantes d'une orientation « eurocommuniste » des PC occidentaux, ainsi qu'au dynamisme des partis socialistes d'Europe du Sud. Selon eux, trois types de conjonctures étaient à distinguer pour apprécier l'évolution des formations social-démocrates : « des conjonctures de constitution où [elles] s'implantent, se structurent idéolo-

transforment dans leur praxis gouvernementale, leurs idéologies, leur base sociale, les formes politiques », et enfin « des conjonctures de crises, marquées par l'affrontement de l'ancien et du nouveau, sans que le tournant historique soit encore accompli »¹.

L'hypothèse avancée ici est que la famille sociale-démocrate se trouve à nouveau dans cette troisième configuration, comme il y a plus d'une trentaine d'années. Dans la première partie de cet article, j'évoquerai à ce propos les mutations que les partis sociaux-démocrates ont justement accomplies entre-temps afin de surmonter la crise des années 1970-1980. Dans la deuxième et troisième partie de mon propos, je soutiendrai que ces mutations sont désormais mises à l'épreuve de nouveaux chocs économiques, institutionnels et géopolitiques. Ceux-ci appellent un nouveau cycle de transformation de la social-démocratie et nourrissent par là même un regain de conflictualité interne, en raison des choix contrastés que les sociaux-démocrates opèrent face à la crise contemporaine. Tout au long de l'article, la notion de « famille sociale-démocrate » est envisagée dans son sens large et « générique », c'est-à-dire comme l'ensemble des partis nés du clivage de classe généré par le capitalisme industriel au XIX^e siècle, afin de défendre les droits et les intérêts des travailleurs². Malgré leurs différences, ces partis travaillistes, sociaux-démocrates ou socialistes (je compte donc parmi eux le PS français) ont en général adhéré à des organisations supranationales communes (Deuxième Internationale puis Internationale socialiste, Parti des socialistes européens, etc.).

● La mutation sociale-démocrate depuis les années 1980 jusqu'à la crise de 2008

Avant même l'éclatement de la bulle immobilière aux États-Unis, la social-démocratie en Europe de l'Ouest était déjà considérée en difficulté, sans que beaucoup d'attention n'ait été portée à la « résilience » dont elle avait en réalité fait preuve depuis les années 1980. Il est vrai que plusieurs promoteurs de la fameuse « Troisième Voie » (décrite en France comme une orientation « sociale-libérale ») avaient été défaits ou déconsidérés en quelques années seulement. Au Royaume-Uni, le suivisme atlantiste de Tony Blair dans la guerre illégale contre l'Irak avait ainsi contribué à sa fragilisation et à son passage de relais à Gordon Brown en 2007. En Allemagne, le SPD de Gerhard Schröder avait été contraint en 2005 à former une coalition avec la droite en tant que partenaire minoritaire, avant d'être renvoyé dans l'opposition quatre ans plus tard. En Suède, les sociaux-démocrates dirigés par le « modernisateur » Göran Persson avaient été écartés du pouvoir en 2006 et devaient l'être à nouveau en

1. S. BUCI-GLUCK et G. THERBORN, *social-démocratie*, François Maspé, p. 28, 1981.

2. S. BARTOLINI, *La mobilisation politique de la gauche européenne (1860-1980)*, Presses de l'ULB.

* Politiste, co-éditeur de *European Social Democracy During the Global Economic Crisis : Renovation or Resignation?* Manchester, Manchester University Press, 2014 (avec D. Bailey, JM de

Wim Kok au PvdA lui avait permis de diriger des coalitions avec la droite, une sévère défaite en 2002 avait ouvert une période (toujours inachevée) lors de laquelle les travaillistes néerlandais n'ont eu de choix qu'entre les rangs de l'opposition ou le statut de partenaire minoritaire.

De façon plus générale, le déclin électoral des partis sociaux-démocrates, dans la plupart des pays ayant connu des élections libres depuis 1945, ne pouvait plus être nié. En une trentaine d'années, la moyenne de la part des suffrages récoltés par ces partis aux élections législatives avait reculé d'environ cinq points, soit un sixième de leur taille électorale. Dans plusieurs pays, cette tendance était même en voie d'accentuation dans les années 2000. De plus, beaucoup de formations avaient également connu un déclin significatif du nombre de leurs adhérents, d'une ampleur comparable et parfois supérieure à celui qui avait touché leurs principaux concurrents de droite. Là encore, les années 2000 étaient marquées par une accélération de la chute des effectifs militants, et par leur vieillissement assez net³.

3. J.-M. DE WAELE, F. ESCALONA et M. VIEIRA, « La social-démocratie des années 2000 », *Notes de la Fondation Jean Jaurès*, Paris, janvier 2014.

Pour autant, malgré les multiples diagnostics posés dès les années 1970 sur leur épuisement, leur crise, voire leur mort annoncée, il faut reconnaître que les sociaux-démocrates avaient réussi entre-temps à rester une grande force d'alternance. Le maintien de leur statut est remarquable, si on le compare à l'éclatement de la famille rivale communiste (elle aussi née

du clivage de classe) ou aux performances nettement plus modestes de la démocratie chrétienne (qui comptait elle aussi de nombreux grands partis de gouvernement, et dépendait fortement de compromis de classe positifs entre salariat et patronat pour entretenir ses loyautés électorales). La notion de « conjoncture de tournant », avancée par Buci-Glucksmann et Therborn, prend ici tout son sens. En effet, la résilience sociale-démocrate n'a été acquise que grâce à une combinaison de mutations programmatiques, sociologiques et organisationnelles, qui a permis aux partis sociaux-démocrates de s'adapter à la configuration néolibérale du capitalisme, à la gouvernance multi-niveaux caractéristique du système politique de l'Union européenne (UE), ainsi qu'à la croissance du salariat moyen et supérieur et à la transformation des milieux populaires. Le relatif déclin électoral et militant évoqué plus haut a été le prix à payer pour ces mutations, mais celles-ci ont assuré aux responsables sociaux-démocrates une insertion tout à fait réussie parmi les élites dirigeantes des pays européens⁴.

Outre sa faculté d'adaptation, la famille sociale-démocrate a aussi fait la preuve, sur la même période, d'une capacité d'élargissement à de nouveaux membres. Dans les années 1970-1980, la social-démocratie a vu

4. F. ESCALONA, *La reconversion partisane de la social-démocratie européenne. Du régime social-démocrate keynésien au régime social-démocrate de marché*, Thèse de doctorat, Université de

accompagnés dans leur (re)formation par des organes sociaux-démocrates (notamment la Fondation Friedrich Ebert) et ont rejoint les instances supranationales de cette famille, notamment le Parti des socialistes européens (PSE) et le groupe parlementaire Socialistes & Démocrates (S&D) au niveau communautaire. La social-démocratie a ainsi bénéficié de la montée en puissance de partis frères en Europe du Sud, où ils ont été rapidement intégrés au bloc euro-atlantique et convertis à l'impératif d'une modernisation économique orthodoxe⁵. Par la suite, dans les pays d'Europe centrale et orientale ayant rejoint l'UE en 2004-2007, la renaissance de partis sociaux-démocrates réprimés sous l'ère soviétique, et plus souvent la reconversion des anciens partis communistes ayant auparavant monopolisé le pouvoir, ont abouti à la formation d'une « branche orientale » de la famille. Ces éclaircissements successifs sont loin d'avoir été anecdotiques, dans la mesure où ils ont permis que la social-démocratie soit une des familles partisans les plus européennes, et même la seconde la plus importante de l'UE en termes de poids au Parlement et au Conseil européens.

À bien des égards, la période 1985-2005 peut donc être rétrospectivement considérée comme un cycle de transformation de la famille social-démocrate, à travers d'une part la reconversion de ses membres les plus anciens (afin de rester compétitifs dans un environnement changé) et d'autre part la recomposition de ses contours (de façon à être implantée sur l'ensemble du Vieux continent). La notion de « crise », finalement peu appropriée pour cette période de moyenne durée, nous semble en revanche pertinente pour caractériser les développements les plus récents de la social-démocratie. Un tel diagnostic doit être mis en rapport avec les chocs extérieurs auxquels les responsables sociaux-démocrates, particulièrement bien intégrés aux classes politiques de leurs États respectifs, sont désormais confrontés.

● La crise structurelle du capitalisme et la « polycrise » européenne : une double mise à l'épreuve

La crise économique globale déclenchée par l'éclatement de la bulle immobilière étatsunienne en 2007-2008, révélatrice des multiples déséquilibres accumulés par la configuration néolibérale du capitalisme contemporain, a constitué un premier choc majeur. Les événements de l'été 2008 sont apparus de manière de plus en plus évidente comme les épisodes inauguraux d'une « grande crise » structurelle, d'une importance comparable à celle des années 1970, 1930 ou 1870. Cette crise est en effet durable, touche l'ensemble des parties prenantes de l'économie-monde

Les événements de l'été 2008 sont apparus comme les épisodes inauguraux d'une « grande crise » structurelle, d'une importance comparable à celle des années 1970, 1930 ou 1870.

6. R. GILL, « The heterogeneity of the structure of the world economy », *Journal of Economic Geography*, 2001, n° 1, p. 1-28.

Le rythme de croissance a de fait nettement diminué depuis la crise, dans le monde entier et de façon encore plus marquée dans l'aire euro-atlantique (voir tableau 1). Dans les pays capitalistes avancés, une majorité de ménages ont vu leurs revenus primaires stagner ou diminuer entre le milieu des années 2000 et le milieu des années 2010, alors que cette proportion était insignifiante la décennie précédente⁷. Or, les chances de restauration des niveaux antérieurs de croissance économique apparaissent bien faibles. Cela s'explique d'abord par l'héritage laissé par les débuts de la crise, c'est-à-dire des ménages priorisant leur désendettement, et des entreprises et des banques plus rétives que par le passé au risque financier. Ensuite, il faut remarquer que peu de « relais » semblent viables pour suppléer les moteurs fatigués de la croissance mondiale. L'architecture même de l'économie mondiale encourage les tendances déflationnistes propres à prolonger la crise : l'exposition des comptes publics aux verdicts de la finance de marché favorise des réponses procycliques, et la concurrence généralisée incite à une réduction des coûts de production. Jusqu'à présent, les réponses des pouvoirs publics ont en tout cas été loin de fournir une base institutionnelle cohérente à une nouvelle dynamique d'accumulation.

Tableau 1. Moyenne annuelle du taux de croissance du PIB, 2000-2015

	2000-07	2008-15	Réduction (%)
Monde	3,6	2,2	-39
États-Unis	2,7	1,4	-48
Union européenne	2,5	0,4	-84
dont zone euro	2,3	0,1	-95

Source : <http://databank.worldbank.org>

Ces bouleversements économiques sont cruciaux, dans la mesure où ce fut déjà en raison du déclin durable des taux de croissance que la social-démocratie des années 1970 s'était trouvée empêchée de concilier les intérêts des catégories populaires et ceux des détenteurs de capitaux en manque de rentabilité. Suivant sa pente atavique de refus d'un conflit majeur avec ces derniers, dont elle ne pouvait accommoder la puissance et les prétentions de la même façon que durant l'ère fordiste, c'est elle-même qui s'était largement accommodée au paradigme néolibéral bientôt triomphant⁸. Grâce à plusieurs artifices, notamment la montée en puissance des dettes publiques et privées, la répression des intérêts des salariés ordinaires avait néanmoins été contenue dans la plupart des pays riches⁹. Depuis 2008, cependant, la situation a qualitativement changé. La perspective d'une stagnation durable des économies capitalistes matures, sinon de leur effondrement, fait peser une hypothèse plus lourde encore sur la stabilité et la qualité démocratique des régimes représentatifs. Les taux de croissance se sont en effet éloignés des niveaux atteints pendant

Or, la viabilité de l'orientation sociale-libérale, ou de ce que nous préférons appeler un « régime social-démocrate de marché » (par opposition à un « régime social-démocrate keynésien » propre aux trois décennies du second après-guerre), reposait malgré tout sur la répartition d'un surplus, fût-elle plus réduite et plus inégalitaire que par le passé. L'épuisement des effets de richesse procurés par le néolibéralisme, et l'austérité publique et salariale mise en œuvre en réponse, signifient la poursuite de la réduction déjà entamée de l'état social, et notamment de la part des dépenses publiques « discrétionnaires » par rapport aux programmes déjà engagés. Si la crise est bien structurelle, la classe politique aura de surcroît tendance à prolonger ces politiques et à les soustraire toujours plus à l'influence citoyenne. D'ores et déjà, cette transition vers une forme d'état « austéritaire » a entraîné des conséquences sociales et politiques, que ce soit à travers des mouvements de contestation originaux ou de l'accélération de la volatilité électorale et de la « régénération » des systèmes partisans (par apparition ou disparition de partis significatifs)¹¹. Avec les progressions impressionnantes de partis de la gauche alternative, d'origines diverses, les sociaux-démocrates ont notamment vu une concurrence nouvelle se dresser aux frontières voire au cœur de leur espace politique.

À cette situation se sont ajoutés des défis géopolitiques, poussant les milieux bruxellois à parler d'une « polycrise » de l'Union européenne. En 2014, une crise diplomatique avec la Russie a d'abord été déclenchée suite à la destitution en Ukraine du Président Ianoukovitch, propre à aiguïser des divergences au sein de la famille sociale-démocrate (par exemple sur la question des sanctions à appliquer). À partir du printemps 2015, l'Europe a ensuite fait face à un afflux massif de réfugiés venus sur le continent depuis la mer Égée et empruntant la « route des Balkans » afin d'atteindre des destinations plus au nord. Si le recul manque pour en apprécier les conséquences électorales, il est clair que ce déplacement de populations a favorisé la centralité des questions migratoires dans les campagnes électorales. D'ores et déjà, on peut repérer les indices d'un essor probable de plusieurs partis de droite radicale lors de prochains scrutins nationaux, qu'il s'agisse de formations auparavant marginales ou déjà bien installées dans le paysage politique. On pense ici aux bons résultats du parti « Alternative pour l'Allemagne » aux élections régionales de 2016 dans ce pays, ou à la nette progression dans les sondages des mal-nommés « Démocrates de Suède » depuis le printemps 2015. Enfin, le 23 juin 2016, les Britanniques ont voté en faveur d'une sortie de leur pays de l'UE. C'est la première fois que le processus d'intégration européenne a connu non pas un arrêt, mais une involution¹². Là encore, les conséquences électorales sont incertaines, mais l'événement déstabilise à coup sûr le consensus élitaire typique du gouvernement de l'UE, duquel les sociaux-démocrates sont largement partie prenante.

Confrontée à un environnement changé et à la pression qu'il exerce

7. McKinsey Global Institute, « Poorer than their parents? Flat or falling incomes in advanced economies », McKinsey & Company, juillet 2016.

8. A. LAVELLE, *The Death of Social Democracy*, Farnham, Ashgate, 2008.

9. W. STREICK, *Du temps acheté. La crise sans cesse ajournée du capitalisme démocratique*, Paris, Gallimard, 2014.

10. F. ESCALONA, « Une société sans croissance : la politique à l'heure de

11. D. BAILEY, « Resistance is the impact of protest in the *Socio-Economic Review*, vol. 1, 2015, pp. 5-32. A. CHURAMON, V. EMANUELE, « system volatilité : régénération de-institutions in Western Europe (1945-2015) », *Politics*, publiée en ligne le 25 août 2015. 12. En France, le Traité établissant une Constitution pour l'Europe (TCE) représenté un important, dans la mesure où de nombreux PS ont rejoint la gauche radicale dans la défense du « référendum. I a eu son impact dans la défaite de Jean-Luc Mélenchon pour bâtir le mouvement de gauche (voir M. VIEIRA, « et le rôle de la situation à l'UE de Gauche », *européenne*, 2014, pp. 31-32). dit, il n'a guère d'équivalent : gauches étar Allemagne, o fracture impo produite au SPD à la mèn les dissidenc démocrates e tissement ult la création d était impu réformes de sur le march et la protecti pas aux enje populaire de (péens). De p populaire de n'a pas emp

structuration interne, ses politiques publiques et les cadres institutionnels et socioéconomiques dans lesquels elle agit. Autrement dit, la capacité à contenir les coûts de sa précédente reconversion est mise à l'épreuve, de même que la cohérence de la famille élargie à l'heure de définir des choix géopolitiques cruciaux. Qu'a-t-on observé depuis le début des années 2010 ?

● La faiblesse et l'hétérogénéité des réponses sociales-démocrates

En premier lieu, le déclin électoral social-démocrate s'est prolongé, voire accéléré et généralisé, en lien avec de sérieuses déceptions concernant les politiques publiques mises en œuvre. Il est instructif d'observer la répartition dans le temps des trois « pires » scores de chaque parti social-démocrate de l'Ouest, là où des élections libres se tiennent depuis 1945. Un tiers de ces scores se concentrent sur la période post-2010, pendant laquelle les effets de la crise structurelle se sont déployés. Il s'agit d'une proportion de loin supérieure à celles des décennies précédentes, alors que la décennie actuelle n'est pas encore achevée (voir tableau 2).

Si l'on ajoute aux quinze pays concernés les trois pays méridionaux ayant adhéré à l'UE dans les années 1980 (Espagne, Portugal, Grèce), on observe un décrochage très net en termes de moyenne électorale. Alors que celle-ci oscillait, pour les dix-huit pays de l'Ouest et du Sud, autour de 30-31 % environ durant les décennies 1990 et 2000, elle ne s'élevait plus qu'à 23,7 % sur la période 2011-15. Naguère « relais » de la social-démocratie traditionnelle, les socialistes du Sud contribuent désormais à son recul en Europe. Seul le PS portugais s'est récemment redressé, quoiqu'à des niveaux inférieurs à celui de ses « grandes heures » d'occupation du pouvoir. Pour sa part, le Pasok s'est effondré de manière spectaculaire, sa taille électorale de 2009 ayant été divisée par presque quatre en mai/juin 2012 puis par neuf en janvier 2015, ce qui l'a réduit à un statut de petit parti de centre-gauche parmi d'autres, recroquevillé sur un noyau sociologique vieillissant. Le PSOE, quant à lui, est resté la principale force à gauche mais n'a cessé de perdre des voix et des sièges après 2008. Ces trois formations ont clairement été pénalisées pour leur échec à prévenir la crise et pour leur adoption ou soutien de politiques d'austérité. Le parti portugais, qui s'en sort le mieux électoralement, est d'ailleurs aussi celui qui a le plus échappé à la mise en œuvre directe de ce remède impopulaire. De son côté, le sort du parti grec semble logique au regard de la violence particulière de la crise et des six années pendant lesquelles il a été associé à sa gestion. Le PSOE relève d'une situation intermédiaire.

Si l'on se tourne vers les nouveaux États membres de l'UE, là où la social-démocratie est plus récemment implantée, la situation apparaît moins

Naguère « relais » de la social-démocratie traditionnelle, les socialistes du Sud contribuent désormais à son recul en Europe.

certaines toujours été traditionnellement faibles dans les pays baltes, mais on ne peut pas en dire autant des partis du groupe de Visegrad. Or, en Hongrie, en République tchèque, en Pologne et en Slovaquie, la taille électorale de la social-démocratie s'est réduite d'un tiers en quelques années. En fait, il n'existe quasiment aucun État d'Europe centrale et orientale dans lequel la social-démocratie puisse être véritablement considérée en dynamique positive. Les chances d'accéder au pouvoir à moyen terme sont compromises dans au moins la moitié d'entre eux. La phase de constitution des partis sociaux-démocrates orientaux, à peine achevée après la vague de transformations, scissions et fusions ayant suivi la chute de l'URSS, semble déjà déboucher sur une crise de représentativité. En somme, la famille sociale-démocrate prise dans son ensemble est en proie à un déclin électoral vécu par toutes ses composantes historiques et géographiques, anciennes et plus jeunes, lesquelles couvrent désormais tout le continent européen où aucun nouveau « relais » n'est en vue.

Tableau 2. Fréquence des plus mauvais scores sociaux-démocrates par décennie, en Europe de l'Ouest

Période	% des pires scores
1950-59	6,7
1960-69	4,4
1970-79	13,3
1980-89	8,9
1990-99	11,1
2000-09	22,2
2010-16	33,3

Source : auteur.

En second lieu, la réponse idéologique et programmatique de la social-démocratie s'est révélée fort décevante et éclatée¹³. Un frémissement de l'activité des organes européens de la famille a certes été observé durant les quatre premières années de la crise. La prise de distance vis-à-vis du paradigme néolibéral et la définition d'une sorte d'« euro-keynésianisme vert » comme sortie de crise n'ont toutefois pas constitué de réelle alternative. D'une part, l'architecture ordo-libérale de l'économie politique européenne n'a jamais été véritablement défecte dans ses fondements, qu'il s'agisse du statut de la Banque centrale européenne (BCE) ou de la dépendance du financement des biens publics envers les marchés internationaux de capitaux. D'autre part, ni le Parti des socialistes européens (PSE) ni le groupe Socialistes & Démocrates (S&D) n'ont eu les moyens institutionnels, dans le cadre du système politique européen, de contraindre les partis et les gouvernements sociaux-démocrates à une action concertée allant dans le sens d'une relance écologique. Depuis 2012, et plus encore depuis les décevantes élections européennes de 2014, les instances européennes de la social-démocratie ont été largement incapables de définir des positions communes progressistes ayant un peu

13. D. BAILEY, J.M. DE WAELE, F. ESCALONA et M. (dir.), *European Social Democracy During the Global Economic Crisis: Renovation or Resignation?*, Manchester, Manchester University Press, 2012.

la crise de la zone euro, de la crise des réfugiés et plus récemment de la question du libre-échange.

S'agissant du premier point, le PSE n'a su produire que des communiqués lénifiants lors des négociations de l'assistance financière à la Grèce au premier semestre 2015, suite à l'arrivée de Syriza (gauche radicale) au pouvoir. La fédération de partis devait composer avec deux approches distinctes en son sein. Les sociaux-démocrates des pays à la croissance tirée par les exportations ont partagé une position ferme, correspondant à l'orthodoxie ayant jusque-là prévalu aux dépens des pays débiteurs. En revanche, les sociaux-démocrates des pays à la croissance tirée par la demande interne ont été partisans d'une plus grande souplesse dans les conditionnalités de l'aide accordée aux maillons faibles de la zone euro. Cela dit, les tenants d'une ligne plus souple n'ont jamais osé aller

jusqu'à une confrontation avec l'Allemagne et ses alliés, si bien que leur nuance est restée interne à un cadre ordo-libéral inchangé. S'agissant de l'afflux massif de migrants depuis 2015, la fracture a davantage suivi les contours entre anciens et nouveaux États membres. Les prises de position les plus dures et les plus contradictoires avec l'humanisme égalitaire professé par les sociaux-démocrates au niveau communautaire ont été celles du premier ministre slovaque Robert Fico. De façon plus générale, les prises de position des sociaux-démocrates est-européens ont témoigné d'une attitude « fermée » sur le sujet (même si à l'Ouest, certains partis sociaux-démocrates n'ont pas brillé par des positions progressistes, notamment au Danemark ou en Autriche). Enfin, la question du libre-échange a creusé une nouvelle ligne de fracture au sein de la social-démocratie européenne. La résistance du ministre-président de Wallonie, Paul Magnette, à la signature du CETA par la Belgique (un accord commercial entre le Canada et l'UE), a été mal comprise par nombre de ses camarades européens. Le comportement des exécutifs sociaux-démocrates a été variable (depuis un rôle d'intermédiaire jusqu'à l'exercice de pressions), tandis que le désaveu du président du groupe S&D a été violent, Giovanni Pittella ayant crié à la « prise d'otage » du système de décision communautaire.

Notons pour finir qu'un indice typique des « phases critiques » traversées par les organisations a pu être observé ces dernières années, à savoir l'aiguïssement de conflits internes aux partis, concernant rien moins que leur stratégie voire les finalités que ceux-ci entendent poursuivre. Le cas le plus emblématique est celui du Royaume-Uni, où le mécanisme de primaire ouverte, conçu par les néotravailleurs comme un moyen de diluer l'influence des responsables et activistes considérés comme les

la tête du parti. Jeremy Corbyn, issu de l'aile gauche radicale du Labour et en pointe des combats anti-austérité et pacifistes, a pris la tête du parti et s'y est maintenu après avoir été défié par ses propres collègues parlementaires pendant l'été 2016. Son élection n'était donc pas un feu de paille, même si le conflit n'est pas achevé entre d'un côté les porteurs d'une conception du parti comme mouvement social, dont la capacité de transformation de la société et des consciences serait aussi importante que la capacité à conquérir des charges électives, et de l'autre côté ceux qui comptent poursuivre une stratégie d'adaptation aux rapports de force existants et aux opinions apparemment dominantes sur l'économie ou l'immigration.

Au Portugal comme en Espagne, la question s'est par ailleurs posée de laisser la droite arrivée en tête former un nouveau gouvernement, ou de tenter de bâtir une majorité de gauche aux objectifs potentiellement conflictuels avec les règles européennes. Or, une fraction importante des élites socialistes a plaidé dans les deux cas pour la première option, contre les dirigeants en place Antonio Costa et Pedro Sanchez. Si le premier a réussi à imposer une coalition avec la gauche alternative portugaise, malgré les contentieux historiques et une divergence d'appréciation sur l'intégration européenne et monétaire, le second a été poussé à la démission par son propre appareil, qui lui a refusé la possibilité de se relégitimer à travers une primaire interne.

En France, la situation au PS est encore gelée en perspective des primaires pour l'élection présidentielle de 2017. Néanmoins, il est frappant d'observer à quel point certains projets de l'exécutif ont déstabilisé la coalition de sensibilités habituées à diriger ensemble le parti. Cela a été le cas lors de la tentative de constitutionaliser la déchéance de nationalité, de la loi Macron de libéralisation de l'économie, ou encore de la loi travail contre la hiérarchie des normes. Ces mesures ont favorisé un délitement inédit de la loyauté partisane de plusieurs dizaines de députés socialistes.

Huit ans après la crise, on peut donc constater qu'aucune proposition forte, d'aucun dirigeant inspirant, n'a sérieusement émergé dans l'espace social-démocrate, qui souffre par ailleurs d'une désaffection accélérée de ses bases électorales. Il est vrai que la crise de 1929 n'avait pas immédiatement débouché sur le paradigme keynésien qui allait devenir dominant dans l'après-guerre. Cela dit, dès le début des années 1930, les milieux partisans et syndicaux avaient été traversés par des débats sur les « plans

*Aucune proposition forte,
d'aucun dirigeant inspirant,
n'a sérieusement émergé
dans l'espace social-démocrate,
qui souffre par ailleurs
d'une désaffection accélérée
de ses bases électorales.*

2016, plus de huit ans après la crise des *subprimes* transformée en crise globale du capitalisme contemporain, nul paradigme économique nouveau ne semble porté par les sociaux-démocrates, aucune formule doctrinale et stratégique n'est prête à revêtir la fonction qu'avait eue la « Troisième Voie » à la fin des années 1990, lorsque les sociaux-libéraux triomphants tentaient de faire adopter leurs conceptions à tous.

La crise que vit la social-démocratie depuis les années 2010, une crise électorale, doctrinale voire identitaire, se caractérise ainsi par sa dimension généralisée et par l'absence d'agent doté de capacités de résolution à l'échelle de la famille. Face aux chocs subis par le système politique européen et ses États membres, les réponses sociales-démocrates sont par conséquent marquées par une grande hétérogénéité, mais aussi par des conflits inédits. Ceux-ci témoignent du fait que la social-démocratie se cherche une nouvelle configuration, un nouveau « régime » adapté aux temps présents, mais indiquent également que cette famille politique (re)devient un champ de bataille, dont les combats et leur issue pourraient être déterminants pour la capacité de l'ensemble des gauches à peser sur la vie politique européenne. ●

Tableau 3. Les partis sociaux-démocrates en Europe de l'Ouest

Pays	Partis	Dernier résultat	Chambre basse	Gain / Perte	Rang dans le système de partis	Présence gouvernementale	À la tête du gouvernement	Coalition
Allemagne	SPD	25,7	+2,7	2	+	-	-	+
Autriche	SPÖ	27,1	-2,2	1	+	+	+	+
Belgique	PS	11,7	-2	2	-	-	-	-
	sp.a	8,8	-0,4	6	-	-	-	-
Danemark	SD	26,3	+1,4	1	-	-	-	-
Espagne	PSOE	22,6	-0,6	2	-	-	-	-
Finlande	SDP	16,5	-2,2	4	-	-	-	-
France	PS	29,4	+2,7	1	+	+	+	-
Grèce	PASOK ⁽¹⁾	6,3	+1,6	4	-	-	-	-
Irlande	Labour	6,6	-12,8	4	-	-	-	-
Italie	PD	25,4	-7,7	1	+	+	+	+
Luxembourg	LSAP	20,3	-1,3	2	+	-	-	+
Malte	Labour	54,8	+6	1	+	+	+	-
Norvège	Labour	30,8	-4,5	1	-	-	-	-
Pays-Bas	PvdA	24,8	+5,2	2	+	+	-	+
Portugal	PS	32,3	+4,3	2	+	+	+	-
R.U	Labour	29,0	-6,2	2	-	-	-	-
Suède	SAP	31	+0,3	1	+	+	+	-
Suisse	PS	18,8	+0,1	3	+	+	+	+

⁽¹⁾ En coalition avec d'autres partis de centre-gauche.

Tableau 4. Les partis sociaux-démocrates en Europe centrale et orientale

Pays	Partis	Dernier résultat	Chambre basse	Perte/gain	Rang dans le système de partis	Participation gouvernementale	À la tête du gouvernement	Coalition
Bulgarie	BSP	15,4	-11,2	2	-	-	-	-
Chypre	EDEK	6,2	-2,8	4	-	-	-	-
Croatie	SDP	33,8	+0,6	2	-	-	-	-
Estonie	SDE	15,2	-1,9	3	+	+	-	+
Hongrie	MSZP ⁽¹⁾ (Unité)	25,5	+6,3	2	-	-	-	-
Lettonie	SDPS ⁽²⁾	23	-5,4	1	-	-	-	-
Lituanie	LSDP	15	-4,1	3	(en cours de négociation)	-	-	-
Pologne	SLD ⁽¹⁾ (ZL)	7,6	-0,6	5	-	-	-	-
République tchèque	ČSSD	20,5	-1,5	1	+	+	+	+
Roumanie	PSD ⁽³⁾ (USL)	58,6	+25,5	1	-	-	-	-
Slovaquie	SMER	28,3	-16,1	1	+	+	+	+
Slovénie	SD	6	-4,5	4	+	+	-	+

⁽¹⁾ En coalition avec des partis du centre et de la gauche.

⁽²⁾ SDPS est une fusion de partis incorporant des sociaux-démocrates électoralement marginaux dans ce pays. Le parti est associé au PSE et ses députés européens siègent au groupe S&D.

⁽³⁾ Score obtenu en coalition avec des libéraux. Un gouvernement de technocrates a été mis en place début 2016, suite à des manifestations anti-corruption qui ont chassé Victor Ponta du poste de Premier ministre.

Europas Sozialdemokratie muss sich neu erfinden

Martin Winkler

Es ist wenig wahrscheinlich, dass das Jahr 2017 für Europas Sozialdemokratie eine positive Trendwende bringt. Die sozialdemokratischen Parteien befinden sich in den meisten europäischen Ländern in einer tiefen inhaltlichen und organisatorischen Krise. Ist mit dem Jahr 2000 das sozialdemokratische Jahrhundert tatsächlich zu Ende gegangen, wie es der liberale deutsch-britische Soziologe Ralf Dahrendorf in seinem Essay 1987 vorhergesehen hat?¹

Dabei sind die Umfeldbedingungen eigentlich so gut wie schon lange nicht. Der deutsche Philosoph Axel Honneth bringt das in seinem jüngsten Buch »Die Idee des Sozialismus« gekonnt auf den Punkt: »Wahrscheinlich haben sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs niemals so viele Menschen gleichzeitig über die sozialen und politischen Folgen empört, die mit der global entfesselten Marktökonomie des Kapitalismus einhergehen. Andererseits aber scheint dieser massenhaften Empörung jeder normative Richtungssinn, jedes geschichtliche Gespür für ein Ziel der vorgebrachten Kritik zu fehlen, so dass sie eigentümlich stumm und nach innen gekehrt bleibt.«² Weder die traditionelleren Sozialisten noch die biegsameren Sozialdemokraten können bislang eine Richtung für die wachsende Anzahl der »Empörten« vorgeben.

Dort wo sich die empörten Massen nicht rechten nationalistischen Strömungen anschließen (was weltweit und in den europäischen Ländern hauptsächlich passiert), wenden sie sich linken politischen Parteien neuen Typs wie »Podemos« in Spanien oder »Syriza« in Griechenland zu. Diese neuen Strömungen bieten den orientierungssuchenden Menschen politische Antworten, die offenbar stärker überzeugen als sozialdemokratische Lösungsangebote.

Der zunehmende Wettbewerb ist für Sozialdemokraten an sich nicht neu. Die massiver sichtbar gewordenen ökologischen Schäden der globalen Industrialisierung haben mit den Grünen in Europa schon seit mehr als 30 Jahren eine relevante neue politische Bewegung hervorgebracht. Ihre größte Stärke und gleichzeitig ihre größte

Schwäche liegen in der ökologischen Themenfokussierung. Größere Erfolge konnten von den Grünen zuletzt auf nationaler Ebene nicht erzielt werden, weder in Schweden noch in Belgien, Luxemburg oder in der Schweiz, wo es ebenfalls relevante grüne Parteien gibt. Also kein Grund für Sozialdemokraten, ob der grünen Mitbewerber verzagt zu sein.

Die Sozialdemokratie aber hadert intern mit ihrer politischen Ausrichtung und verliert bei fast allen Wahlen in Europa. Zudem schrumpfen die Mitgliederstände der sozialdemokratischen Parteien rapide dahin. Der deutschen SPD etwa ging seit Brandts triumphaler Wiederwahl 1972 jedes zweite Mitglied von der Fahne.³ Ähnlich erging es auch den starken schwedischen Sozialdemokraten SAP, die aktuell nur mehr rund 100.000 Mitglieder zählen.⁴ Auch der historisch stärksten Parteiorganisation, der österreichischen SPÖ, liefen die Mitglieder in Scharen davon. Von den fast 800.000 Mitgliedern in den 70er Jahren blieben bis heute nur noch rund 200.000 Mitglieder erhalten.⁵ Für die britische Labour Party wären 200.000 Mitglieder schon ein positiver Zuwachs.⁶

Das Schrumpfen der Mitgliederzahlen und das Abstrafen durch die Wähler werden nicht enden, wenn die europäische Sozialdemokratie nicht zu den wesentlichen politischen Herausforderungen der Zeit mit überzeugenden Antworten Stellung bezieht und ihre Strategie massiv verändert. Dafür werden sicher nicht die alten Rezepte aus vergangenen Zeiten ausreichen. Die politische Strategie der europäischen Sozialdemokratie muss vielmehr auf einer soliden und sorgfältigen Analyse der gegenwärtigen Verhältnisse aufsetzen; darauf aufbauend müssen sozialdemokratische Antworten erarbeitet und der Wählerschaft präsentiert werden. Entscheidend für den Umsetzungserfolg ist die offene und multidisziplinäre Analyse unserer Wirtschaft und Gesellschaft im europäischen und globalen Kontext.

Warum heute noch Zeit und Energie in die »Alte Tante« Sozialdemokratie stecken?⁷

Als Ralf Dahrendorf im Jahr 1987 das Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts verkündete, wusste er noch nicht über die dramatischen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 Bescheid. Er wäre wahrscheinlich mit seiner Einschätzung deutlich vorsichtiger gewesen. Er musste sich auch nicht mit den Ergebnissen der Studien des französischen Ökonomen Thomas Piketty⁸ auseinandersetzen, der eine weltweite Vermögenskonzentration nachweist, wie sie zuletzt im Vorfeld der Weltwirtschaftskrise 1929 vorhanden war. Auch die aufrüttelnden Berechnungen eines weiteren französischen Ökonomen, Gabriel Zucman, über die enorme Größenordnung der Steuerhinterziehung⁹ waren Dahrendorf nicht bekannt. Zucman belegt eindrucksvoll, dass es sich nicht um »abstoßende Einzelbeispiele« handelt, wie das der Schweizer Paradeliberale Kaspar Villiger vermutet¹⁰, sondern um ein weltweites System der Steuerhinterziehung im großen Stil, das alle ehrlichen Steuerzahler schädigt. Kein Wunder, dass Villiger dieses Thema selbst nicht gerne aufgreift, bunkert die Schweiz laut Zucman doch 1.800 Milliarden Euro an nichtdeklarierten Vermögenswerten. Dahrendorf kannte auch noch nicht das großartige Werk der beiden amerikanischen Ökonomen Daron Acemoglu und James A. Robinson¹¹, in dem sie die Voraussetzungen für die Entwicklung von Wohlstand herausgearbeitet haben. Sie fassen diese als »Tugendkreise« zusammen. Sie zeigen eindrucksvoll, warum die oligarchi-

schen Systeme etwa in den südamerikanischen oder arabischen Ländern eine nachhaltig positive wirtschaftliche Entwicklung nicht zulassen. Die Eliten dieser Länder stehen dem Wohlstand für alle im Weg. In den westlichen Industrieländern sind die »Tugendkreise«¹² des Wohlstands ebenfalls in Gefahr geraten.

Es entstehen Vermögenskonzentrationen, die das Erben statt der individuellen Anstrengung wieder in das Zentrum des wirtschaftlichen Erfolgs rücken. Damit verliert die moderne Marktwirtschaft ihre Legitimation und es entstehen neue Oligarchien, die den »Wohlstand für Alle«¹³ behindern. Wenn nun diesen Oligarchien in friedlicher Form ein Teil von Macht und Einfluss für den Wohlstand aller abgenommen werden soll, dann ist wieder die Stunde der Sozialdemokratie gekommen.

Die national ausgerichteten sozialdemokratischen Parteien müssen sich als europäische Parteien neu erfinden.

Die Europäische Union ist zweifellos ein geschichtsträchtiges politisches Projekt, das Frieden und Wohlstand in Europa sichern soll. Dieses Projekt ist mächtig am Schlingern, weil es durch nationale Egoismen und innenpolitisch motivierte Alleingänge an den Rand der Handlungsfähigkeit gebracht wurde. Zudem gibt es erhebliche institutionelle Konstruktionsmängel, insbesondere in der Eurozone, die gerade in der Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich sichtbar geworden sind. Der deutsche Politikwissenschaftler Claus Offe bietet in seinem neuen Buch »Europa in der Falle« eine perfekte Beschreibung der Problemlage.¹⁴

Jeder faktenorientierte Mensch erkennt auf Basis der starken wirtschaftlichen Verflechtungen rasch, dass ein Zerfall der EU einen Nachteil für alle Mitgliedsländer bringen würde. Dennoch agieren immer mehr Regierungen, als wäre ihnen das egal. Sie bauen verstärkt an einer nationalen Agenda mit immer stärkerer Abgrenzung von der EU. Das lautstärkste Beispiel ist aktuell sicher Ungarn, aber auch Polen orientiert sich immer mehr an einer rein nationalen Agenda. Die europäische Entsolidarisierung findet nicht nur lautstark statt, sondern auch Länder wie Deutschland oder Holland stellen ihre Interessen als Gewinner im innereuropäischen Export ganz klar über gemeinsame europäische Lösungen. Im Ergebnis kann die EU immer weniger in Richtung Wohlstand für alle bewirken. Viele Menschen kehren dem europäischen Projekt aus Enttäuschung einfach den Rücken.

Die Werte von Respekt und Solidarität wurden in Europa seit der Finanz- und Wirtschaftskrise sehr schwer erschüttert (Banken-Komplett-Rettung und Griechenland-Weniger-Rettung, Unvermögen einer europaweiten Aufteilung der Flüchtlinge, stattdessen ist sich jeder selbst der nächste bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise etc.). Es gab vor allem in den südeuropäischen Ländern eine dramatische Zunahme von Arbeitslosigkeit und auch von Armut. Die damit einhergehenden Probleme bleiben aber auf Dauer nicht auf die südlichen Länder der EU beschränkt, sondern als Ergebnis lahmte in ganz Europa das Wirtschaftswachstum.

Zu den Konstruktionsmängeln der Eurozone besonders aufschlussreich ist die Darstellung von Mervyn King, dem ehemaligen Gouverneur der Bank of England.¹⁵ Er weist darauf hin, dass entweder die südlichen Länder noch mehr intern abwerten müssen, was sie weiter in die Rezession stürzt und die Arbeitslosigkeit erhöht, oder die reicheren Länder lassen eine hohe Inflation zu und werten so gegenüber den weniger produktiven südlichen Euroländern ab oder die reicheren Länder füllen einen europäischen Ausgleichstopf mit bis zu 5% des BIP für die südlichen Länder. Die beiden letz-

teren Alternativen werden die Wähler in Deutschland oder Holland nicht zulassen. Die vierte und letzte Alternative ist die Auflösung des Euroraums. Kings Fazit, mit Durchtauchen allein wird man die Probleme des Euro nicht lösen können.

Claus Offe sieht das in seiner Analyse ähnlich und schreibt bereits 2013: »Die Krise ist deshalb so ernst, weil sie einen unlösbar erscheinenden Widerspruch aufwirft. Einfach gesagt: Was dringend getan werden müsste, ist extrem unpopulär und deshalb auf demokratischem Wege nicht durchzusetzen. Aber auch auf postdemokratisch-technokratische Weise ist ein Ausweg kaum zu finden. Alle Kenner sind sich »im Prinzip« einig, was nottut – nämlich eine langfristige Schuldenvergemeinschaftung oder andere Formen grenzüberschreitender Lasten-Umverteilung großen Stils; aber das lässt sich dem wählenden Publikum der reichen Länder kaum vermitteln.«¹⁶

Hier ist die europäische Sozialdemokratie gefordert. Statt nationaler Egoismen braucht es im globalen Wettbewerb und für einen florierenden Binnenmarkt verstärkt gemeinsame europäische Lösungen, die durch Beiträge aller Mitgliedsländer und insbesondere ihrer Steuerzahler (Private und Unternehmungen) entsprechend ihren Möglichkeiten zu finanzieren und umzusetzen sind. Im Klartext heißt das, dass es so etwas wie eine erweiterte europäische Solidarität braucht, mit der ein großer zentraler Budgettopf gefüllt wird. So wie es in den Vereinigten Staaten von Amerika ein starkes Bundesbudget und damit einen starken »Uncle Sam« für die schwächeren Bundesstaaten gibt¹⁷, braucht es auch in Europa ähnliche Mechanismen, die getragen sind von Respekt und Solidarität.

Derartige Mechanismen lassen sich in demokratischen Systemen nicht von Oben verordnen, sie müssen von einem gemeinsamen Geist einer klaren Mehrheit der Menschen in der EU getragen werden. Diesen gemeinsamen Geist könnten die sozialdemokratischen Parteien in Europa sehr gut von ihrer historischen inhaltlichen Programmatik kommend aufbereiten und dafür eintreten. Leider stecken sie meist im nationalen Politstreit, ebenfalls mit primär nationaler Agenda fest.

Die sozialdemokratischen Parteien in den europäischen Ländern des wachsenden Nebeneinanders brauchen einen Neuanfang als europäische Parteien für den Wohlstand für alle in der EU. Dieser Neuanfang muss von den Graswurzeln der Parteien, von ihren lokalen Funktionärinnen und Funktionären getragen werden. Für diesen Neuanfang braucht es ganz konkrete gemeinsame politische Anliegen, die von den Graswurzelstrukturen gemeinsam entwickelt werden.

Jeder Versuch, neue Lösungen für den Wohlstand für alle in einem globalisierten Kapitalismus weiterhin nur national zu suchen, werden immer mehr scheitern. Das verbesserte Ausnutzen der noch verbleibenden Möglichkeiten in den Mitgliedsstaaten wird nicht mehr ausreichen. Ein stärkeres Abstellen auf nationale Sonderwege, Sondergesetze, Notstandsregeln bereitet vielmehr den Nährboden für die erstarkenden rechtsnationalen oder anderen populistischen Gruppierungen auf, die sich zu Recht dadurch bestätigt fühlen können. Eine sozialdemokratische Partei, die auf dem Wert der Solidarität aufbaut und diesen Wert nicht europäisch demonstrieren kann, wird weiter schrumpfen.

Die Sozialdemokratie muss sich als glaubwürdige Bewegung für die Interessen der Frauen neu erfinden.

Zahlreiche Wahlanalysen in unterschiedlichen europäischen Ländern haben seit den 70er Jahren gezeigt, dass Frauen in einem höheren Ausmaß durch solidarische

Politik angesprochen werden. Frauen wissen einfach über die Bedeutung eines funktionierenden Sozialstaats deutlich besser Bescheid als Männer. Sie sitzen immer noch an erster Stelle, wenn es um Plätze für die frühkindliche Betreuung, um die Schulangebote für Kinder, um die Wohnungssuche, um die familiäre Freizeitgestaltung oder um die Betreuung für kranke bzw. ältere Familienmitglieder geht. Die Sozialdemokraten in Europa haben die Chancen der Ansprache von Frauen in bewundernswerter Art und Weise nicht genutzt, die sich aus diesem Umstand ergeben.

Die Sozialdemokratie erscheint heute leider in vielen Ländern als Partei der alten Männer, mehr noch als vor 20 Jahren. Es wurde kein ausreichender Platz für Töchter geschaffen, damit diese den sozialdemokratischen Parteien ein glaubwürdiges weibliches Gesicht gegenüber der Bevölkerung geben. Mit Johanna Dohnal hatte die österreichische Sozialdemokratie in den 1980er Jahren eine herausragende politische Persönlichkeit, deren Glaubwürdigkeit und damit politische Bedeutung leider der damalige Bundeskanzler Franz Vranitzky nicht richtig erkannt hat. Sie hat auf die enorme Bedeutung der Beteiligung von Frauen in der Politik ständig hingewiesen, unter anderem auf der SPÖ-Bundesfrauenkonferenz 1995: »Die Männerquote bei den Parteivorsitzenden in Bund und Ländern beträgt satte 100 Prozent. Die Männerquote bei den 572 sozialdemokratischen Bürgermeister/Innen beträgt 98,8 Prozent«¹⁸. Zwischenzeitlich hat sich die Situation nur wenig verbessert. Vielfach kamen Frauen erst dann zum Zug, wenn die Männerbastionen in Wahlkämpfen stark dezimiert waren oder die Wahlchancen bereits vorab gering erschienen.

Das Rezept für die Glaubwürdigkeit in der Frauenfrage ist eigentlich ganz einfach. Es braucht das Reißverschlussystem der Geschlechter in allen politischen Gremien und auch in allen Vorfeldorganisationen (natürlich auch bei den sozialdemokratischen Gewerkschaftern). 50% der Welt gehört den Frauen und damit auch 50% der Delegierten und Wahlpositionen. Dort wo es nur eine Funktion gibt, wird es wohl oder übel nur ein Mann oder eine Frau sein können. Dort wo es aber mehr als eine Funktion gibt, da muss es eine starke Repräsentanz von Frauen geben. Da Frauen mehr für solidarische Politik ansprechbar sind, sollten mehr als 50% der öffentlichen politischen Gesichter von sozialdemokratischen Parteien Frauen sein. Es muss einfach selbstverständlich sein, dass ein sozialdemokratisches Regierungsteam aus gleich viel Frauen und Männern besteht. Das werden auch die männerdominierten sozialdemokratischen Gewerkschafter erkennen müssen. Ein Vorbild dafür ist das jüngste Regierungsteam in Kanada von Justin Trudeau, das einen echten Aufbruch in seiner Zusammensetzung der Geschlechter und sozialen Zugänge signalisiert.

Dabei hätte der europäischen Sozialdemokratie in der eigenen Parteienfamilie bereits ein sehr gelungenes Beispiel aus dem Jahr 1986 zur Verfügung gestanden. Gro Harlem Brundtland stellte in diesem Jahr die erste »Frauenregierung« auf, in der 8 von 18 Ministerien von Frauen geführt wurden. Das Ergebnis war über viele Jahre für die norwegische Sozialdemokratie sehr positiv und die Unterstützung lag bei den Frauen rund 20% über den Männern. Durch die umgesetzten Maßnahmen konnten im Bereich frühkindlicher Betreuung, ganztägiger Schulbetreuung und Altenbetreuung eine sehr hohe Teilnahme von Frauen am Wirtschaftsleben in Norwegen erreicht werden.¹⁹

Das Beispiel Norwegen zeigt ganz klar, dass die konsequente Umsetzung sozialdemokratischer Politik sehr große Erfolge für die gesamte Gesellschaft bringen kann. Die simple Botschaft für Europas Sozialdemokratie lautet: »No more excuses« bzw.

»einfach machen«. Wenn etwas erfolgreich ist, dann gibt es gute Gründe dafür, dieses Verhalten zu kopieren. Der Vorstoß vom österreichischen Kanzler Christian Kern mit seinem Plan A in Richtung vollständiger Lohntransparenz und verpflichtender Frauenquoten gibt diesbezüglich etwas Hoffnung.

Die Sozialdemokratie muss sich als Partei des fairen Ausgleichs von öffentlichem und privatem Sektor neu erfinden.

Die Sozialdemokratie wurde seit den 70er Jahren immer mehr »zur fünften Kolonne des öffentlichen Diensts«.²⁰ Das gilt nicht nur für Deutschland, Österreich, Norwegen oder Schweden. Auch die sozial deutlich diversere Parti Socialiste PS in Frankreich wurde immer mehr zur Partei der Beamtenschaft.²¹ Das politische Ergebnis dieser Veränderung ist fatal. Die europäische Sozialdemokratie verteidigt im Interesse der verbliebenen eigenen Anhänger im öffentlichen Dienst vermehrt Umverteilungsmuster, die weder gerecht noch solidarisch sind.

Auf der einen Seite der öffentliche Sektor, der eine Gehalts- und Pensionsdynamik lebt, die nicht von der Entwicklung der Steuereinnahmen gedeckt wird, die zudem mehrheitlich aus dem Bereich der Privatwirtschaft bzw. von deren Beschäftigten und den Unternehmern kommen. Auf der anderen Seite die Privatwirtschaft, die im zunehmenden internationalen Wettbewerb und durch die fehlenden europäischen Konjunkturprogramme und mangelnde wirtschaftspolitische Koordination immer stärker unter Druck kommt. Ausreichende Lohnerhöhungen werden auf nationaler Ebene im privaten Sektor immer schwieriger erreichbar. Die Entgeltsysteme im öffentlichen Dienst bleiben für die nationale Politik aber deutlich einfacher gestaltbar und erlauben eine von der Gesamtwirtschaft entkoppelte Einkommensdynamik, sowohl bei den aktiven Beschäftigten als auch bei den Pensionisten.

In Deutschland wurde diese Entwicklung durch eine Politik der Lohnzurückhaltung und die Forcierung eines Niedriglohnsektors noch deutlich verstärkt. Daten zum Unterschied von Arbeiter- und Beamten Einkommen sind leider bei den nationalen Statistikbehörden Mangelware. In Österreich gibt es neuerdings diesbezüglich öffentliche Daten. Wie der neue Einkommensbericht des Rechnungshofs aus dem Jahr 2016 darstellt, sind die Realeinkommen der Arbeiter in Österreich seit 1998 um rund 13% gesunken. Im gleichen Zeitraum konnten die österreichischen Beamten einen Zugewinn von 26% realisieren.²² Nicht wirklich ein Ruhmesblatt für die österreichische Sozialdemokratie als historische Partei der Arbeiter und Angestellten.

Der Steuertopf wurde ganz offensichtlich in Richtung Entlohnungsverbesserung für den Öffentlichen Dienst bewegt. Kein Wunder, wenn es bei den Arbeitern und Angestellten in der Privatwirtschaft eine wachsende Skepsis gegenüber der Sozialdemokratie als wirksame Vertreterin ihrer Interessen gibt. Für die Sozialdemokratie in Regierungsverantwortung muss gelten, dass der öffentliche Sektor sich an der durchschnittlichen Entwicklung der Gesamtwirtschaft orientiert.

Eine weitere wichtige politische Maßnahme wäre ein wirklich einheitliches Pensionsrecht für alle Beschäftigten in der öffentlichen und der privaten Wirtschaft. Dieses einheitliche Pensionsrecht für alle Arbeitnehmer muss die Sozialdemokratie in Europa zu einem wichtigen europaweiten Anliegen machen. Private und öffentliche Arbeit muss sich in der Pension wieder gleichwertig lohnen.

Wenn die Abwendung der Arbeiterschaft von der Sozialdemokratie europaweit analysiert wird, dann sollte sich die Forschungsgemeinde mit dem Thema des fairen

Ausgleichs des öffentlichen und des privaten Sektors beschäftigen und passende Antworten für die Sozialdemokratie bieten. Ein drängendes Faktum liegt aber auf der Hand. Am besten startet man in bester politischer Tradition der Sozialdemokratie eine Kampagne, um die noch immer existierenden bzw. die im Niedriglohnsektor neu zugelassenen sozialrechtlichen Benachteiligungen der Arbeiterinnen und Arbeiter endlich zu beseitigen. Damit befindet man sich wieder auf dem Kerngebiet einer sozialdemokratischen Politik und kann dieser Zielgruppe glaubwürdig signalisieren, dass man sie nicht vergessen hat.

Eine bedeutsame demografische Entwicklung ist das Schrumpfen der Arbeiter in der klassischen Industrie und das Wachsen der Arbeiterinnen im Handel und vor allem im Dienstleistungsbereich. Es braucht daher öffentliche Gesichter in der Sozialdemokratie, die diese wachsenden Zielgruppen gut vertreten. Sie sind in Handels-, Reinigungs- und Servicefirmen sowie in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen zu finden. Dort muss die Sozialdemokratie mehr Flagge zeigen. Dafür braucht es mehr Frauen in der Sozialdemokratie aus dem Handel, dem Dienstleistungs- und dem Pflegebereich.

Den Verdacht der Besitzstandswahrung im öffentlichen Sektor muss die Sozialdemokratie noch aus einem ganz anderen Grund dringend loswerden. Es steigt die Anzahl der Beschäftigten mit prekären Arbeitsverhältnissen, und diese Menschen tendieren nicht mehr von sich aus zur Sozialdemokratie als Vertreterin der sozial Schwachen. Sie fühlen sich generell und offensichtlich ungerecht behandelt und reagieren sehr empfänglich auf die Geschichten von denen, die es sich richten konnten (angeblich oder wirklich, weil der konkrete Vergleich meist nur in der näheren Umgebung möglich ist und die Überprüfung einer medialen Inszenierung meist nicht vorgenommen werden kann). Die für prekär Beschäftigte leichter sichtbaren Besitzstandswahrer im öffentlichen Dienst sind naturgemäß bei den traditionellen Großparteien in Europa stärker zu finden, weil diese Parteien den öffentlichen Sektor mit ihren Anhängern fast durchgängig besetzt haben. Dieses Argument trifft damit auch die Sozialdemokratie. Damit muss man politisch umgehen und darf es nicht ignorieren, wenn man Wahlen wieder gewinnen will. Daher braucht die Sozialdemokratie ein glaubwürdiges Programm für einen fairen Ausgleich von öffentlichem und privatem Sektor.

Die Sozialdemokratie muss sich als glaubwürdige Partei für Gerechtigkeit und soziale Durchlässigkeit neu erfinden.

Kommen wir zurück auf die Darstellung von Axel Honneth, in seinem Buch »Die Idee des Sozialismus«. Wie kann es sein, dass »in Zeiten wie diesen« die Sozialdemokratie in Europa nicht einen dramatischen Zulauf hat? Ganz einfach, es fehlt an Glaubwürdigkeit!

Viele Menschen in der Privatwirtschaft haben das Gefühl, dass mehr Unterstützung für die Sozialdemokratie noch bessere Einkommen für Beamte und öffentliche Bedienstete, weiterhin frühere Pensionierungen bei den öffentlichen Unternehmungen oder noch höhere Pensionen für Mitarbeiter im öffentlichen Dienst bedeuten. Dieses Glaubwürdigkeitsproblem muss man mit umfassenden Reformprogrammen rasch und öffentlich sichtbar bearbeiten. Diese Reformen müssen auch bei der EU-Bürokratie selbst ansetzen. Dort haben sich nicht akzeptable Regelungen und Vorteile eingeschlichen, die den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern in Europa nicht vermittelt werden können.²³

Es braucht Glaubwürdigkeit, um sich als Sozialdemokratie wieder als Partei der sozialen Gerechtigkeit präsentieren zu können. Diese Glaubwürdigkeit ist heute wichtiger denn je. Denn die Veränderungen bei der Verteilung der Einkommen und Vermögen sind in den letzten zwanzig Jahren äußerst besorgniserregend. Die Vermögensverteilung bewegt sich in den westlichen Industrieländern wieder in eine Richtung, wie wir sie zu Zeiten des Frühkapitalismus hatten.²⁴ Damit wird das gesamte marktwirtschaftliche Konzept in Frage gestellt, das zu einem Scheitern unserer westlichen Zivilisation führen kann.²⁵ Wir befinden uns an einem äußerst kritischen Punkt einer wirtschaftlichen Fehlentwicklung. Immer mehr Forscher von OECD, Währungsfonds und selbst von den sehr zurückhaltenden Notenbanken sehen einen klaren Zusammenhang zwischen der enormen Vermögenskonzentration und der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Selbst die Chefökonomin der Ratingagentur Standard & Poors, Beth Ann Bovino, kommt nicht umhin, diese Tatsachen kritisch zu benennen.²⁶ Für sie lehrt die amerikanische Geschichte, dass die größten Wirtschaftskrisen stets dann aufgetreten sind, wenn die Ungleichheit Höchststände erreichte. In den 20er Jahren mündete das in die Große Depression und in den 2000er Jahren in die Finanz- und Wirtschaftskrise.

Die soziale Durchlässigkeit nimmt im Zuge der Vermögenskonzentration ebenfalls stark ab. Reiche heiraten wieder mehr unter sich und schicken ihre Kinder immer mehr auf private Schulen. Damit entstehen immer stärker getrennte Welten.²⁷ Die wichtigste Entscheidung für die Zukunft von Kindern darf nicht die Auswahl der Eltern sein, wie es der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz jüngst formuliert hat.²⁸ Gläserne Decken entmutigen und machen träge. In Osteuropa wurden Generationen von engagierten Bürgerinnen und Bürgern entmutigt und die Gesellschaften wurden immer weniger wettbewerbsfähig. Der Wohlstand sank.

Es ist eine bittere Erkenntnis für die Sozialdemokratie in Europa, dass wir auch in Europa und auch in den langjährig sozialdemokratisch regierten Ländern auf ein Riesenverteilungsproblem zusteuern. Wenn die Sozialdemokratie Maßnahmen zur Verringerung der ungerechten Einkommens- und Vermögensverteilung einbringt, wie wirksame Erbschafts- und höhere Kapitalertragssteuern, dann müssen diese auch glaubwürdig, nachhaltig und europaweit vertreten werden. Dringend sind insbesondere Maßnahmen zur Erhöhung und Vereinheitlichung der Erbschaftssteuern.

Es gibt grundsätzlich einen sehr breiten Grundkonsens bezüglich der Herstellung von sozialer Gerechtigkeit, der weit über die links orientierten Wähler hinausgeht. So soll aus Sicht einer großen Mehrheit jene Ungleichheit, die sich aus dem Glück der Herkunft ergibt, jedenfalls so weit ausgeglichen werden, dass auch alle ohne geerbtes Startkapital erfolgreiche Karrieren entwickeln können.²⁹ Dieser Ausgleich der unterschiedlichen Startchancen kann wirtschaftlich nur durch wirksame Erbschafts- und Vermögenssteuern erreicht werden, die wiederum zur Finanzierung eines leistungsfähigen öffentlichen und kostenfrei zugänglichen Ausbildungssystems verwendet werden.

Die Führungsmannschaft der europäischen Sozialdemokratie muss sich die gesellschaftlichen Fakten bezüglich der anwachsenden sozialen Ungleichheit eingehend ansehen (es stehen mittlerweile ausreichend Zahlen, Daten und Fakten zur Verfügung) und dann gemeinsam agieren, auch wenn die Eigentümer der Boulevardzeitungen dann ebenfalls zu den Betroffenen von Steuererhöhungen gehören. Hier geht es um die Grundwerte der Sozialdemokratie, wo es dringend mehr Glaubwürdigkeit braucht.

Angst ist hier nicht angebracht. Es wäre letztlich nur die Angst vor dem eigenen Erfolg.

Die Sozialdemokratie muss sich als Partei des modernen und leistungsfähigen Staats neu erfinden.

Die Glaubwürdigkeitsproblematik der Sozialdemokratie beeinflusst auch die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, mit Steuerbeiträgen zu einem wenig leistungsfähigen Staat beizutragen. Daher muss die Sozialdemokratie entschieden für einen modernen und leistungsfähigen Staat eintreten, der laufend Nachweise seiner Effizienz erbringt.

Der öffentliche Sektor zeichnet sich leider sehr oft durch geringe Reformdynamik und wenig Veränderungsbereitschaft aus. Es herrscht meist eine Kultur der Fehlerangst statt eines offenen Umgangs mit Fehlern. Kritik wird nicht als wertvoll für die Weiterentwicklung erachtet. Noch immer zählen Gehorsam und Unterordnung mehr als professionelle Eigenständigkeit.

Die Sozialdemokratie muss sich hier klar positionieren. Gesellschaftlicher Fortschritt kommt nur durch mehr Effizienz und durch mehr Demokratie zustande. Mehr Demokratie ohne mehr Effizienz endet in wirtschaftlicher Agonie und Umverteilung von »Weniger für alle«. Mehr Effizienz gilt auch für den öffentlichen Sektor. Dort braucht es leistungsfähige Strukturen und Führungssysteme. Es braucht einen intensiven Austausch zwischen der Privatwirtschaft und dem öffentlichen Sektor. Man darf sich nicht verstecken, sondern man muss voneinander lernen. Für jede Verwaltungseinheit lassen sich Ziele definieren, die auch ein mehr an Effizienz messbar machen. Man muss es nur wollen. Alles Gerede über das schwierige Messen von öffentlichen Dienstleistungen ist nur Ausdruck von Unwillen. Wer nicht will, der findet Ausreden und wer will, der findet Wege.

Eine wesentliche politische Forderung der Sozialdemokratie sollte die Umsetzung eines einheitlichen Dienstrechts für den gesamten öffentlichen Dienst auf allen Ebenen (Zentralstaat, Länder/Provinzen, Städte und Gemeinden) sein. Mit einem einheitlichen Dienstrecht wäre ein Einsatz von Mitarbeitern über alle Verwaltungsebenen hinweg einfacher und rascher möglich.

Der moderne und leistungsfähige Staat muss sich mehr der Grundlagenforschung und der Bildungsinfrastruktur als den öffentlichen Rentenzuschüssen zuwenden. Die Bedeutung des Staates für Innovation wurde von Mariana Mazzucato in ihrem Buch »Das Kapital des Staates« beeindruckend herausgearbeitet.³⁰ Dort kann man unter anderem eine andere Geschichte von Apple nachlesen. Es wäre das Genie eines Steve Jobs ohne hunderte Milliarden an staatlicher Grundlagenforschung nicht in der Lage gewesen, ein iPhone oder ein iPad zu entwickeln. Die zwölf Schlüsseltechnologien des iPhone oder iPad stammten samt und sonders aus staatlichen Einrichtungen oder aus staatlich finanzierten Forschungsprogrammen in den USA.

Die steuerbasierte Finanzierung dieser wichtigen Maßnahmen im Bereich Infrastruktur und Forschung muss man als Sozialdemokratie auch mit den Unternehmern in Europa konsequent ausstreiten. Hier darf man nicht klein beigeben. Mazzucato ist auch hier eine interessante Quelle. Sie geht hart mit Apple, Microsoft und anderen Steuervermeidern in den USA ins Gericht. Die Steuervermeidungsstrategien von Apple etwa zeigen, dass der amerikanische Staat, der für die Grundlagen von Apple, Microsoft und Co. sehr hohe Risiken übernommen hat, die selbst risikofreudige Wagniska-

pitalgeber nicht tragen wollten, vom erreichten Erfolg keinen fairen Anteil erhalten soll. Dieses System praktiziert Apple auch in der EU. Hier wird offensichtlich kein faires System praktiziert, sondern schlicht ein parasitäres System etabliert. Risiken und Kosten werden der Allgemeinheit überlassen und Gewinne in einer Form privatisiert, dass sie keinen ausreichenden Beitrag für die Zukunft unserer Marktwirtschaft leisten.

Der Ball liegt mittlerweile auf dem Elfmeterpunkt. Die Sozialdemokratie müsste nur noch anlaufen und treffen.

Die Sozialdemokratie muss sich als Partei des wirtschaftspolitischen Sachverstands neu erfinden.

Ein Satz von US-Präsident Bill Clinton ging rund um die Welt: »It's the economy, stupid!« Er stammte vom demokratischen Kampagnenspezialisten James Carville und sollte die Bedeutung der Wirtschaftspolitik für den Clinton-Wahlkampf 1992 unterstreichen. Die fehlende koordinierte EU-Wirtschaftspolitik führt zu geringerem Wachstum und hoher Arbeitslosigkeit. Sie wird sich langfristig auch auf Deutschland negativ auswirken. Noch spielt in Deutschland die Demographie mit und das Arbeitskräfteangebot sinkt trotz Zuwanderung, daher sieht man die Auswirkungen weniger. In Österreich ist die Situation deutlich anders, weil das Arbeitskräfteangebot steigt. Wir erleben daher die höchste Arbeitslosigkeit seit 60 Jahren. Die Situation ist aber nicht nur für Österreich unerfreulich. Noch dramatischer ist sie für Frankreich und Italien, wo fast eine Million Industriearbeitsplätze in den letzten 15 Jahren durch eine geschickte Abwertungspolitik Deutschlands verloren gegangen sind (laut OECD -Statistiken employees per sector).

In einem System fixierter externer Wechselkurse, wie sie in der Eurozone etabliert wurden, kommt den internen Wechselkursen (real effektiver Wechselkurs zum Beispiel des industriellen Sektors), wie sie sich aus der Reallohn- und der Produktivitätsentwicklung der einzelnen Euroländer ergeben, naturgemäß die größte Bedeutung zu. Dieser Umstand wurde bislang noch viel zu wenig von der Wirtschaftswissenschaft ausgeleuchtet. So hat etwa die deutsche Industrie seit 1996 gegenüber Österreich um rund 18% abgewertet und damit die Wettbewerbsfähigkeit von Österreich dramatisch ausgehöhlt.³¹ Gerade in diesem Bereich müsste es eine umfassende Aufarbeitung und öffentliche Debatte geben, damit nicht durch interne Abwertungen die Wettbewerbsfähigkeit der Eurozoneländer untereinander ausgehebelt wird. Eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik sollte unbedingt die Grundlage eines fairen Wettbewerbsverhältnisses zwischen den einzelnen Euroländern sein. Wesentlich ist dafür jedenfalls ein abgestimmtes Vorgehen von Deutschland und Frankreich als wirtschaftliche Leitnationen Europas.

Die europäische Sozialdemokratie braucht ein Netzwerk von wirtschaftlich kompetenten Akteuren und Experten, das sowohl auf nationaler Ebene als auch auf europäischer Ebene eingerichtet werden muss. Wirtschaftskompetenz ist ein Schlüssel für Wahlerfolge sozialdemokratischer Parteien. Das musste auch die Labour Party in Großbritannien bei den letzten Parlamentswahlen 2015 erfahren. Wie die Nachwahlbefragungen für den Gewerkschaftsverband TUC klar zeigen, konnte Labour einfach keine wirtschaftspolitische Kompetenz in der Öffentlichkeit ausstrahlen.³² Einen Regierungsanspruch kann die sozialdemokratische Bewegung aber nur stellen, wenn es eine umfassende wirtschaftliche Kompetenz in den Führungsteams und ein breites Umfeld mit wirtschaftlicher Expertise gibt.

Es gibt mehr Manager, Industrielle und Eigentümer von Klein- und Mittelbetrieben, die durchaus mit der Sozialdemokratie in Europa zusammenarbeiten würden. Man muss sie nur ansprechen und einladen. Bei der Auswahl der Personen sollte man auf eine gute regionale und institutionelle Verteilung achten. Es sollte auch klar sein, dass es sich um eine ausreichend große Runde handelt. Gemeinsame Politik entsteht nicht in kleinen Zirkeln der Macht, sondern in den Niederungen der Zusammenarbeit in breiten Arbeitsgruppen und Kompetenzkreisen. So gewinnt man an politischer Relevanz und an wirtschaftspolitischer Glaubwürdigkeit.

Zuletzt sei noch festgehalten, dass als Teil der wirtschaftlichen Kompetenz auch die uneingeschränkte gewerkschaftliche Organisationsfreiheit für alle Arbeitnehmer in Europa von allen europäischen Unternehmungen und Managern verlangt werden muss. Gerade im Bereich der privaten Unternehmungen des Mittelstands (und damit sind durchaus auch große Unternehmungen mit mehr als EUR 100 Mio. Umsatz gemeint) gibt es auch heute noch eine massive Behinderung der gewerkschaftlichen Organisationsfreiheit. Das schwächt letztlich nur Europas Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, da nicht organisierte Betriebe üblicherweise auch keine Betriebsräte in deren Tochtergesellschaften zulassen. Damit wird nur unfairer Wettbewerb und Ausbeutung in anderen Ländern erleichtert, was nicht im wirtschaftlichen Interesse Europas liegen kann. Beim universellen Menschenrecht der gewerkschaftlichen Organisationsfreiheit (dieses Recht ist Teil der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte aus 1948) kann es mit der Sozialdemokratie nichts zu verhandeln geben. Zu diesem Punkt braucht es daher auch ein klares Bekenntnis von allen Mitwirkenden der wirtschaftspolitischen Kompetenzteams.

Die Sozialdemokratie muss sich als Partei der geordneten Zuwanderung nach Europa mit einem offensiven kulturellen Deutungsanspruch neu erfinden.

Europa ist ein Einwanderungskontinent. Und das nicht erst seit gestern. Seit hundert Jahren bewegen sich Menschen nach Europa, und über längere Zeiträume gab es aus vielen Ländern Europas auch größere Auswanderungswellen. Die Attraktivität Europas hat für Zuwanderer zugenommen, trotz der immer restriktiveren Einwanderungsbestimmungen. Letztlich ist es ein Erfolg für das europäische Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, dass jährlich hunderttausende Menschen bei uns ein Leben in Frieden und Freiheit suchen können, ohne Benachteiligung auf Grund von Geschlecht, Rasse, Religion oder sexueller Orientierung. Leider hat es die europäische Sozialdemokratie vielfach verabsäumt, ein geeignetes Maßnahmenprogramm und eine offensive kulturelle Deutung für das Zuwanderungsthema zu erarbeiten. Kulturelle Deutungen waren eine wichtige Basis des sozialdemokratischen Gründungserfolgs (etwa das Wahlrecht für alle, unabhängig von Herkunft, Rasse und Geschlecht, oder die internationale Solidarität) und könnten es heute auch wieder werden.

Jahrzehntelang wollte man nicht wahrhaben, dass die meisten europäischen Staaten wichtige Zuwanderungsländer geworden sind. Die Zuwanderungsprobleme sollten sich möglichst von selbst lösen bzw. das vorhandene Bildungs-, Sozial- und Gesundheitssystem wurde als stark genug für die ständig neuen Anforderungen eingeschätzt. Es wurde übersehen, dass sich immer mehr durch die Zuwanderung verursachte kleine und größere Probleme in den Bildungseinrichtungen, in den Wohnsiedlungen, in den Einkaufszentren oder in den Gesundheitseinrichtungen eingeschlichen

haben. Durch die wachsende Diversität der Zuwanderungsgruppen hatte sich die Notwendigkeit gezielter politischer Maßnahmen bei der frühkindlichen Betreuung, in den Kindergärten und Schulen, bei der Lehrlingsausbildung, auf den Universitäten, in der Erwachsenenbildung, in den Krankenhäusern und zuletzt auch in den Alten- und Pflegeheimen erhöht. Ein Teil der Zuwanderungsdividende hätte schon viel früher für die oben angeführten Maßnahmen aufgewendet werden müssen. Leider war man nicht bereit, die dafür notwendige politische Auseinandersetzung zu führen. Der wichtigste Grund hierfür war bereits das Erstarken der nationalistischen Rechten. Zwischenzeitlich hat sich die nationalistische Rechte in fast allen europäischen Ländern etabliert.

Dem Umstand, dass Europa ein Zuwanderungskontinent ist, muss sich die europäische Sozialdemokratie in einer offensiven Form stellen. Dafür sind die auftretenden Probleme klar anzusprechen und laufend konkrete Lösungen und Verbesserungen in den betroffenen Problemzonen umzusetzen. Es muss klargestellt werden, dass Europa die Zuwanderung auch weiter benötigen wird. Ohne Zuwanderung und erfolgreiche Integration können unsere Sozialsysteme nicht aufrechterhalten werden. Es braucht eine Politik, die auf diesen Umstand nachhaltig ausgerichtet ist.

Es geht dabei nicht nur um institutionelle Fragen, sondern vielmehr auch um kulturelle Fragen, wie die Definition des Heimatbegriffs. Wenn man als europäische Sozialdemokratie diesen Begriff nicht stärker inhaltlich besetzt und dabei auch modernisiert, dann verliert man die Auseinandersetzung mit der nationalistischen Rechten in Richtung abstammungsorientierter Heimatbegriff. Mit der zunehmenden »Inländerdebatte« und den Parolen »Inländer zuerst« beginnt das bereits in Ansätzen. Wichtig ist demgegenüber darzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger jedes europäischen Landes viele Wurzeln haben. Manche davon sind erst kurz europäische Staatsbürger, andere bereits seit Generationen. Zigtausende versuchen neu Fuß zu fassen und werden in den nächsten Jahren Staatsbürger eines der EU-Länder werden. Ein sozialdemokratisch besetzter Heimatbegriff muss diese unterschiedlichen Zugänge abdecken. Die Sozialdemokratie darf in Europa nicht zulassen, dass der Begriff »Inländer« bewusst missbraucht wird.

Die Politikwissenschaftler Rathgeb und Wolkenstein haben in diese Diskussion eingebracht, dass man der spaltenden Abstammungsidee die Idee der Willensgemeinschaft gegenüberstellen sollte. Sie schreiben: »Diese Gesellschaftsvorstellungen wirken integrativ, weil sie zum einen nicht verleugnen, dass erfolgreiches Zusammenleben einen Minimalkonsens über Werte und Institutionen – beispielsweise gegenseitigen Respekt und demokratische Prozesse – benötigt. Zum anderen lassen sie die Möglichkeit offen, zur Gesellschaft dazuzugehören, weil man dazugehören will – und nicht, weil man in diese Gesellschaft hineingeboren wurde, wie es der Volksbegriff der FPÖ (nationalistische Rechtspartei in Österreich) andeutet. Klar muss sein, dass die Basis für gesellschaftlichen Zusammenhalt nur ein Einverständnis über demokratische und emanzipatorische Werte sein kann.«³³

Es gibt viele gute Argumente, die diese schwierige Kulturdebatte aus unterschiedlichen Richtungen bereichern. Das ist auch gut so, da der abstammungsorientierte Heimatbegriff in der menschlichen Entwicklung (Heimat als Kindheitserinnerung) einen prägend starken Eindruck hinterlässt und daher für nationalistische Strömungen einen wichtigen Anker bildet. Da gewinnt an Bedeutung, dass die Resilienz-Forschung³⁴ zeigt, wie wichtig die gute Nachbarschaft für den Zusammenhalt und die

Widerstandskraft von lokalen Gemeinschaften ist. Eine Gesellschaft, die einen Teil der Nachbarschaft (z.B. die Zugewanderten) ausgrenzt, schwächt sich letztlich selbst. Die gute Nachbarschaft entsteht in einer diverseren Welt durch das offene Zugehen auf andere auf Basis verbindlicher Regeln. Diese Regeln kann die europäische Sozialdemokratie glaubwürdig als Teil der eigenen Genetik («Verteidigung der Demokratie und die Kraft der Solidarität») benennen. Die Auseinandersetzung mit der nationalistischen Rechten kann von der Sozialdemokratie in Europa nur durch europäische Antworten mit kultureller Deutungsmacht gewonnen werden.

Die europäische Sozialdemokratie muss sich als Verbündete der Zivilgesellschaft neu erfinden.

Heute können politisch interessierte Menschen aus einer Vielzahl an Angeboten wählen. Es gibt nicht mehr nur die etablierten Organisationen wie die großen Glaubensgemeinschaften oder Parteien, sondern hunderte, ja tausende Initiativen. Eine sozialdemokratische Partei muss daher mit der engagierten Zivilgesellschaft in einem lebendigen Austausch stehen, um engagierte Menschen außerhalb der etablierten Strukturen zu erreichen.

Welche Aktivisten von Amnesty International, Greenpeace, ATTAC, Flüchtlinge Willkommen oder von Oxfam wechseln in Funktionen bei sozialdemokratischen Parteien in Europa? Es braucht Spitzenkräfte in der europäischen Sozialdemokratie, die diesen Zugang zivilgesellschaftlichen Engagements verkörpern. Die engagierte Zivilgesellschaft deckt heute in Europa alle Themen der Empörten über die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen des global entfesselten Kapitalismus ab. Dort liegt eine große Chance der europäischen Sozialdemokratie.

In den zivilgesellschaftlichen Gruppen begegnet man vielen Vertretern von Religionsgemeinschaften, bzw. viele Religionsgemeinschaften haben aktive Gruppierungen, die mit zivilgesellschaftlichen Initiativen einen regen Austausch betreiben. Auch sie wären grundsätzlich für die Positionen der Sozialdemokratie ansprechbar. Die Sozialdemokratie muss sich auch als Partei des Dialogs mit den religiösen Gemeinschaften neu erfinden. Dialog ist in diesem Bereich keine Einbahnstraße. Die Sozialdemokratie kann ihre Werte mit den Glaubensgemeinschaften abgleichen und Angebote zur Zusammenarbeit erstellen. Sie kann im Gegenzug auch den Respekt für alle säkularen und nicht-religiösen Menschen einfordern.

Umgekehrt kann die Zivilgesellschaft von der Sozialdemokratie viel lernen. Die »Engagierten« der Bürgergesellschaft stammen vielfach aus gut gebildeten Schichten und übersehen gerne, dass unsere Gesellschaft nur durch schichtübergreifenden Zusammenhalt friedlich funktionieren kann. In ihrem Buch »Entbehrliche der Bürgergesellschaft« gehen Johanna Klatt und Franz Walter³⁵ diesem Phänomen eingehend nach. Sie zeigen, dass Engagement durchaus verbindend sein kann. Die Zivilgesellschaft braucht den inhaltlichen sozialdemokratischen Einfluss, damit sie sich nicht vorschnell selbst genug ist. Engagement gibt es auch in der Unterschicht. Chantal Munsch hat das in ihrem Buch »Sozial Benachteiligte engagieren sich doch«³⁶ eindrucksvoll dokumentiert.

Die Sozialdemokratie kann dieses Engagement im Dialog mit zivilgesellschaftlichen Gruppen sichtbar machen. Voraussetzung ist natürlich, dass man noch lokal und regional verankert ist. Gerade in großstädtischen Gebieten wird das zu einer immer größeren Herausforderung für die Sozialdemokratie. Glaubwürdige sozialdemokrati-

sche Organisationsstrukturen müssen sich dort befinden, wo die nichtprivilegierten Schichten der Gesellschaft wohnen, zur Schule gehen, arbeiten oder ihre Freizeit verbringen. Genau dort soll die Sozialdemokratie an der Bildung von solidarischen Gemeinschaften arbeiten. Diese Gemeinschaften sollen sich europaweit vernetzen, damit Europa auch in der lokalen Gemeinschaft erlebt wird.

Die Sozialdemokratie muss sich als offene und durchlässige Bewegung in Europa neu erfinden.

Wenn man heute politisch interessiert ist, dann schrecken die Rituale und Orte der Sozialdemokratie eher ab. Die Lokale und Begegnungsorte sind verstaubt und werden von Menschen aus den geschützten öffentlichen Bereichen oder aus den Gewerkschaften dominiert. Es gibt eine auffällige Zunahme von Familien- und Clanstrukturen in der Sozialdemokratie. Sohn oder Tochter »erben« das Amt des Vaters (im Regelfall Vater). Das sind gleich mehrere Alarmzeichen. Die Sozialdemokratie verliert den Anschluss an die Bevölkerungsmehrheit bzw. hat ihn bereits verloren. Eine Sozialdemokratie, die keine Partei der sozialen Durchlässigkeit mehr ist, sondern in der Positionen und Funktionen vererbt werden, verliert ihre historische Berechtigung und ihre Vorbildwirkung.

Um in der Sozialdemokratie politisch aktiv zu werden, muss man heute zu viele Hürden überwinden. Die wesentlichsten Hürden sind Besitzstandswahrer in der gesamten Parteiorganisation, die Neugründungen von Organisationseinheiten abblocken und nur die bestehenden schrumpfenden Herrschaftsstrukturen aufrechterhalten möchten. Damit wird man keine Bewegung entfachen, keine neuen Mitglieder gewinnen und auch keine Wahlen gewinnen.

Ein sehr wichtiger Punkt für mehr Offenheit und Durchlässigkeit ist die Abbildung der Gesamtbevölkerung bei den Funktionärinnen und Funktionären. Die Sozialdemokratie muss daher sozialen Aufsteigern mit Migrationshintergrund eine echte Chance geben. Dafür braucht es Einladungen in allen Ortsorganisationen und allen Vorfeldbereichen.

Die Parteiorganisationen bieten zu wenige Teilnahmemöglichkeiten. Es muss mehr offenen Wettbewerb, mehr Auswahl und mehr offene Entscheidungen geben. Auf jeder Ebene sollten daher Vorwahlen abgehalten werden, die für alle Parteimitglieder und für Unterstützer (diese sollten einen kleinen Beitrag zahlen, um die Ernsthaftigkeit des Engagements zu unterstreichen) offen sind. Engagierte Gruppen sollen ihre Unterstützer mobilisieren, damit sie Kandidaten durchbringen. Sehr interessante Beispiele gab es dafür in Großbritannien und Frankreich. Jeremy Corbyn siegte durch ein Anwachsen der registrierten Labour-Unterstützer von unter 200.000 im Mai auf über 550.000 im September 2015.³⁷ Der Großteil der neuen Unterstützer wollte eine Veränderung und unterstützte den Außenseiter Corbyn. Leider war die Labour Party nicht auf dieses Ergebnis vorbereitet und die bestehenden Strukturen lehnen Corbyn mehrheitlich ab, was eine erhebliche Schwächung dieser Partei bedeutet.

Auch wenn eine größere Öffnung mit Risiken verbunden ist, wie das Beispiel der Labour Party zeigt, so sollte dieser Weg dennoch zielstrebig weiter beschritten werden. Damit die Sozialdemokratie in den einzelnen europäischen Ländern ein wirklich starkes Signal aussenden kann, braucht es neue Modelle für die Wahl der Parteivorsitzenden sowohl auf der zentralen Staats- als auch auf Landes/Provinzebene. Die jeweiligen Parteivorsitzenden sollten in einem offenen Wettbewerb von den Mitglie-

dern der Parteiorganisation und von zahlenden Unterstützern und Sympathisanten gewählt werden.

Ein interessantes Experiment wäre in diesem Kontext auch die offene Wahl einer europäischen Führungskraft für die europäische Sozialdemokratie. Gemeinsam mit Politikwissenschaftlern aus mehreren europäischen Ländern lässt sich dafür sicher ein interessantes Modell entwickeln.

Resümee

Die europäische Sozialdemokratie steckt in einer existenziellen Krise, die nicht nur durch ein paar kosmetische Maßnahmen behoben werden kann. Es sind wirklich einschneidende Sanierungsmaßnahmen sowohl in inhaltlicher als auch in organisatorischer Sicht notwendig.

Aus Sicht des Autors, der unter anderem als Sanierungsberater für große Unternehmen arbeitet, ist aber eine wesentliche Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Sanierung gegeben: Der Markt der politischen und gesellschaftlichen Zustände in Europa zeigt eine starke Nachfrage nach sozialdemokratischen Antworten. Die Auswirkungen des entfesselten globalen Kapitalismus haben noch nie so viele Widersprüche erzeugt wie heute. Es gab noch nie so viele Empöre über die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Schäden des Kapitalismus.

Die Sozialdemokratie ist für die Schaffung des Wohlstands für alle weiter dringend notwendig. Diese Umfeldbedingungen sprechen ganz klar dafür, dass die Restrukturierung der europäischen Sozialdemokratie gelingen kann.

Anmerkungen:

- ¹ Ralf Dahrendorf, Das Elend der Sozialdemokratie, in: Merkur, Deutsche Zeitschrift für Europäisches Denken, Jahrgang 41, Heft 466, Dezember 1987.
- ² Zitiert nach Axel Honneth, Die Idee des Sozialismus, Suhrkamp Verlag, Berlin 2015, Seite 15.
- ³ Zitiert aus Gabor Steingart, Weltbeben, Leben im Zeitalter der Überforderung, Knaus, München 2016, Seite 151.
- ⁴ Mitgliederzahlen der SAP gezogen im Dezember 2016 von https://www.socialdemokraterna.se/upload/Internationellt/Other%20Languages/The_Swedish_Social_Democratic_Party_an_introduction.pdf
- ⁵ Mitgliederzahlen der SPÖ gezogen im Dezember 2016 von <http://www.vienna.at/die-spoee-verliert-pro-jahr-rund-10-000-mitglieder/4154663>.
- ⁶ Zitiert aus Max Crook, British Social Democracy without the Labour Movement, Beitrag in: The Three Worlds of Social Democracy, von Ingo Schmidt, Pluto Press, London 2016, Seite 82.
- ⁷ Konrad Paul Liessmann, Verabschieden würde ich die alte Tante Sozialdemokratie noch lange nicht, in DIE ZEIT, 03/2014.
- ⁸ Thomas Piketty, Das Kapital im 21. Jahrhunderts, C. H. Beck 2015.
- ⁹ Gabriel Zucman, Steueroasen - Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird, Suhrkamp Verlag Berlin 2014.
- ¹⁰ Zitiert nach Kaspar Villiger, Liberalismus – Soziale Kälte contra liberaler Gemeinsinn, Neue Zürcher Zeitung am 29.6.2015.
- ¹¹ Daron Acemoglu und James a. Robinson, Warum Nationen scheitern – Die Ursprünge von Macht, Wohlstand und Armut, S. Fischer Verlag Frankfurt 2013.
- ¹² Siehe Acemoglu/Robinson, Warum Nationen scheitern, Seiten 364ff.
- ¹³ Zitiert nach Ludwig Erhard: Wohlstand für Alle. Econ-Verlag Düsseldorf 1957.

- ¹⁴ Claus Offe, *Europa in der Falle*, Suhrkamp, Berlin 2016.
- ¹⁵ Mervyn King, *The End of Alchemy*, Little, Brown, London 2016, Seite 218ff.
- ¹⁶ Zitiert nach Claus Offe, *Europa in der Falle*, *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 1/2013, Seite 67.
- ¹⁷ Angelehnt an die Darstellung von L. Randall Wray and Yeva Nersisyan, *Understanding Money and Macroeconomic Policy*, in Michael Jacobs, Mariana Mazzucato, *Rethinking Capitalism*, Wiley Blackwell, UK 2016, Seite 61.
- ¹⁸ Maria Mesner und Heidi Niederkofler, Johanna Dohnal - Ein politisches Lesebuch, Mandelbaum Verlag 2013.
- ¹⁹ Knut Kjeldstadli und Idar Helle, *Social Democracy in Norway*, Beitrag in: *The Three Worlds of Social Democracy*, von Ingo Schmidt, Pluto Press, London 2016.
- ²⁰ Zitiert nach Gabor Steingart, *Weltbeben, Leben im Zeitalter der Überforderung*, Knaus, München 2016, Seite 209.
- ²¹ Fabien Escalona, *France: Who wants to be a Social Democrat?* Beitrag in: *The Three Worlds of Social Democracy*, von Ingo Schmidt, Pluto Press, London 2016, Seite 37.
- ²² Österreichischer Rechnungshof, *Einkommensbericht 2016*, zitiert nach <http://www.trend.at/wirtschaft/einkommensbericht-gehaltsschere-7869143>.
- ²³ Beispiele bei Gabor Steingart, *Weltbeben, Leben im Zeitalter der Überforderung*, Knaus, München 2016, Seite 55.
- ²⁴ Siehe dazu Thomas Piketty, *Das Kapital im 21. Jahrhunderts*, C. H. Beck 2015 oder Anthony Atkinson, *Ungleichheit - Was wir dagegen tun können*, Klett-Cotta Verlag, Stuttgart 2016 oder Branco Milanovic, *Global Inequality - A New Approach for the Age of Globalization*, Harvard University Press, 2016.
- ²⁵ Daron Acemoglu & James A. Robinson, *Warum Nationen scheitern – Die Ursprünge von Macht, Wohlstand und Armut*, S. Fischer 2013.
- ²⁶ Beth Ann Bovino, *How Increasing Inequality is Dampening U.S. Economic Growth, and Possible Ways to Change the Tide*. Standard & Poor's 2014.
- ²⁷ Siehe dazu Michael Hartmann, *Eliten und Macht in Europa – Ein internationaler Vergleich*, Campus 2008 und derselbe *Die Globale Wirtschaftselite – Eine Legende*, Campus 2016.
- ²⁸ Joseph Stiglitz auf einem Vortrag im Juli 2016 auf der London School of Economics am LSE International Inequalities Institute, bei dem er sein neues Buch *The Great Divide* vorgestellt hat.
- ²⁹ Angelehnt an Thomas Piketty, *Ökonomie der Ungleichheit – eine Einleitung*, C.H. Beck, München 2016, Seite 8.
- ³⁰ Mariana Mazzucato, *Das Kapital des Staates, Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum*, Kunstmann Verlag 2014.
- ³¹ Herbert Walthert, *Rekordarbeitslosigkeit als zentrale Herausforderung in der Wirtschaftspolitik*, in *Wirtschaft & Gesellschaft*, Heft 1, 2016, Seite 22.
- ³² Zitiert aus Max Crook, *British Social Democracy without the Labour Movement*, Beitrag in: *The Three Worlds of Social Democracy*, von Ingo Schmidt, Pluto Press, London 2016, Seite 81.
- ³³ Philipp Rathgeb, Fabio Wolkenstein, in *Der Standard* vom 2. Mai 2016, *Reform oder Untergang: Ist die SPÖ noch zu retten?*
- ³⁴ Daniel Aldrich, *Building Resilience*, The University of Chicago Press, 2012
- ³⁵ Johanna Klatt, Franz Walter, *Entbehrliche der Bürgergesellschaft*, transcript Verlag Bielefeld 2011.
- ³⁶ Chantal Munsch, *Sozial Benachteiligte engagieren sich doch*, Juventa Verlag 2003.
- ³⁷ Zitiert aus Max Crook, *British Social Democracy without the Labour Movement*, Beitrag in: *The Three Worlds of Social Democracy*, von Ingo Schmidt, Pluto Press, London 2016, Seite 82.

Thomas Meyer

Kommunitaristen, Kosmopoliten und die »verlorene Arbeiterklasse«

Fast anderthalb Jahrhunderte lang waren die parteibildenden gesellschaftlich-politischen Konfliktlinien in den europäischen Ländern im Kern recht übersichtlich gezogen. Parteien, die ihre Themen außerhalb des Kraftfeldes dieser Konfliktlinien (sogenannte *cleavages*) suchten, hatten kaum Chancen auf Größe, Dauer oder Wahlerfolg. Da gab es erstens die Interessengegensätze zwischen Zentrum und Peripherie aus den Konflikten der Nationalstaatsbildung, zweitens den Gegensatz von Kapital und Arbeit im modernen Industriekapitalismus, drittens die Rivalität von Kirche und Staat infolge der Säkularisierung, viertens Spannungen zwischen Stadt und Land als

Ergebnis der Industrialisierung und schließlich fünftens die Konfrontation zwischen postmateriell-grünen und materiell-industrialistischen Interessen angesichts der ökologischen Krise. Sie bestimmten weitgehend die gesellschaftlichen Diskurse, die Triebkräfte der sozialen Selbstorganisation, die Struktur des sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts herausbildenden Systems der politischen Parteien und das Wahlverhalten. Auf die Sozialdemokratie hatten stets mehrere dieser Schnittlinien Einfluss, so etwa der Konflikt um Religion und die materiell-postmaterielle Wertedivergenz – aber die Arbeitnehmerinteressen bildeten immer ihren Kern.

Neuerdings haben die sozialdemokratischen Parteien in allen Industrieländern vor allem auch einen großen Teil der Klasse der »manuellen und unqualifizierten Arbeiter« aus Industrie und Dienstleistung als Anhänger und Wähler verloren. Als Erklärung dafür kursiert die These, ein neuer gesellschaftspolitischer Grundkonflikt beginne die politische Arena zu erobern: die Konfrontation zwischen sogenannten *Kommunitaristen* und *Kosmopoliten*, also von Menschen, die das Leben in der überschaubaren Gemeinschaft von Gleichen gegen Globalisierung und Massenzuwanderung verteidigen wollen, und jenen, denen die umfassende Öffnung der Gesellschaft – gerade auch für Migranten – willkommen ist. Die Niedriglöhner und die prekär Beschäftigten seien ebenso wie Teile der verunsicherten Mittelklasse ins *kommunitaristische* Lager abgewandert, als dessen politische Repräsentanz sich überall rechtspopulistische Parteien andienen. Diese Deutung scheint eine zentrale Veränderung der europäischen Parteienlandschaft zu erklären, etwa das Wachstum der AfD, aber sie zeichnet die neuen Konfliktlinien zu statisch, zu eindimensional und zu polarisiert, um Strategien gegen die populistischen Parteien realistisch zu entwerfen.

Die Entgegensetzung der beiden extremen Pole, die Vorstellung, es handle sich dabei um homogene Kollektive wie auch die Vorstellung, hier fresse sich eine starre sozial-politische Konfrontation ins gesellschaftlich-kulturelle Gewebe ein, liefern nur ein ungenaues Bild der Lage. Gott sei Dank! In Wahrheit haben wir es nämlich mit einer höchst flexiblen und wandelbaren Konstellation sozio-kultureller Interessen und Mentalitäten zu tun. Sie können durch gute Politik entscheidend beeinflusst werden. Umfragen, Erfahrungen und Analysen sprechen dafür, dass die momentanen politischen Orientierungen eines großen Teils der Wähler der Rechtspopulisten stark situationsbedingt sind, nämlich eine Reaktion auf enttäuschende politische Angebote der etablierten Parteien, denen es nicht gelingt, verbreitete Unsicherheiten, Enttäuschungen und Ängste aufzulösen oder wenigstens glaubwürdig einzuhegen. Könnten die meisten dieser entfremdeten Wähler überzeugt werden, dass die anderen Parteien, zumal die Sozialdemokratie, auf ihre existenziellen Hoffnungen überzeugend eingehen, würden sich ihre Einstellungen vermutlich bald auch wieder ändern.

Spielarten des Kommunitarismus

Für ein realistisches Verständnis des neuen Grundkonflikts sind zwei Beobachtungen dienlich: Zum einem befindet sich jeweils nur eine kleine Minderheit mit ihrer politisch-kulturellen Einstellung in der Nähe der entgegengesetzten Pole, die allermeisten Menschen hingegen in wechselnder Entfernung von ihnen und nicht wenige ver-

binden sogar Elemente der kommunitaristischen Einstellung mit kosmopolitischen Zügen. Vielfältig sind die Möglichkeiten der Verbindung von Offenheit für die Welt und für Migranten mit dem Wunsch nach einer vertrauten lokalen Lebenswelt – und sie kennzeichnen die Wirklichkeit der Einstellungen der allermeisten Menschen lebensnäher als das polare Modell des neuen Konflikts. Gerade auf diesem Feld sind die Wahrnehmungen und Urteile der meisten Menschen, von kleinen verhärteten Milieus abgesehen, abhängig davon, wie sie ihre soziale Situation erleben und die darauf bezogene Politik der etablierten Parteien beurteilen. So gaben bei Nachwahlumfragen zur Wahl in Mecklenburg-Vorpommern 2016 fast 80 % der AfD-Wähler an, sie hätten sich für diese Partei nicht wegen ihres Programms sondern als Denkzettel für deren etablierte Konkurrenten entschieden. Die Positionierung der Wähler auf der Kommunitarismus-Kosmopolitismus-Skala ist flüchtiger und abhängiger von anderen Faktoren als bei den traditionellen sozialen Grundkonflikten.

Das bedeutet vor allem, dass die Zuordnung »Kommunitarist« mehrdeutig ist, denn sie umfasst gegenwärtig in grober Unterscheidung drei höchst entgegengesetzte Teilgruppen. Zur auffälligeren davon gehören Menschen, die in verfestigter Form der völkischen Identitätspolitik zuneigen, also die ethnischen Fundamentalisten, der Kern der rechtspopulistischen Parteien, d. h. die *identitären Kommunitaristen*. Diese bewegen sich an oder jenseits der Grenze zum Rechtsextremismus und scheinen immun gegen die Realität und kritische Argumente. Die zweite Gruppe bilden viele der zeitweiligen Wähler rechtspopulistischer Parteien in Krisensituationen. In ihr überwiegen Menschen, die durch existenzielle Unsicherheit, Abstiegsdrohungen und/oder unkontrollierte Zuwanderung irritiert sind (wobei die Grenzen zwischen Realität und Wahrnehmung fließend sein können) und beruhigende politische Antworten auf ihre Sorgen vermissen. Darüber hinaus gibt es aber auch die gemäßigten *liberalen Kommunitaristen*, die ein starkes Interesse an Zusammengehörigkeit und Selbstbestimmung in überschaubaren Lebenswelten haben und den dafür notwendigen zivil-kulturellen Grundkonsens verteidigen, aber in diesem Rahmen für religiösen und ethnischen Pluralismus sowie kontrollierte Zuwanderung offen sind. Wo diese alle in einen Topf geworfen werden, geht die Differenzierung verloren, die für das genaue Verständnis der neuen Konflikte und für politische Strategien zu ihrer Lösung unerlässlich sind.

Die unerwartete Anfälligkeit großer Unterschichtmilieus für die rechtspopulistische Weltsicht resultiert, wie Piero Ignazi beobachtet hat, »aus einem Gefühl des Verlassenseins, wenn nicht des Verrats durch ihre traditionellen politischen Vertreter. Dieses Gefühl hat zu einer historischen, möglicherweise nicht mehr zu korrigierenden Abwanderung dieser Wähler zu Parteien der populistischen Rechten geführt« (IPG 15.11.16). Diesen Milieus der »manuellen und unqualifizierten Arbeiter« (oder Angestellten) boten die großen europäischen Linksparteien, zumal die Sozialdemokratie, über viele Jahrzehnte hinweg wirksame politisch-kulturelle Leitorientierungen in drei entscheidenden Dimensionen: eine einfache und eindeutige Erklärung des Gerechtigkeitsdefizits und ihrer Exklusionserfahrung in der bestehenden Gesellschaft verbunden mit einer ebenso überzeugenden politischen Strategie für die Überwindung dieser Misere. Hinzu kam, dass die Repräsentanten der Sozial-

demokratie, auch wenn sie selbst zumeist nicht der Arbeiterklasse entstammten, in ihrer Sprache und ihrem Auftreten eine Art »Anerkennung« der Angehörigen dieser Milieus verkörperten.

Diese Bindekräfte sind den sozialdemokratischen Parteien gründlich verloren gegangen und auf verquere Weise von den Rechtspopulisten ersetzt worden. Deswegen gelingt diesen »Identitäts-Kommunitaristen« in verblüffendem Ausmaß nicht nur lediglich die Übernahme der vordem sozialdemokratischen »Arbeiter«-Wähler, sondern, was wesentlich bedeutsamer ist, allmählich auch deren kulturelle Einbindung in neu entstehenden Milieus. Die Sozialdemokratie kann diese Milieus nicht mit kleinen Programmkorrekturen zurückgewinnen, sondern nur mit einer symbolisch und real runderneuerten Strategie. Dafür muss sie von zwei miteinander verbundenen, aber relativ unabhängigen Interessen der »Arbeiter«-Wähler ausgehen: der kulturellen und materiellen Anerkennung einfacher Arbeit *und* überzeugende Lösungen für die Folgen von unkontrollierter Masseneinwanderung gerade in den Lebenswelten der ohnedies schon verunsicherten und benachteiligten »Arbeiter«.

Die Erfolge der Rechtspopulisten beziehen sich auf beide Herausforderungen, aber nicht mit glaubhaften Antworten, sondern in Form der identitätspolitischen Umdeutung sozialer Fragen in kulturell-ethnische Wir-Sie-Gegensätze. In das »Sie«, die Gegner des Volkes, werden auch die politischen Eliten einbezogenen, die ihnen die »Fremden« ins Land holen. Das tatsächliche soziale Grundproblem verweigerter Anerkennung wird noch verschärft, wenn sogar die Sozialdemokraten den Niedriglöhnern und Prekären als Antwort immer nur eines zu bieten haben: die Aufforderung zum Aufstieg durch Bildung. Das wird von vielen auf diese Weise Getrösteten als eine Art höhnische Bekräftigung der Ausgrenzung und nicht als echte Chance der Teilhabe empfunden, getreu dem Motto: Würdet ihr euch besser bilden, dann hättet ihr auch mehr Einkommen, Sicherheit und Anerkennung. Viele erleben das wie eine finale Weigerung der Politik, das Leben, das sie tatsächlich führen (und oft auch führen wollen), wirksam zu verbessern. Das identitätspolitische Rezept der Abwertung der Anderen und ihrer Abwehr als bedrohliche Sozialkonkurrenz erweist sich angesichts des sozialdemokratischen Defizits momentan als das wirkungsvollere.

Brückenschläge

Eine sozialdemokratische Antwort auf das geschilderte Dilemma müsste drei miteinander verbundene Elemente enthalten: ein anständiges, sozial inklusives Einkommen, mehr Sicherheit für die Arbeitsplätze und die sozialen Lebensgrundlagen (bis weit in die Mittelschichten hinein) sowie die gesellschaftliche Anerkennung der Würde einfacher Arbeit. Das alles gehört zu jener »doppelten Integration«, die die wirklichen Sorgen der Geringqualifizierten und Prekären, ebenso wie die Bedürfnisse der Migranten ernst nimmt. Dafür bedarf es einer ausreichend finanzierten Investitionspolitik für die maßgeblichen Defizitbereiche der prekären Lebenswelten: Wohnung, Quartier, soziale Sicherung, Arbeitsplatz, Schulen, öffentlicher Raum. Dazu gehören gleichermaßen das Signal und die Praxis einer Politik der kontrollierten Einwanderung und der aktiven Integration.

Die Tatsache, dass zunehmend auch Teile der Mittelschicht vom Wunsch nach einer geschlossenen Gesellschaft, dem Willen zur Abwertung des Anderen und seiner Ausschließung erfasst werden, ist kein Beweis gegen den Befund, dass diesem Einstellungswandel vor allem Erfahrungen der Unsicherheit, der Ungerechtigkeit und der sozialen Exklusion zugrunde liegen, denn diese Erfahrungen reichen als Verunsicherung und Abstiegsängste heute bis weit in jene Schichten hinein, die sich momentan in scheinbar gesicherter Position befinden. Und: Die empörenden, die Glaubwürdigkeit von Demokratie und »Leistungsgesellschaft« andauernd untergrabenden Ungleichheiten unserer Gesellschaft finden ja keineswegs nur die am schlechtesten Gestellten abstoßend.

All das zeigt zwei Schwächen der idealtypisch überspitzten Konfliktlinie Kommunitarismus-Kosmopolitismus: Sie übersieht zum einen die gewichtigen Unterschiede innerhalb beider »Lager«, vor allem dass es vielen Kommunitaristen primär um Gewährleistung sozialer Sicherheit und Anerkennung geht oder um die Bewahrung beherrschbarer lokaler Lebenswelten und nicht um menschenverachtende Identitätspolitik. Für sie sollen die lokalen Lebenswelten in sich liberal und pluralistisch sein, aber politisch selbstbestimmt, sozial kommunikationsfähig und beherrschbar bleiben. Das können sie nur solange alle, die in ihnen zusammenleben, eine verbindende »Zivilkultur« des öffentlichen Verhaltens teilen (Michael Walzer). Und zweitens ist Kommunitarismus kein objektiver sozio-politischer Status wie etwa »Lohnarbeiter« oder »Christ«, sondern eine Mentalität, die in ihren sehr unterschiedlichen Ausprägungen ganz von situativen sozialen und politischen Erfahrungen abhängt. Wenn das Bedürfnis nach Gleichheit, innerer und sozialer Sicherheit, Anerkennung und Inklusion, nach kontrollierter Zuwanderung und Integration in der nationalen und den lokalen Gesellschaften befriedigt ist, kann der identitäre, rechtspopulistische Kommunitarismus sicher nicht zum Massenphänomen werden. Umso weniger, wenn die legitimen Ansprüche eines pluralistischen Kommunitarismus, der die Intaktheit einer alle verbindenden Zivilkultur schützen will, als legitime politische Option ernst genommen werden. Dann zeigen sich nämlich auch die politischen Kompromisslinien zwischen einem geordneten Kosmopolitismus, der gleichfalls an sozial und kulturell integrierten Lebenswelten vital interessiert ist, und einem liberal-pluralistischen Kommunitarismus, der Offenheit und Zuwanderung nicht scheut, wenn sie in demokratisch kontrollierten Bahnen verlaufen.



Thomas Meyer

ist emeritierter Professor für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der NG/FH. Zuletzt erschien in der edition suhrkamp: *Die Unbelangbaren: Wie politische Journalisten mitregieren.*

thomas.meyer@fes.de

NACHRICHTEN MÄRZ 2017

WAHLEN: Die Sozialdemokratie in den Niederlanden - der Höhepunkt eines Dramas

Utrecht. SB/VK/NRC. 22. März 2017.



Spitzenkandidat der PvdA Lodewijk Asscher, wird er es schaffen seine Partei wieder groß zu machen?, Quelle: Partij van de Arbeid/CC BY 2.0

Die PvdA hat bei den Parlamentswahlen vergangene Woche Mittwoch eine historische Niederlage erlitten. Sie fiel von 38 auf 9 Sitze. Von der niederländischen Sozialdemokratie scheint nur noch ein Scherbenhaufen übrig zu sein. Ein enormer Schlag, der eigentlich nur den Höhepunkt eines schon viel länger wehrenden Dramas abbildet. Was sind die Gründe für den Abstieg der Partij voor de Arbeid und wie geht es nun weiter für die Sozialdemokratie in den Niederlanden?

Als am Mittwochabend um 21.00 Uhr die ersten Hochrechnungen erschienen, herrschte in den Reihen der Sozialdemokraten Entsetzen und Unglaube. Mit einem Verlust von 29 Sitzen landete die PvdA auf dem 7. Platz im Parteienranking. Nie zuvor hatte die Partei einen höheren Stimmenverlust hinnehmen müssen. Die Sozialdemokratie taugt in den Niederlanden scheinbar nicht mehr zur Volkspartei – aber wie kommt das?

Für den freien Fall der PvdA bei der Wahl 2017 lassen sich verschiedene Gründe finden. Ein Blick zurück in den Herbst offenbart, dass die Kampagne der PvdA schon unter schlechten

Vorzeichen begonnen hatte. Damals waren Diederik Samson und Lodewijk Asscher im Kampf um das Amt des Spitzenkandidaten gegeneinander angetreten. Asscher hatte sich während dieser Auseinandersetzung mit starker Kritik an Samson nicht zurückgehalten, Samson wiederum betonte wiederholt, dass Asscher und er sich in keinerlei Hinsicht unterscheiden würden. Der Verlierer war am Ende nicht nur Samson, sondern die gesamte PvdA, die unter diesem öffentlich oft so bezeichneten „Brudermord“ gelitten hatte. Asscher versuchte nach seinem Pyrrhussieg die Partei nach links zu ziehen, wurde aber sabotiert. Irgendwie war die Information zu Radio 1 durchgedrungen, dass diese Pläne bereits unter Samson entstanden waren. Glaubwürdigkeit sieht anders aus und so gelang es Asscher auch in der weiteren Kampagne nicht, diesen seinen eigenen Stempel aufzudrücken.

Die schwache und unentschlossene Kampagne der PvdA ist dann auch ein weiterer Grund, der dafür herangezogen werden kann, dass die PvdA so schlecht bei den Wahlen abschnitt. Stolz auf die Kampagne sei man nur einmal gewesen, so Ilco van der Linde, Nummer 19 auf der Wahlliste der PvdA - und das sei während der Schlussdebatte gewesen. Sonst ist von der Basis häufig zu hören: „Asscher hat uns nie mitgenommen“. Aber warum eigentlich nicht? Eine Erklärung dürfte im Amt Asschers liegen. Für eine schlagkräftige Kampagne hätte sich die PvdA von der Politik des Kabinettes Rutte II deutlich abgrenzen müssen. Wie aber hätte das der Vizepremierminister Lodewijk Asscher, der genau diese Politik vier Jahre mit geformt und getragen hat, glaubhaft seinen Wählern vermitteln können? Gleichzeitig versäumte Asscher es aber auch, sich klar für die Politik unter Kabinett Rutte II zu positionieren. Ein weniger überzeugender Schlingerkurs war die Folge.

Neben diesen sehr direkten Gründen sind es aber vor allem strukturelle Probleme, die die Sozialdemokratie bedrohen. Die PvdA, das sollte nicht übersehen werden, kommt aus einer Koalition mit der liberalen VVD. Beide Parteien haben es geschafft, die Wirtschaftskrise einzudämmen. Während die VVD sich dafür auf die Schulter klopfen kann, müssen sich die Sozialdemokraten für ihren Sparkurs rechtfertigen. Die Wählerschaft der VVD nimmt Sparmaßnahmen als legitimes Mittel wahr, die Wirtschaft konkurrenzfähiger zu machen, für den Anhang der PvdA werden derlei Maßnahmen hingegen als unsozial missbilligt. Ruttess Bedauern nach der Wahl, der in Richtung PvdA sagte: „Ich hätte ihnen ein anderes Ergebnis gönnt“, dürfte die Sozialdemokraten in dieser Situation wenig trösten.

Eine Erkenntnis aus dem Wahlergebnis in den Niederlanden ist, dass das Parlament deutlich nach rechts gerückt ist. Es geht hier übrigens weniger um die Verschiebungen zwischen den Parteien, sondern mehr um die Verschiebungen innerhalb der Parteien. Der CDA, der bis 2012 als eine Partei der Mitte gelten konnte, präsentierte sich in diesem Wahlkampf als eine softe Version der PVV. Und auch die VVD mit Mark Rutte ist rhetorisch spürbar nach rechts gewandert. Während des Wahlkampfes dominierten deutlich kulturelle Themen. Schlecht für die PvdA, sagt Merijn Oudenampsen, Soziologe und Politologe an der Universität Tilburg: „Links verliert immer, wenn kulturelle Themen die Debatte dominieren. Arbeiter, die in sozialökonomischer Hinsicht vielleicht noch progressiv sind, aber in sozialkultureller Hinsicht konservativ, wandern nach rechts. Die Folge ist, dass die linke Wählerschaft implodiert.“ Mit der Entscheidung, der Sozialdemokratie in den 90er Jahren einen liberalen Weg einzuschlagen, hat sich die PvdA parteipolitisch keinen Gefallen getan. Der traditionelle Gegensatz auf der ökonomischen Achse fiel weg und machte Platz für die „Identitäts-Achse“, auf der für die Sozialdemokraten wenig zu holen ist.

Ein weiteres, überaus großes Problem für die PvdA ist die Überalterung der Wählerschaft. Der klassische PvdA-Wähler stirbt aus. Eine Umfrage vom Meinungsforschungsinstitut IPSOS ergab, dass 44 Prozent der PvdA-Wähler 65 Jahre oder älter waren. Nur 13 Prozent waren unter 35. Verglichen mit GroenLinks, die mit Jesse Klaver an der Spitze ein echter Magnet für junge Wähler sind, ist das eine höchst bedenkliche Entwicklung für die PvdA.

Zuletzt ist auch die zunehmende Fragmentierung der Gesellschaft höchst gefährlich für die niederländische Sozialdemokratie. Bereits der alte Partei-Führer Wouter Bos hatte beständig gewarnt, dass, wenn sich die Gesellschaft spalte, sich auch die PvdA spalte. Nun hat er damit Recht erhalten. Eine Partei, deren Anspruch es ist, für alle da zu sein, hat es schwer in den Niederlanden. Fast jede gesellschaftliche Gruppe hat mittlerweile ihre eigene Partei. Die mittelständischen und gebildeten Städter haben sich für die D66 und GroenLinks entschieden, die weniger gut gebildeten wanderten zur SP oder zur PVV ab, für noch spezieller gelagerte

Interessen wählte man 50Plus oder die Partij voor de Dieren, viele Migranten zog es zur neuen Partei DENK.

Ja, die PvdA steht in der Tat vor einem Scherbenhaufen. Denn zwar kann der Wahlausgang durchaus als unerwartet heftig eingeschätzt werden, aber eben doch nicht unerwartet. Denn die PvdA hat nicht zuletzt aufgrund der strukturellen Probleme bereits die vierte Wahl in Folge verloren. Die Zahl der wethouder sank von 425 im Jahr 2006 auf 137 im Jahr 2014 und auch ihr Einfluss in der Eerste Kamer und im Europäischen Parlament wird stets kleiner. Während der ersten Mitgliederversammlung der PvdA in Utrecht am Samstag herrschte Wut und Chaos. Der Parteivorsitzende Hans Spekman hat bereits seinen Rücktritt verkündet. Er wird noch bis Oktober 2017 im Amt bleiben, um die Zukunft der Partei mitzugestalten, obwohl 40 Prozent der Mitglieder für einen sofortigen Rücktritt votiert hatten. Hier zeigt sich wieder einmal die Zerrissenheit der PvdA über die Frage, wie es weiter gehen soll. Die einen wollen einen modernen Kurs á la GroenLinks, die anderen genau das Gegenteil. Wieder rein in die Betriebe – Back to the roots. Einig war man sich nur, dass die Partei auf keinen Fall regieren sollte: „Let's get real. Wir sind die 7 Partei in den Niederlanden. Die Gewinner müssen jetzt regieren, nicht wir“, sagte Asscher.

Wie es mit der Sozialdemokratie in den Niederlanden nun weiter geht, ist ungewiss, der Optimismus hält sich in Grenzen. Die Zeit in der Opposition, so zeigt die Erfahrung, kann einer Partei helfen, sich wieder neu aufzubauen und sich zu profilieren. Das könnte sich für die PvdA allerdings auch mühsam gestalten, wenn sie sich die Oppositionsrolle wahlweise mit der SP, der PvdD, DENK und GroenLinks teilen müssen, die eine ähnliche Klientel bedienen, wie die ehemalige Volkspartei PvdA. Auffallen und wieder „sexy“ werden, wie es Sharon Dijksma fordert, wäre ein Anfang. Aber reicht das?

Nein, die PvdA muss mehr tun. Sie muss sich verjüngen und sie muss wieder ein Profil entwickeln. Ein Vorbild dafür könnte Martin Schulz in Deutschland sein. Unter ihm bricht die SPD gerade radikal mit dem Neoliberalismus und die linke Kampagne „für den kleinen Mann“ hat Erfolg. Die Umfragewerte für die Sozialdemokraten in Deutschland wachsen und das Selbstvertrauen steigt.